



Kriegsdienstverweigerung in **Südkorea**



www.Connection-eV.de

RB 3/2010 - 5 €

Inhaltsverzeichnis

<i>Rudi Friedrich: Vorwort</i>	3
<i>Rainer Werning: Auf Provokationskurs</i>	4
<i>Jungmin Choi: Bedeutung des Militärs in Südkorea</i>	7
<i>Wladimir Tichonow: Militarismus und Antimilitarismus - Militarisierte Männlichkeit und KDV-Bewegung</i>	9
Wehrpflicht in Südkorea	11
<i>Jungmin Oh: „Demokratie ist Macht des Volkes“</i>	12
<i>Lee Gil-jun: „Ich verweigere!“</i>	14
<i>Jaesung Lim: Erste Schritte einer Friedensforschung</i>	17
<i>Changgeun Yeom: „Die Kriegsdienstverweigerung hat mir geholfen, mich selbst zu finden“</i>	18
<i>Dongjoo Ko: Das Leben nach meiner Haftentlassung</i>	21
<i>UN-Menschenrechtskomitee: Recht auf Kriegsdienst- verweigerung sollte anerkannt werden</i>	22
<i>Nationale Menschenrechtskommission Korea: „Recht auf Kriegsdienstverweigerung muss anerkannt werden“</i>	24
<i>War Resisters' International: Erneut ruft Richter Verfassungsgericht an</i>	27
<i>War Resisters' International: UN-Menschenrechtskomitee entscheidet über weitere elf Fälle</i>	28

Impressum

Broschüre:
Kriegsdienstverweigerung in Südkorea

Juni 2010

Titelgestaltung:
Jürgen Tauras
www.taurasfotografie.de

Hrsg.: Connection e.V.

Fotos: World Without War, www.corights.net

Redaktion:
Rudi Friedrich und
Franz Nadler

Bezug über

Connection e.V.
Gerberstr. 5

D-63065 Offenbach

Tel.: 069-82 37 55 34

Fax: 069-82 37 55 35

E-Mail:

office@Connection-eV.de

Homepage:

www.Connection-eV.de

Einzelpreis: 5,00 €

Versandbedingungen:

Unsere Preise verstehen sich zzgl. 3,- €
Versandkosten.

Ab 25 € Bestellwert
versandkostenfrei.

Ab 50 € Bestellwert
10% Rabatt

Vorwort

Nach einer Phase der vorsichtigen Entspannung zwischen Süd- und Nordkorea spitzte sich die Lage in den letzten Wochen zu. Das südkoreanische Kriegsschiff *Cheonan* war im Gelben Meer gesunken. Nach fast zwei Monaten erhob die südkoreanische Regierung schließlich den Vorwurf, das Schiff sei in internationalen Gewässern von Nordkorea versenkt worden, was Nordkorea bestreitet.

Wie es auch gewesen sein mag: Der Vorfall spielt der Hardlinerpolitik der südkoreanischen Regierung unter dem Präsidenten Lee Myung-bak ein weiteres Argument zu, das Land zu militarisieren, die Zusammenarbeit mit den USA zu intensivieren und die auf Ausgleich bedachte Opposition zu schwächen. Die Regierung setzte umgehend einen Handelsstopp mit Nordkorea und ein Durchfahrverbot für nordkoreanische Schiffe in südkoreanischen Gewässern um. Die Ausstrahlung von Propagandasendungen nach Nordkorea wurde wieder aufgenommen.

Die Politik und auch das Leben in Südkorea sind nach wie vor von der immer wieder geschürten Angst vor einer neuen Invasion durch Nordkorea bestimmt, auch wenn in den letzten Jahren eine Veränderung und Öffnung festzustellen war. Immer noch ist es Südkoreanern durch das Nationale Sicherheitsgesetz verboten, Kontakt nach Nordkorea aufzunehmen. Auch darf Nordkorea in der Öffentlichkeit nicht gelobt oder für Nordkorea geworben werden. Das Gesetz wurde am 1. Dezember 1948 beschlossen, 1963 und 1980 geändert und ist bis heute in Kraft. Es wurde vor der Demokratisierung als „Gummiparagraph“ zur Unterdrückung politischer Opposition missbraucht, denn es ist inhaltlich sehr unbestimmt, und sieht auch schon für regierungsfeindliche Äußerungen, Besitz und Weitergabe entsprechenden Materials, Mitgliedschaft in regierungsfeindlichen Organisationen und Nichtanzeige derartiger Straftatbestände Strafen bis hin zur Todesstrafe vor. Das Verfassungsgericht hat das Gesetz im August 2004 überprüft und für verfassungskonform erklärt, die Nationale Menschenrechtskommission im September desselben Jahres hingegen deren Abschaffung empfohlen. Der deutsche Staatsbürger und Exilkoreaner Prof. Song Du-yul war im März 2004 auf Grund dieses Gesetzes zu sieben Jahren Haft verurteilt worden, die in der nächsten Instanz in eine Bewährungsstrafe umgewandelt wurde.

Südkorea ist eine wirtschaftliche Macht in Südostasien und engster Verbündeter der USA. Das Land hält bei 50 Millionen Einwohnern eine Armee von 685.000 Männern und Frauen in vier Teilstreitkräften und zwei paramilitärischen Organisationen vor und hat damit die fünftgrößte Armee der Welt. Schon in den Schulen gibt es Militärunterricht. Die Wehrpflicht für Männer wird rigide umgesetzt. Die Dauer des Militärdienstes beträgt 24-26 Monate.

Die USA haben etwa 37.500 Soldaten in Südkorea stationiert. In den letzten Jahren wurden neue Stationierungsorte in einem Ring im Westen des Landes aufgebaut,

womit das US-Militär nicht nur auf Nordkorea zielt, sondern auch die Einsatzmöglichkeiten gegenüber China stärkte.

Ein Ausdruck der Militarisierung des Landes ist der Umgang mit Kriegsdienstverweigerern. Seit 1939 sind mehr als 15.000 Kriegsdienstverweigerer im Gefängnis gewesen, vor allem Zeugen Jehovahs. Früher wurden sie zu mehreren Jahren Haft verurteilt, manchmal sogar mehrmals.

Lange war deren Situation völlig unbekannt. Erst seit dem Entstehen einer politischen Kriegsdienstverweigerungsbewegung im Jahre 2000 und den ersten öffentlichen Verweigerungen von nicht-religiösen Verweigerern (oder zumindest Verweigerern anderer Religionszugehörigkeit) zeichneten sich Veränderungen ab. Das übliche Strafmaß wurde von drei Jahren auf 18 Monate reduziert. Es gab eine wichtige Entscheidung des Menschenrechtskomitees der Vereinten Nationen aufgrund einer Beschwerde von zwei Verweigerern, womit Südkorea aufgefordert wurde, die Kriegsdienstverweigerung zu legalisieren. Immer wieder gibt es Gerichte, die das südkoreanische Verfassungsgericht anrufen, um die Praxis überprüfen zu lassen. Die Nationale Menschenrechtskommission Südkoreas gab die Empfehlung, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen. Und: es gibt eine lebendige Bewegung von Verweigerern, die zusammen mit anderen Organisationen Verweigerer unterstützen, Aktionen gegen die US-Standorte oder Streumunition durchführen.

Im Februar 2006 kündigte aufgrund des internationalen Drucks schließlich das Verteidigungsministerium an, einen Ersatzdienst einführen zu wollen. Die neue konservative Regierung, die Anfang 2008 die Macht übernahm, nahm dies jedoch umgehend zurück. So sind also erneut 500 bis 600 Verweigerer pro Jahr in Haft, die in der Regel zu 18 Monaten Gefängnisstrafe verurteilt werden.

All dies sind genügend Gründe, uns mit dieser Broschüre dem Schwerpunkt „Kriegsdienstverweigerung in Südkorea“ zu widmen. Anlass war aber auch ein Artikel von dem in Oslo lehrenden Prof. Wladimir Tichonov, der ausführlich und beeindruckend die Militärgeschichte Südkoreas in Verbindung setzt mit der neu entstandenen Verweigerungsbewegung. Er kommt darin zu dem Schluss: „Die Kriegsdienstverweigerungsbewegung greift das staatlich sanktionierte Vorbild des männlichen Bürgers, der sich freiwillig der Armeedisziplin unterwirft, an und geht damit über die Debatte um Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung hinaus. Wenn der Militärdienst eine Frage der Wahl - mit dem individuellen Gewissen als Entscheidungskriterium - ist, könnte das gleiche auch für das gesamte Spektrum der Beziehungen zwischen Individuen und den mächtigen institutionellen Akteuren des sozialen Lebens gelten. (...) Kurz, der Angriff auf die ‚Heiligkeit‘ der Wehrpflicht ist in seiner Konsequenz ein umfassender Angriff auf alle Bereiche der offiziell gestützten Überzeugungen und Werte, die in ihrer Gesamtheit die Herrschaftsideologie Koreas bilden.“ ■

Rainer Werning

Auf Provokationskurs

Nach dem Untergang der Korvette *Cheonan* bei einem Seemanöver der USA und Südkoreas: Während Seoul und Washington Sturm blasen, wollen China und Moskau die Wogen glätten

„Es ist möglich, dass eine nordkoreanische Seemine in unser Gebiet getrieben ist“, sagte Südkoreas Verteidigungsminister Kim Tae-Young am 28. März, zwei Tage nach dem Sinken der südkoreanischen Korvette *Cheonan* im Gelben Meer, bei dem 46 Matrosen den Tod fanden. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur *Associated Press* (AP) fügte der Minister hinzu, dass man keine Absichten dahinter vermute. Nordkorea habe während des Koreakrieges (1950-1953) etwa 4.000 solcher Minen gelegt, von denen nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 27. Juli 1953 nicht alle entdeckt und gehoben worden seien.¹ Gleichzeitig erklärte ein Sprecher im Blauen Haus, dem Amtssitz des südkoreanischen Präsidenten in Seoul, gegenüber der Tageszeitung *The Korea Herald*, von den vier möglichen Gründen für den Untergang der *Cheonan* - interne Explosion, Kollision mit einem Riff, Explosion einer Seemine oder eine Torpedoattacke - sei eine explodierte Seemine der wahrscheinlichste Grund für die Katastrophe: „Es könnte sich dabei um eine Mine handeln, die wir verlegt und später nicht geborgen haben, oder es könnte auch eine nordkoreanische Mine gewesen sein, die vom Norden her in unsere Gewässer getrieben ist.“ Gegenüber der *Korea Times* pflichtete dieser Version Won See-Hoon, der Direktor des südkoreanischen Nationalen Sicherheitsdienstes, bei.²

Dann dauerte es fast zwei Monate, bis eine internationale zivil-militärische Untersuchungskommission südkoreanischer, US-amerikanischer, australischer, britischer und schwedischer Experten am 20. Mai in einem fünfseitigen Report zu dem Ergebnis gelangte, dass „offensichtlich“ eine nordkoreanische Torpedoattacke für das Unglück am 26. März verantwortlich gewesen sei.³ Was dann rasch folgte, war ein Aufschrei der Empörung in Seoul, Tokio und Washington sowie in vermeintlichem Gehorsam auch seitens mehrerer EU-Staaten, war hartnäckige Nichtparteinahme Pekings, betretene Mienen in Moskau und scharfe Dementis aus Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang.

Was also stimmt? Trifft der Untersuchungsbericht zum „Cheonan-Vorfall“ zu, wären Südkorea, die USA und Japan in der komfortablen Lage, daraus politisch kräftig Kapital zu schlagen. Sollte sich der Report - und sei es in Teilen - zu einem späteren Zeitpunkt als falsch erweisen oder, wie es die staatliche nordkoreanische

Nachrichtenagentur KCNA behauptet, „fabriziert“ sein, wäre das zweifellos ein politisch-diplomatischer Coup der Führungsriege um den „Geliebten Führer“ Kim Jong-Il. Außerdem gewänne China als regionaler Konflikt-schlichter weiteren Einfluss.

Lee und Clinton machen Druck

Südkoreas Präsident Lee Myung-Bak verkündete umgehend ein Bündel von Maßnahmen, um den Norden abzustrafen. Der Handel mit der Volksrepublik, umgerechnet etwa 250 Millionen US-Dollar im Jahr, soll weitgehend eingeschränkt werden. „Wir haben Nordkoreas Brutalität immer wieder ertragen“, so Lee in einer Fernsehansprache, „aber diesmal liegen die Dinge anders. Nordkorea wird einen Preis für seine Provokation zahlen müssen.“⁴ Doch von diesen Maßnahmen blieb bislang der auf nordkoreanischem Territorium gelegene Kaesong-Industriekomplex ausdrücklich ausgenommen. Einst als Kronjuwel einer gelungenen innerkoreanischen Kooperation gepriesen, arbeiten in ihm augenblicklich etwa 1.000 Südkoreaner und über 40.000 Nordkoreaner. Es ist vor allem Südkoreas Hyundai-Konzern, der als Wegbereiter dieses ambitionierten Nord-Süd-Projekts den größten finanziellen Schaden erlitt, würde der Komplex im Zuge einer Eskalation der Lage geschlossen. Außerdem sollen nordkoreanischen Handelsschiffen künftig nicht mehr Abkürzungen durch Südkoreas Hoheitsgewässern gestattet werden.

Lee forderte von Pjöngjang überdies eine Entschuldigung für den „Cheonan-Vorfall“ und wiederholte seine Absicht, diesen vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen. In Zukunft werde er keine Provokationen von der nordkoreanischen Seite mehr dulden und dem Prinzip der „proaktiven Abschreckung“ folgen.

Ähnlich der Tonfall von US-Außenministerin Hillary Clinton, die unmittelbar nach Bekanntwerden des *Cheonan*-Untersuchungsberichts zu einer Ostasienreise aufbrach, die sie über Tokio und Peking nach Seoul führte. Während sie auf ihrer ersten Station in Japan Premierminister Yukio Hatoyama zusicherte, das US-amerikanisch-japanische Verhältnis zu festigen - darunter fällt die heftig umstrittene US-Präsenz von GIs und Militärstützpunkten auf der Insel Okinawa -, mahnte sie gegenüber ihren chinesischen Gastgebern eine gemeinsame Verantwortung bei der Lösung der „hochprekären Lage“ auf der koreanischen Halbinsel an, um in Seoul Präsident Lee volle Rückendeckung bei der Überwindung der aktuellen Krise zuzusichern. Es sei geplant, alsbald weitere gemeinsame Seemanöver abzuhalten.

Peking und Moskau deeskalieren

China übte sich zunächst in Zurückhaltung, mahnte zur Besonnenheit und begründete dies damit, dass man sich noch kein klares Bild über den „Cheonan-Vorfall“ ge-

macht habe. Diese Position vertrat Chinas Premierminister Wen Jiabao sowohl gegenüber Clinton als auch während seines Südkorea-Besuchs am letzten Mai-Wochenende. In Seoul traf er mit Präsident Lee zusammen, um dann mit seinem Gastgeber auf die südkoreanische Insel Jeju-do zu fliegen, wo beide gemeinsam mit Japans Premier Hatoyama über die aktuelle Lage auf der koreanischen Halbinsel und Sicherheitsaspekte in Nordostasien konferierten. Dort beschwichtigte Wen: „Wir müssen Frieden und Stabilität in Nordostasien durch alle nur denkbaren Anstrengungen fördern. Bei schwierigen Problemen sollten wir einander rücksichtsvoll begegnen, vernünftig mit sensiblen Dingen umgehen und das politische Vertrauen



untereinander stärken.⁴⁵ Wenngleich China der mit Abstand wichtigste Handelspartner und politische Verbündete Nordkoreas ist und dessen Machthaber Kim Jong-Il erst Anfang Mai zu einem Staatsbesuch in der Volksrepublik willkommen hieß, gab es unterschwellig doch auch eine leise, an die Adresse Pjöngjangs gerichtete Kritik, alles in seinen Kräften Stehende zu unternehmen, um zur vollständigen Aufklärung der Ereignisse vom 27. März beizutragen. Pekings Sonderemissär Wu Dawei sprach von einer „komplizierten Lage“.

Die russische Regierung manövrierte sich anfangs in eine heikle Situation. Alexander Zhebin, Leiter der Korea-Studien am Institut für Fernost der russischen Wissenschaftsakademie, kommentierte die Entscheidung des Kreml, russische Fachkräfte nach Südkorea zu entsenden, um vor Ort in das Beweismaterial zum Unter-

gang der *Cheonan* Einblick zu nehmen: „Wir mischen uns in eine Schlägerei ein, die wir nicht initiiert haben. (...) Wenn wir die Schlussfolgerungen der südkoreanischen Expertenkommission nicht akzeptieren werden, bringen wir die USA und Südkorea in eine unbequeme Lage. Falls wir diesem Expertenbericht zustimmen, könnte das uns von China entfremden.“⁴⁶ Am 31. Mai sind nun auf Seouls Wunsch russische Wissenschaftler in der südkoreanischen Hauptstadt gelandet, um unabhängig von den bisherigen Untersuchungen den Korvettenuntergang zu beurteilen.

Aus Pjöngjang hagelte es unmittelbar nach der Veröffentlichung des „Cheonan“-Untersuchungsreports harsche Reaktionen. Der Bericht, meldete die staatliche Nachrichtenagentur KCNA, entbehre jeglicher Grundlage und sei „fabriziert“. In einer ihrer seltenen direkten Stellungnahmen warf die Nationale Verteidigungskommission Seoul vor, der Bericht sei Teil eines „abgekarteten Spieles“. Der Vizevorsitzende der Kommission und somit die Nummer zwei in der nordkoreanischen Nomenklatur, der knapp 80jährige General O Kuk-Ryol, attackierte die USA und Südkorea, Nordkorea isolieren und durch massiven Druck erwürgen zu wollen.⁷ Sollte Südkorea Strafmaßnahmen ergreifen, drohe dem Land ein „totaler Krieg“. Nordkorea kündigte gleichzeitig an, die direkte Kommunikation mit Seoul zu kappen und bis zum Ende von Lees Amtszeit Anfang 2013 den Dialog einzustellen.

Hinter dieser Eskalationsstufe vermuten südkoreanische Nordkorea-Analysen das Kalkül Pjöngjangs, aufgrund der prekären außenpolitischen und Sicherheitslage die Binnensolidarität zu festigen, was es dem Regime Kim Jong-Ils schließlich erlaubte, den angeblich designierten Sohn-Nachfolger, den 28jährigen Kim Jong-Un, zu protegieren.

Unterschiedliche Kalküle

Der südkoreanische Präsident Lee bereitet seinem Spitznamen „der Bulldozer“ einmal mehr alle „Ehre“, zumal er zu Beginn seiner Amtszeit Ende Februar 2008 unmissverständlich klargemacht hatte, er werde mit der ein Jahrzehnt lang von seinen Vorgängern verfolgten „Sonnenscheinpolitik“ vis-à-vis dem Norden brechen. Diese sei zu teuer, zu unergiebig und zu lasch. Lee profitiert politisch von einer aufgebauten Schreckkulisse. Im Juni stehen Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen an, aus denen seine stramm konservative *Grand National Party* unbedingt siegreich hervorgehen will. Unmittelbar nachdem Lee sein Amt antrat, setzte er sich brüsk über die von seinem Amtsvorgänger zuvor gemachte Zusage hinweg, gemeinsam mit dem Norden vertrauensvolle Gespräche zu beginnen, um die ungelösten Probleme der maritimen Grenzen (den Verlauf entlang der sogenannten *Northern Limit Line* betreffend) zu klären. Pjöngjang reagierte erbost und wertete das als offenen Affront - als hätte jemand dem „Geliebten Führer“ höchstpersönlich in die Augen gestochen.⁸ So wunderte es nicht, dass sich gerade in den fraglichen Gewässern Spannungen aufbauten.

Eskalation zwischen Nord- und Südkorea

Die USA werden die Ereignisse zum Anlass nehmen, fortgesetzt ihre Streitkräfte in Korea, augenblicklich 28.500 Soldaten, zu belassen und auf der benachbarten japanischen Insel Okinawa weiterhin Militärstützpunkte zu unterhalten. Dagegen regt sich seit langem Widerstand seitens des Großteils der Bevölkerung in Japan, die vor allem den US-Stützpunkt Futenma lieber heute als morgen geschlossen sähe.

Krisenlösung à la Tongking?

Internationale Korea-Kenner und südkoreanische Nordkorea-Experten sind Fragen nachgegangen, die bisher in den Mainstreammedien nur spärlich Gehör fanden oder die zu misslieblich sind, so dass Regierungsstellen alles daransetzen, entsprechende Recherchen der Zensur zu unterwerfen.

So berichtete beispielsweise der japanische Reporter Tanaka Sakai, dass die *Cheonan* nicht nur während des laufenden gemeinsamen US-amerikanisch-südkoreanischen Seemanövers *Foal Eagle* Opfer eines sogenannten *friendly fire* wurde, sondern dass darüber hinaus ein - möglicherweise mit Atomwaffen bestücktes - US-Unterseeboot in den Gewässern sank. Eine Nachricht, die ebenfalls kurzzeitig vom südkoreanischen Sender KBS verbreitet wurde. Auf massiven Druck seitens der Militärbehörden beider Länder sollen daraufhin weitere Recherchen unterdrückt worden sein, um die südkoreanische Öffentlichkeit nicht zu verunsichern und dem Norden keinen Anlass zu „unkontrollierten Aktionen“ zu geben. Entgegen der ursprünglichen Planung, so Tanaka weiter unter Berufung auf eine gemeinsame US-amerikanisch-südkoreanische Erklärung, sei *Foal Eagle* nicht bereits am 18. März abgeschlossen, sondern bis zum 30. April verlängert worden.⁹

„Wie kann es angehen“, fragte Jeff Stein in der *Washington Post*, „dass ein Unterseeboot einer fünfsträngigen Macht imstande war, in ein laufendes US-amerikanisch-südkoreanisches Seemanöver (*Foal Eagle* - R. W.) einzugreifen und ein Schiff zu versenken, das eigens für die Erkennung und Abwehr von U-Boot-Angriffen bestimmt war?“¹⁰ Und in einem Beitrag für die Seouler Tageszeitung *Hankyoreh* gab der ausgewiesene Nordkorea-Kenner Selig S. Harrison zu bedenken: „Ein gemeinsames südkoreanisch-US-amerikanisches Seemanöver unter Beteiligung mehrerer Kriegsschiffe der Aegis-Klasse fand zu einer Zeit statt, als mit der „*Cheonan*“ eine patrouillierende Kampfkorvette (PCC) sank, die eigens zur Bekämpfung von Unterseebooten bestimmt war. Bleibt die Frage, ob es für ein nordkoreanisches Unterseeboot überhaupt möglich war, in einen maritimen Cordon einzudringen, in dem gerade die höchste Sicherheitsstufe herrschte und ohne dass die *Cheonan* dies aufgespürt und umgehend gemeldet hätte.“¹¹ Nordkorea, so Harrison weiter, das umgerechnet etwa sieben Milliarden US-Dollar jährlich für seine Verteidigung ausgibt, könne schwerlich mit Südkorea konkurrieren, dessen entsprechender Jahresetat das Dreifache beträgt. Südkoreas Präsident Lee verfolge wie frühere Militärmachthaber

des Landes das Ziel, auf einen Kollaps des Nordens hinzuwirken und diesen schließlich zu schlucken.

Sollte sich die Information des rt-Journalisten Wayne Madsen erhärten, dann befanden sich im Torpedo deutsche Bauteile - ein Indiz für Nordkoreas Unschuld?¹²

Bruce Cumings, emeritierter Historiker an der University of Chicago, verwies darauf, dass es in diesem Teil des Gelben Meeres in der Vergangenheit wiederholt zu militärischen Konfrontationen gekommen sei. 1999 beispielsweise fanden dort 30 Nordkoreaner den Tod und 70 weitere wurden schwer verletzt. Doch das führte damals weder in Seoul noch in Pjöngjang zu Spannungen, weil Präsident Kim Dae-Jung seine auf Ausgleich bedachte „Sonnenscheinpolitik“ betrieb und sich beide Seiten auf den ersten innerkoreanischen Gipfel Mitte Juni 2000 in Pjöngjang vorbereiteten.

Andere Korea-Experten - wie Stephen Gowans und der als Korrespondent in Korea seit vielen Jahren arbeitende Journalist Donald Kirk - sprechen mit Verweis auf den „*Cheonan*-Vorfall“ von einem „koreanischen 9/11“ beziehungsweise von einer Neuauflage des „Tongking-Zwischenfalls“.¹³ Dieser lieferte Washington am 2. August 1964 den Vorwand, die Aggression gegen Vietnam zu rechtfertigen und zu eskalieren.

Auch heute drehen die USA weiter an der Eskalationschraube. Gestern wurde verkündet, es werde ein neues Manöver Südkoreas mit den USA geben. An der Übung vom 8. bis 11. Juni werden der Flugzeugträger *USS Washington* der 7. US-Flotte sowie ein Atom-U-Boot und mehrere weitere Kampfschiffe beider Länder teilnehmen. Nach Abschluss des militärischen Muskelspiels sollen die Übungen von U-Booten der USA und Südkoreas in diesem Raum fortgesetzt werden.¹⁴

Fußnoten

- 1 Jung Yeon-Je (AP) in USA Today vom 29.3.2010, und Kang Hyun-Kyung in The Korea Times (Seoul) vom 7.4.2010
- 2 Ebd. und The Hankyoreh (Seoul) vom 31.3.2010
- 3 news.bbc.co.uk/nol/shared/bsp/hi/pdfs/20_05_10jigreport.pdf
- 4 Zitiert nach Kölner Stadt-Anzeiger vom 25.5.2010
- 5 Meldung der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap vom 30.5.2010
- 6 RIA Nowosti, Moskau vom 27.5.2010
- 7 Zitiert nach The Washington Post vom 25.5.2010
- 8 www.forbes.com/2010/05/17/north-korea-conflict-chinoy-opinions-contributors-mike-chinoy.html
- 9 Vgl. www.nhk.or.jp/nhkworld
- 10 The Asia-Pacific Journal vom 24.5.2010
- 11 The Washington Post vom 27.5.2010
- 12 The Hankyoreh, Seoul, vom 14.5.2010
- 13 rt.com/Top_News/2010-05-29/chonan-attack-us-china.html
- 14 gowans.wordpress.com
- 15 de.rian.ru/world/20100602/126539952.html

Jungmin Choi

Bedeutung des Militärs in Südkorea

Es wäre unmöglich, die ganze Geschichte des Militarismus in Südkorea in diesem kurzen Artikel unterzubringen - 35 Jahre unter der japanischen Kolonialmacht, ge-



Jungmin Choi

teilte Besatzung der USA und der Sowjetunion kurz nach der Befreiung von Japan, die Teilung der koreanischen Halbinsel, der Koreakrieg, Militärdiktatur, der „rote Komplex“ gegen den Kommunismus und die kürzlich wieder in den Vordergrund gerückte Möglichkeit eines militärischen Konflikts mit Nordkorea nach den tödlichen Schüssen auf einen süd-

koreanischen Touristen beim Berg Geumgang sowie die Infragestellung der Vereinbarungen zum Abbau der militärischen Spannungen zwischen den beiden Staaten. Die Geschichte des modernen Südkorea ist kurz, aber die prägenden Ereignisse bleiben in vielen Teilen der Gesellschaft virulent. Es ist wahr, dass der Antikommunismus nicht mehr so dominant ist wie in der Vergangenheit, seit der Demokratisierungsprozess im Land fortschreitet und es mit dem Norden praktisch keinen Wettstreit um Legitimität mehr gibt. Aber aus der Wechselwirkung der Gegenwart mit den Überbleibseln der Vergangenheit entwickelten sich neue Formen des Militarismus. Und diese durchziehen alle Bereiche der Gesellschaft.

Wenn wir einen genaueren Blick auf die Wehrpflicht werfen, ist das kein ausreichender, aber ein notwendiger Schritt, um den Militarismus in der südkoreanischen Gesellschaft zu verstehen. Die Themen Militär und nationale Verteidigung haben einen komplizierten historischen und ideologischen Hintergrund. Die Konfrontation mit dem Norden ließ die Menschen glauben, dass Militär und Verteidigung absolut notwendig und eine Frage des unmittelbaren Überlebens seien. Die meisten Regierungen wussten das sehr gut und nutzten es, um an der Macht zu bleiben. Unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit wurde das Militär zu einer außerhalb der Gesellschaft stehenden und ihrer Kontrolle entzogenen Institution. Tode mit unbekannter Ursache, Illegalität und Korruption waren an der Tagesordnung. Inzwischen jedoch, seit das Militär als Einrichtung wahrgenommen wird, zu der nur die Armen und Machtlosen herangezogen werden, ist die Wehrpflicht zu einem Gegenstand der öffentlichen Empörung geworden. Es ist tatsächlich eines der mächtigsten Themen, die Wahlen entscheiden können.

Wenngleich es nicht mit dem Demokratisierungsprozess der Gesellschaft Schritt hält, hat das Militär bezüglich der Menschenrechte Fortschritte gemacht. Die Dienstzeit wurde verkürzt mit der Absicht, sie bis 2014 auf eineinhalb Jahre zu senken. Und derzeit kann sich

praktisch kein Angehöriger der privilegierten Klassen der Einberufung entziehen. Trotzdem: Der soziale Diskurs über das Militär zeigt einen anderen Aspekt der militaristischen Kultur in Südkorea auf. So wird die Anschaffung hochmoderner Waffen vorgeschlagen, um die Zahl der Soldaten zu reduzieren; der alternative Dienst wird im Hinblick auf die menschlichen Ressourcen diskutiert, die der Regierung zur Verfügung stehen, und nicht im Hinblick auf Frieden und Abrüstung. Fürsprecher der Gleichheit argumentieren nur, dass es keine Ausnahme von der Wehrpflicht geben dürfe.

Mehr noch, solche Diskussionen werden oft mit einem Konzept der „unabhängigen Verteidigung“ verbunden. Seine Vertreter argumentieren, dass das US-Militär aus Südkorea abziehen und die Armee des Landes gestärkt werden solle. Der Rückzug der US-Einheiten wurde nach Roh Moo-hyuns Amtsantritt 2003 verstärkt thematisiert. Roh hatte versichert, sich anders als die vorherigen Präsidenten zu verhalten, die stets den USA nachgegeben hatten. In der Folge wurden die Stimmen für eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes und die Aufstockung der Truppen lauter. Unter der derzeitigen, stärker pro-amerikanischen Regierung dürfte diese Forderung wieder zurückgedrängt werden. Ohnehin hat sie wenig mit unserem Ziel eines echten Friedens zu tun. Denjenigen, die von einem stärkeren und mächtigen Korea träumen, hat sie jedoch starken Auftrieb gegeben.

Südkorea, so wie ich es heute sehe, ist ein Land im Rausch des Nationalismus und Patriotismus, der Grundlagen des Konzepts der „unabhängigen Verteidigung“. Es ist nicht nur die Rechte, die sich nach einem vollkommen souveränen Land sehnt, frei vom Druck der Mächte dieser Welt. Auch die Linke nutzt nationalistische Rhetorik und Argumente, die der Vielfältigkeit in der Gesellschaft entgegnetreten und eine Institution der Gewalt gegen Menschen zu einem Gegenstand nationalen Stolzes umdeuten, um so viele Menschen wie möglich zu mobilisieren.

Weiterlesen

Eine Grundlage der hier veröffentlichten Beiträge ist die Zusammenstellung der *War Resisters' International (WRI): Conscientious Objection in South-Korea*, die im Mai 2009 veröffentlicht wurde. Diese und weitere aktuelle Meldungen sind zu finden auf www.wri-irg.org.

In Südkorea selbst sind folgende Gruppen im Bereich der Kriegsdienstverweigerung aktiv:

World Without War. Website: <http://withoutwar.org/>

Korea Solidarity for Conscientious Objection. Website: <http://www.corights.net>

War Resisters' International Korea. Mudang-RI, 405 Hongdong-Myoun, Hongsung-Gun Choong-Chung-Namdo; Tel: +82-2-991-5020; www.wrikorea.wo.to/

Bedeutung des Militärs in Südkorea

Das wird sehr deutlich in ihrem Slogan: „Wir müssen stärker werden, um unsere unschuldigen Töchter zu schützen.“ Vor diesem Hintergrund erscheint es den Menschen natürlich, zu glauben, dass die Ableistung des Militärdienstes wichtig sei, um ein „richtiger Mann“ zu werden. Oft werden prominente junge Männer bei ihrem Eintritt in die Armee von den Medien dafür gefeiert, dass sie „den Patriotismus stärken“. Und diejenigen, die sich der Einberufung entziehen, werden stigmatisiert und geradezu aus der Gesellschaft ausgestoßen. Die Prominenten selbst haben nicht mehr die Befürchtung, dass der Militärdienst ihrer Karriere schaden könnte; vielmehr fördert er ihr Image als „richtiger Mann“, der die Frauen und seine Familie schützt.

Südkorea ist beherrscht von einer Flut exzessiven Nationalismus. Der nationale Gedenktag, der 6. Juni, ist wichtiger als jeder andere Feiertag. Der Fahneneid und Ehrenbezeugungen vor der Nationalflagge sind mit der Einführung des Nationalen Flaggengesetzes im Jahr 2007 zur Pflicht geworden. Der Militärdienst wurde auf das soziale System ausgeweitet, das aber Kriegsdienstverweigerern nach wie vor nicht als Alternative angeboten wird. Sie müssen eineinhalb Jahre im Gefängnis sitzen. Zudem sind inzwischen Frauen, Menschen gemischter „Rasse“ und Waisen, denen zuvor jede Form des Staatsdienstes versagt war, zum Militär zugelassen.

Der Militarismus in Südkorea wurde durch die Teilung der koreanischen Halbinsel und die Militärdiktatur verschärft und von der US-Regierung gefördert und bestärkt. Nun hat er sich in der gesamten Gesellschaft und unserem alltäglichen Leben eingenistet, was bedeutet, dass wir alle Teil der Strukturen des Militarismus sind, als seine Akteure und als seine Opfer, auf sichtbare und auf unsichtbare Weise.

Die Kriegsdienstverweigerungsbewegung ist die erste soziale Bewegung, die Licht darauf wirft und der staatlichen Gewalt widersteht - mit grundsätzlichen Überlegungen zum Sinn des Lebens. Trotz der kleinen Zahl der Aktiven hat die Botschaft der Bewegung bei einer beträchtlichen Zahl von Menschen Widerhall gefunden, Debatten entzündet und Unterstützung aus dem ganzen Land erhalten. Nach acht Jahren Kampagne werden die Gruppen der Kriegsdienstverweigerungsbewegung als neue Kraft der Friedensbewegung in Südkorea anerkannt und mit dem Prinzip der Gewaltfreiheit verbunden. Nun wollen wir die Kampagne breiter machen, vor allem mit einer neuen Gruppe, die sich *Good Weapons Project* (*Projekt Gute Waffen*) nennt.

Jungmin Choi: The meaning of the military in South Korea. Veröffentlicht in: War Resisters' International und Korea Solidarity for Conscientious Objection: Conscientious Objection in South Korea, May 2010. Übersetzung: Rudi Friedrich und Heike Makowski



Prof. Dr. Wladimir Tichonow

Militarismus und Antimilitarismus in Südkorea: Militarisierte Männlichkeit und die KDV-Bewegung

Korea - „Staat der nationalen Verteidigung und Wehrpflicht“

Dass Kriegführung und Wehrpflichtsystem lange Zeit entscheidend für die Herausbildung moderner Nationalstaaten waren, zunächst in Europa und später überall auf der Welt, ist allgemein bekannt. Während nach außen hin die militärischen Fähigkeiten eines Staates für seine Stellung innerhalb des ausdrücklich auf dem Gleichgewicht der militärischen Kräfte und auf hegemonialen zwischenstaatlichen Beziehungen beruhenden internationalen Systems bestimmend waren und sind¹, dienen auf Wehrpflicht basierende nationale Armeen nach innen als tragende Säule des Staates, indem sie taugliche Männer im wehrpflichtigen Alter ins nationalistische Ethos einbinden¹ und sie mit Sichtweisen und Praktiken vertraut machen, die oft als „Kultur der militarisierten Männlichkeit“ bezeichnet werden.

Die militarisierte Männlichkeit ist sowohl in Staaten mit Wehrpflicht als auch in Staaten, die über eine große Armee verfügen, diese aber in Friedenszeiten aus Freiwilligen rekrutieren, für gewöhnlich mit einer geschlechtsspezifischen Sichtweise der Welt verbunden, in

Prof. Dr. Wladimir Tichonow wurde 1973 in Leningrad (St. Petersburg) in der ehemaligen Sowjetunion geboren. Er studierte an der Staatlichen Universität St. Petersburg (M.A. 1994) sowie der Staatlichen Moskauer Universität (Promotion in Altertumsgeschichte Koreas, 1996). Wladimir Tichonow (koreanischer Name: Pak Noja) ist derzeit als Professor an der Universität Oslo tätig. Als Spezialist der Ideengeschichte des modernen Korea ist er Autor von *Usŭng yŏlp'ae ūi sinhwa* (Der Mythos des Überlebens des Stärkeren, 2005). Gemeinsam mit O. Miller übersetzte er *Selected Writings of Han Yongun: From Social Darwinism to Socialism With a Buddhist Face* (Ausgewählte Schriften von Han Yongun: Vom Sozialdarwinismus zum Sozialismus mit buddhistischem Antlitz; Global Oriental/University of Hawaii Press, 2008).

Der hier abgedruckte Artikel ist eine durchgesehene und aktualisierte Fassung seines Beitrags zum Sammelband *Contemporary South Korean Capitalism: Its Working and Challenges*, Oslo Academic Press 2009. Veröffentlicht am 16. März 2009 in *The Asia-Pacific Journal*. <http://www.japanfocus.org/-Vladimir-Tichonov/3087>. Übersetzung: Rudi Friedrich und Heike Makowski.

der die tauglichen Männer, die „Verteidiger des Vaterlandes“, gegenüber den Frauen, die entweder als sexualisierte Objekte oder als Kinder gebärende „Mütter der Nation“ gesehen werden, bedingungslos privilegiert sind,

sowie mit einem kollektiven Gefühl der Überlegenheit gegenüber den untauglichen Männern, z.B. Behinderten, und denjenigen, die nicht bereit sind, zu kämpfen, z.B. Kriegsdienstverweigerern.²

Beispiele für moderne Staaten, die ihre gesamte taugliche männliche Bevölkerung als potentielle Soldaten und die Wehrpflicht als vorherrschendes Instrument ansahen, um „Staatsbürger zu schaffen“, sind das revolutionäre und nach-revolutionäre Frankreich (wo die Geschichte der modernen Wehrpflicht mit der Deklaration der *Levée en Masse* am 23. August 1793 begann) und Preußen, das die französische Praxis der Wehrpflicht nach der Niederlage gegen die napoleonische Wehrpflichtigenarmee 1806-1807 übernahm.³

Aktuell ist das Beispiel Israels zu nennen, das erfolgreich eine umfassende, für Männer wie Frauen geltende Wehrpflicht eingeführt hat. Mit der Wehrpflicht erfolgte die Indoktrination einer sehr heterogenen Gruppe von Bürgern mit zionistischen Idealen und der neu geschmiedeten israelischen Nationalidentität sowie mit einer Belagerungsmentalität, die auf dem Gebot der „nationalen Verteidigung“ gegen die dämonisierte arabisch-muslimische Welt fußt.⁴

Auch in Südkorea sorgt, wie wir weiter unten sehen werden, die Wehrpflicht für eine ideologische Fiktion der Gleichheit; ein bedeutender Unterschied besteht jedoch im Ausschluss der Frauen aus dem Wehrpflichtsystem und dem infolge dessen sehr viel offener zu Tage tretenden hegemonial männlichen Charakter der Armee.

Während das klassische militarisierte Männlichkeitsbild der Wehrpflichtstaaten des 19. Jahrhunderts dazu tendierte, den tauglichen männlichen Staatsbürgern als potentiellen Soldaten einen privilegierten Platz in der Hierarchie des „nationalen“ Diskurses zu gewähren, brandmarkte es alle Verweigerer und Militärdienstentzieher, tatsächliche wie potentielle, entweder als ideologische Delinquenten, denen die Loyalität zur „Nation“ fehle, oder als moralische Delinquenten, die ihr persönliches Wohlergehen über die „nationalen Interessen“ stellten. Sowohl Verweigerer wie auch Militärdienstentzieher wurden leicht zum Gegenstand extrem gewaltsamer Ausgrenzung, die „den nationalen Geist stärken“ und jede weitere Abweichung von vorherrschenden ideologischen und Verhaltensformen verhindern sollte. In stark militarisierten und autoritären Staaten wie Deutschland vor dem I. Weltkrieg wurden die überwiegend religiösen Verweigerer - Mitglieder von Religionsgemeinschaften, die dem Frieden verpflichtet sind, wie Mennoniten oder Adventisten - Opfer routinemäßiger Misshandlungen, von Inhaftierung und verächtlichen Presseberichten, in denen sie als „unpatriotisch“ beschimpft wurden.⁵ In Frankreich wurde der Widerstand gegen die Wehrpflicht nach dem verlorenen Krieg gegen Deutschland von

Militarisierte Männlichkeit und KDV-Bewegung

1870-71 und vor dem I. Weltkrieg als Frevel angesehen, als nicht hinnehmbare Rebellion gegen die grundlegenden republikanischen Werte.⁶ Während der „offizielle“ Nationalismus in Frankreich und Deutschland vor dem I. Weltkrieg den jeweils anderen benutzte, um das Bild eines unversöhnlichen äußeren Feindes aufzubauen, wurden all diejenigen, die von der Norm der militarisierten nationalen Männlichkeit abwichen, als interne Bedrohung der Verteidigung und Existenz der Nation angesehen. Das Bild des negativen Anderen für alle, die nicht bereit waren, sich dem vorherrschenden militaristischen Ethos zu unterwerfen, wurde organischer Bestandteil der allgemeinen nationalistischen Weltanschauung der kontinental-europäischen Wehrpflichtstaaten. Eine ähnliche Weltanschauung wurde von der südkoreanischen Führungsschicht benutzt, um die Gesellschaft auf einer antikommunistischen, fortschrittsgläubigen Grundlage zu festigen, ein Klima der Einheitlichkeit und Anpassung zu schaffen und Abweichungen von den herrschenden Denk- und Verhaltensweisen zu verhindern.

Wie in vielen anderen modernen Staaten sind in Südkorea (im Weiteren als Korea bezeichnet, wenn nicht zur Unterscheidung von Nord- und Südkorea anders erforderlich) die offizielle Definition der Nation und der etablierte *Mainstream*-Nationalismus untrennbar mit der allgemeinen Wehrpflicht der Männer verbunden. Während die Geschichte der Institution Wehrpflicht in Korea vergleichsweise jung ist - wie unten weiter ausgeführt, wurde sie von den japanischen Kolonialherren 1943 eingeführt -, ist die Geschichte der Diskussion darüber schon viel älter. Die Wehrpflicht als Eckpfeiler der militärischen Stärke der kontinental-europäischen Mächte wurde wiederholt in Veröffentlichungen der ersten modernen koreanischen Zeitungen erwähnt, so in Hansöng Sunbo (30. Oktober 1883 - 21. August 1884) und Hansöng Chubo (25. Januar 1886 - 14. Juli 1888).

Yu Kiljun (1856-1914), einer der jungen reformistischen Intellektuellen und Herausgeber der Hansöng Sunbo, nahm eine detaillierte Betrachtung des Wehrpflichtsystems in sein enzyklopädisches Werk *Söyu Kyönmun* (Persönliche Erfahrungen im Westen - Ein Bericht) auf. Er erläuterte, dass im Gegensatz zu den kontinental-europäischen Staaten die USA und Großbritannien in Friedenszeiten eine freiwillige Rekrutierung praktizierten, betonte aber die „Kriegermentalität“ der angelsächsischen Länder und ergänzte, dass die Briten und Amerikaner „sich in ihrer Freizeit militärisch ausbilden lassen, so dass letztendlich alle Bürger Soldaten werden“. Er betonte auch, dass die Wehrpflicht der französischen oder deutschen Art „Adlige und Gemeine, Reiche und Arme sich gleichermaßen um die Fahne scharen“ lasse und das Wesen einer modernen Armee, sei sie eine Wehrpflicht- oder Freiwilligenarmee, darin bestehe, die Soldaten auszubilden und zu disziplinieren. Hiervon nahm er die japanischen Wehrpflichtigen aus - sie seien nicht ausreichend trainiert, da sie „bekannt dafür sind, dass sie immer wieder in Schwierigkeiten mit der Polizei“ geraten.⁷ Ein modernes Militär - und die kontinentale Wehrpflichtarmee als offensichtlich einer der vorherrschenden

Typen des modernen Militärs - wurde von Yu als zentrale Komponente der „Zivilisation“ betrachtet.

Diese Ansichten wurden im Wesentlichen von dem einflussreichen Höfling und Diplomaten Min Yöngghan (1861-1905) geteilt. Er war der Überzeugung, dass die allgemeine Wehrpflicht Bismarcks Deutschland zum stärksten Staat des Kontinents gemacht habe. Am 21. Oktober 1896 drängte er König Kojong, dem Beispiel Russlands zu folgen, das zu seiner Stärkung die Wehrpflicht eingeführt hatte, und sie auch in Korea einzuführen, gemeinsam mit modernen Schulen für beide Geschlechter - wengleich viele andere „westliche Gebräuche“ nicht eingeführt werden könnten.⁸

Aufgeschreckt durch den russischen Einmarsch in die Mandschurei nach dem Boxeraufstand im Jahr 1900 beschloss Kojong recht bald, diesem Rat zu folgen, und hielt den Generalstabschef (Wönsubu) an, ein Dekret zur Wehrpflicht zu erlassen. Dies wurde im August durch Widerstände bestimmter hochrangiger, namentlich nicht genannter Bürokraten vereitelt.⁹ Auf Druck seiner engsten Berater¹⁰ gelang es Kojong aber, sich über die Einwände der Konservativen hinwegzusetzen, für die das Prinzip einer allgemeinen Wehrpflicht in gefährlicher Nähe zur „nicht wünschenswerten“ Idee der bürgerlichen Gleichheit stand, und verkündete schließlich am 15. März 1903 die Wehrpflicht.

Das Dekret war in vielerlei Hinsicht ein Kompromiss. Die moderne Wehrpflicht wurde als „Wiederherstellung“ eines angeblich idealen konfuzianischen Militärsystems präsentiert, in dem „militärische Angelegenheiten und die Landwirtschaft eine Einheit bildeten und alle vier Klassen militärische Fähigkeiten erlernten“. Die „Wehrpflichtgesetze verschiedener Länder“ wurden nur beiläufig erwähnt.¹¹

Aufgrund verwaltungstechnischer Unzulänglichkeiten und chronischer Finanzdefizite wurde die Verordnung jedoch nie in die Praxis umgesetzt.¹² Der koreanische Staat war unfähig, den japanischen Truppen effektiven militärischen Widerstand entgegenzusetzen.

So wurde Korea zu Beginn des russisch-japanischen Krieges im Februar 1904 ohne einen einzigen Schuss besetzt. Die relativ kleine Berufsarmee von ungefähr 16.000 Mann wurde unter dem Druck der Japaner schrittweise verkleinert, bis sie am 1. August 1907 zwangsweise aufgelöst wurde.¹³ Als Korea seiner Souveränität beraubt und am 17. November 1905 zum Protektorat Japans wurde, schwanden alle Hoffnungen, dass die Regierung ein funktionierendes Wehrpflichtsystem umsetzen könne. Aber viele nationalistische Erzieher versuchten, das Thema selbst in die Hand zu nehmen und den Jungen in den neu eingerichteten „modernen“ Schulen eine militärische Grundausbildung zu bieten, um sie zu „patriotischen Staatsbürgern“ zu machen. In der Taesöng-Schule, die am 26. September 1908 von dem protestantischen nationalistischen Lehrer und Politiker An Ch'angho (1878-1938) in Pjöngjang gegründet wurde, stand nicht nur während der gesamten dreijährigen Schulzeit „militärische Gymnastik“ auf dem Lehrplan; es wurde auch der Brauch gepflegt, die Jungen mitten in der Nacht aufzuwecken, um harte Trainingseinheiten zu

absolvieren, unter anderem Barfußmärsche im Schnee.¹⁴ Der „Kriegsgeist“ wurde von den Intellektuellen des frühen nationalistischen Milieus als entscheidende Komponente des modernen Lebens begriffen. „Spartanisches Training“ in den Schulen galt als bestes Mittel zu seiner Förderung, solange die Wehrpflicht nicht umsetzbar war.

Nach der vollständigen Annexion Koreas durch Japan im Jahr 1910 blieb das militärische und/oder körperliche Training der koreanischen Jugend ein Hauptanliegen des nationalistischen Aktivisten An Ch'angho, der nun zumeist in den USA im Exil lebte. Er gründete am 13. Mai 1913 in San Francisco die *Jungkoreanische Akademie* (Hüngsadan), die sich auf Spencers Idee der „harmonischen Entwicklung des Intellekts, der Moral und des Körpers“ berief, welche um 1900 in Korea sehr populär war. Die „Verfassung“ (yakpöp) der Akademie nennt die Teilnahme an militärischer Gymnastik oder einer anderen Sportart als Bedingung für die Mitgliedschaft.¹⁵ Am 29. April 1920 gründete An Ch'angho, während er sich zur Bildung der Provisorischen Regierung Koreas in Shanghai aufhielt (er sollte nacheinander die Funktionen des Innenministers, des amtierenden Premierministers und des Verantwortlichen für das Arbeitswesen übernehmen), das *Fernöstliche Komitee* (Wöndong Wiwönbu) der *Jungkoreanischen Akademie*, das seine eigene Sportabteilung (Undongbu) hatte und im Rahmen seiner regelmäßigen Treffen stets auch Sportwettkämpfe (undonhoe) durchführte.¹⁶ Während An Ch'angho die „Kultivierung der Stärke“ und die „Vorbereitungen“ auf Koreas künftige Unabhängigkeit als oberste Priorität betrachtete, schloss er eine militärische Option nicht aus und verkündete in seiner berühmten Neujahrsrede (Sinnyönsa) 1920, dass zur Vorbereitung eines eventuellen „Unabhängigkeitskrieges“ die emigrierten Koreaner, Männer und Frauen, das „Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht“ (kaebyöngjuüi) anerkennen und „zumindest eine Stunde täglich mit militärischem Training verbringen“ sollten. Er schloss, dass „diejenigen, die keine militärischen Fähigkeiten erlernen, keine Koreaner sind. (...) Wer keine militärischen Fähigkeiten trainiert, widersetzt sich dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht. Wer das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht ablehnt, ist gegen den Unabhängigkeitskrieg. Wer gegen den Unabhängigkeitskrieg ist, ist gegen Unabhängigkeit.“¹⁷ In der „Charta“ (Hönjang), die am 11. April 1919 von der in Shanghai neu etablierten Provisorischen Regierung veröffentlicht wurde, wurde die Wehrpflicht, zusammen mit der Zahlung von Steuern, als oberste Pflicht der (männlichen) Bürger Koreas definiert. Zudem wurde sie von der Provisorischen Regierung und den mit ihr verbundenen Gruppen in den meisten Plänen für die Zukunft der koreanischen Staatlichkeit erwähnt.¹⁸ Dennoch waren alle militärischen Einheiten, die von der Provisorischen Regierung von 1938 an aufgestellt wurden, um die nationalistische chinesische Regierung in ihrem Kampf gegen die japanische Invasion zu unterstützen, Freiwilligenverbände¹⁹ - die Regierung hatte ja keinen Verwaltungsapparat zur Verfügung, um in China ansässige Koreaner der Wehrpflicht zu unterwerfen.

Während An Ch'anghos Forderung, alle koreanischen Emigranten zu militärischem Training zu verpflichten, kaum mehr als eine Prinzipienklärung war, unternahm ein anderer prominenter Nationalist im Exil, Pak Yongman (1881-1928), einen Versuch, den Traum vom „Volk in Waffen“ zumindest auf der Ebene einer kleinen Gemeinschaft umzusetzen. Schon kurz nach seiner Ankunft in den USA im Februar 1905 wurde Pak, der zu dieser Zeit politisch und persönlich mit Syngman Rhee (Yi Süngman, 1875-1965) verbunden war, zu einer

Wehrpflicht in Südkorea

Die Republik Südkorea unterhält ein striktes Wehrpflichtsystem. Junge Männer werden mit 18 Jahren erfasst. Die Musterung erfolgt mit 19 Jahren. Die Wehrpflicht besteht bis zum 31. Lebensjahr, bei Wehrflüchtigen jedoch bis zum 36. Lebensjahr.

Alle Wehrpflichtigen haben eine vierwöchige Grundausbildung zu absolvieren. Ein großer Teil der Wehrpflichtigen (fast 200.000 der 300.000 bis 350.000 Wehrpflichtigen pro Jahr) leistet danach den Dienst in der öffentlichen Verwaltung ab. Für sie dauert der Dienst 26 Monate, für die anderen 24 Monate. Welche Art von Militärdienst zu leisten ist, hängt von der Tauglichkeitsstufe und den Erfordernissen des Militärs ab.

Nach der Entlassung aus dem Militärdienst müssen Reservisten in den nachfolgenden acht Jahren insgesamt 160 Stunden Wehrübungen ableisten.

Von den insgesamt 680.000 Soldaten des südkoreanischen Militärs sind ca. 75% Wehrpflichtige. Nach dem *Defence Reform Plan 2020* strebt Südkorea an, den Anteil der Berufssoldaten, zumeist Offiziere und Unteroffiziere, bis 2020 auf 40% zu steigern.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist nicht anerkannt. Jedes Jahr werden etwa 600 Kriegsdienstverweigerer zu Haftstrafen von 18 Monaten verurteilt. Die große Mehrheit der Verweigerer gehören den Zeugen Jehovahs an. Seit dem Jahre 2001 steigt jedoch die Zahl nicht-religiöser Verweigerer. Seit 1939 wurden mehr als 15.000 Kriegsdienstverweigerer zu Haftstrafen verurteilt.

War Resisters' International: Wehrpflicht in Südkorea. Aus: Das Zerbrochene Gewehr Nr. 82, Mai 2009

Führungsfigur der koreanisch-amerikanischen Community und gründete im Juni 1909 in Kearney, Nebraska, eine Militärschule für Knaben (Sonyönbyöng Hakkyo). Er hoffte, sie werde sich zu einem koreanischen *West Point* entwickeln.²⁰ Während er an der Universität von Nebraska studierte, schrieb und veröffentlichte Pak im April 1911 in der in den USA erscheinenden koreanischen Zeitung *Sinhan Minbo*, die er selbst herausgab, seine Abhandlung über die Notwendigkeit der Wehrpflicht unter dem Titel „Über die Allgemeine Wehrpflicht“ (Kungmin Kaeböng non, erneut zwischen dem 11. April und 22. August 1945 durch die in den USA erscheinende *Tongnip* veröffentlicht). Pak beschrieb den Krieg als unabwendbar wegen des unvermeidlichen „Kampfes ums Überleben“ und betonte, dass die Wehrpflicht, deren Ur-

Jungmin Oh

„Demokratie ist die Macht des Volkes“

Frei oder eingesperrt sein? Das ist eine unvermeidbare, akute Frage. Die Welt, in der wir leben, befindet sich global gesehen ständig im Krieg. Deshalb überrascht es auch nicht, dass wir zur Zeit, Anfang Januar 2009, den Krieg in Gaza miterleben. Das 20. Jahrhundert wird als kriegerisches Zeitalter in Erinnerung bleiben. So wird es wahrscheinlich auch mit dem 21. Jahrhundert sein. Die USA begannen nach dem 11. September den *Krieg gegen den Terror*. Der Irak-Krieg war nichts anderes als ein weiterer grausamer Krieg. Der Irak und die Terroristen galten nicht nur als Feinde der USA, es wurde von den USA vielmehr klar erklärt, dass dies ein Krieg gegen „das Böse“ sei. Wir mussten beobachten, dass jede Person oder Gruppe, insbesondere Antikriegsgruppen und Muslime, als „das Böse“ angesehen werden kann. Die Tatsache, dass das Konzept von einem „Bösen“ viel zu abstrakt ist, um klar definiert zu werden, kann früher oder später zu der Situation führen, dass Bürger eines Landes wie auch Menschen außerhalb dessen als Feinde angesehen werden. Ein Feind kann dann überall sein, ganz unabhängig von den Grenzen. Wenn wir selbst zu jeder Zeit als Feind angesehen werden können, muss man vielleicht sagen, dass wir derzeit in einem Zeitalter der Kriege leben.

Die südkoreanische Regierung hat am Krieg im Irak teilgenommen. 2003 wurde entschieden, Truppen zu entsenden, trotz fehlender Beweise, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitzt. Obwohl es täglich Demonstrationen gegen diese Entscheidung gab, wie auch die Entführung und Enthauptung eines Südkoreaners, Kim Sun-il, durch irakische Militante, hob die Regierung ihre Entscheidung zur Truppenverlegung nicht auf. Stattdessen wurde ein Antiterrorismusgesetz verabschiedet, das von ihrer Sicht aus davon ausgeht, dass die Menschen potentielle Terroristen sind. Es war genau das Gleiche wie in den USA.

Ich war unter denen, die gegen den Krieg im Irak und die Verlegung der südkoreanischen Einheiten demonstriert haben. Trotz all unserer Bemühungen wurden die Truppen entsandt. Am Ende stellte sich heraus, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen hat, die US-Regierung also falsch lag. Trotzdem: Weder die südkoreanische Regierung noch die Unterstützer der

Regierungentscheidung entschuldigten sich für ihre Lüge oder übernahmen gar die Verantwortung für das Ergebnis - eine absolut unerträgliche Reaktion.

Demokratie ist die Macht des Volkes

Im Juli und August 2004 erlitt die Demokratie in Südkorea wieder einmal einen Rückschlag. Der Oberste Gerichtshof befand am 15. Juli 2004 Kriegsdienstverweigerer für schuldig, während das Verfassungsgericht am 26. August 2004 eine Anfechtungsklage gegen § 88 des Militärstrafgesetzes ablehnte. Ich wende mich gegen diese nationalistischen Entscheidungen. Sie zeigen, dass die „Pflicht zur nationalen Verteidigung“ als höher erachtet wird, als die Gewissensfreiheit. Solange solche Entscheidungen getroffen werden, wird das Recht auf Freiheit durch nationalistische Begründungen beschnitten.

Eigentlich ist die geschriebene Verfassung die Grundlage für das Volk. Artikel 1 Absatz 2 der südkoreanischen Verfassung sagt, dass „das Volk der Souverän der Republik Korea ist und alle staatliche Autorität dem Volk entspringt“. Das bedeutet: Die von der Verfassung gegebene Macht hat das Volk. Die Gesetze gelten nur befristet: Sie können jederzeit von der verfassungsgebenden Macht abgeändert werden. Eine Pflicht zur nationalen Verteidigung und eine

Nation kann nicht bestehen, wenn es keine Mitglieder der Nation gibt. Deshalb muss der Willen der Bevölkerung, nicht der Nation, respektiert werden. Das ist es, was ich unter Demokratie verstehe.

Dies sind die Gründe für meine Kriegsdienstverweigerung. Ich fühle Schuld meinen Eltern gegenüber. Es mag der gleiche Schmerz sein, den andere Kriegsdienstverweigerer, ihre Familien, Liebsten, FreundInnen und UnterstützerInnen bereits erlitten haben. Ich möchte mich wirklich bei meinen Eltern für meine Entscheidung entschuldigen, den Kriegsdienst zu verweigern. Ich möchte aber auch andere Kriegsdienstverweigerer trösten. Ich hoffe, dass uns der heutige Schritt zu einer anderen Art von Demokratie führen wird.

Jungmin Oh: Declaration of Conscientious Objection. Veröffentlicht in: War Resisters' International and Korea Solidarity for Conscientious Objection: Conscientious Objection in South Korea, May 2010. Übersetzung: Rudi Friedrich. Auszüge



Beratungsbroschüre für Kriegsdienstverweigerer

sprünge er im antiken Sparta verortete, der einzige Weg sei, um den Herausforderungen des „Handelszeitalters“ zu begegnen, in dem der Wettbewerb zwischen den Nationen sich bis zu einem Grad steigere, wo „eine Nation notwendigerweise angegriffen wird, wenn sie nicht zuerst angreift“.²¹ Nachdem er Anfang Dezember 1912 ins Zentrum koreanischen Lebens in den USA übergesiedelt war, auf die Hawaii-Inseln, gelang es Pak Yongman, eine größere koreanische Militärschule - der erste Jahrgang war 180 Mann stark - zu etablieren. Aber 1915 kam es zum Konflikt mit seinem früheren Freund Syngman Rhee über die Finanzen der koreanischen Community in den USA. Rhee, ein Moderater, der für die absehbare Zukunft nicht mit einem Unabhängigkeitskrieg rechnete und das Erreichen der Unabhängigkeit als primär diplomatische Aufgabe ansah, wollte die Gelder für Ausbildungszwecke nutzen. Pak Yongmans schlussendliche Niederlage in diesem Konflikt zeigt, dass die Militarisierung der koreanischen Community um 1910 unter den KoreanerInnen in den USA nicht sehr populär war. Dennoch scheint der Glaube, militärische Ausbildung sei in Verbindung mit normaler Schulbildung unentbehrlich für die Schaffung würdiger Staatsbürger (kungmin), weit verbreitet gewesen zu sein.²²

Während die koreanischen Emigranten in den USA oder China frei und öffentlich die Vorzüge von Wehrpflicht und Drill für die koreanische Jugend rühmen und sogar Ausbildungszentren aufbauen konnten, mussten sich die Intellektuellen im kolonisierten Korea, die nur unter strenger Zensur in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichen konnten, darauf beschränken, die kriegerische Vergangenheit Koreas zu glorifizieren und die koreanische Jugend dazu aufzurufen, sich körperlich zu ertüchtigen. Yi Kwangsu (1892-1950), ein berühmter Autor und einer der prominenten Schüler von An Ch'angho, schrieb in seiner Minjok Kaejoron (Über die Wiederherstellung der koreanischen Nation: Monatsschrift Kaebyök, Mai 1922), dass für die „Umerziehung“ der Koreaner zu modernen Staatsbürgern nicht nur eine Bibliothek und eine Schule, sondern auch ein Stadion für jeden Bezirk nötig sei - zusammen mit der Massenproduktion von Büchern über Hygiene und Sport.²³ Sport wurde als eine Möglichkeit angesehen, starke und disziplinierte Bürger zu schaffen, und stand bis in die 30er Jahre im Zentrum der nationalistischen Aktivitäten.

Mit der Diskussion über die Wehrpflicht wurde es ernst, als Japan nach Beginn der großen Invasion in China 1937 dringenden Bedarf an Rekruten hatte und 1938

den Koreanern die Erlaubnis erteilte, „sich freiwillig der Kaiserlichen Armee anzuschließen“. Das Koreanische Bildungsgesetz (Chosen Kyōiku rei) wurde zum dritten Mal revidiert und damit ein viel stärkeres militärisches Element in den Lehrplan aufgenommen.

Bereits Ende der 30er Jahre, lange bevor die japanische Regierung am 8. Mai 1942²⁴ die Entscheidung traf, alle tauglichen Koreaner einzuberufen, herrschte eine Atmosphäre der Generalmobilmachung. Viele nationalistische koreanische Intellektuelle begannen, teils unter Druck, teils aufgrund ihrer eigenen rassistischen, sozialdarwinistischen Weltsicht, die Ansicht zu vertreten, dass die Expansion Japans und die offiziell proklamierte Politik der *naisen ittai* (Japan und Korea als Teile eines Ganzen) ein Weg waren, Koreas eigenen Traum von nationaler Größe und einer welthistorischen Rolle zu verwirklichen. Sie sprachen sich für die Einberufung der



Junge Koreaner werden in den letzten Jahren des Pazifikkrieges durch die japanischen Behörden rekrutiert

Koreaner in die japanische Armee aus und warben oft für das japanische Militär.²⁵ Während sie bei den einfachen Koreanern wenig Popularität genoss, wurde die Wehrpflicht ein zentraler Glaubenssatz der Intelligenzija. Die zwangsweise oder freiwillige Rekrutierung koreanischer Emigranten wurde zu einem wichtigen Teil der exilnationalistischen Pläne zur Wiederherstellung der Souveränität der Nation. Die Unterwerfung der koreanischen Massen unter Wehrpflicht und Disziplin war der erklärte Wunsch der „pro-japanischen“ kolonialen Nationalisten in den späten 30ern und frühen 40ern, die aus verschiedenen Gründen die Koreaner als Teil der größeren „japanischen Rasse“ und des japanischen Staates ansahen. Obwohl die Wehrpflicht in Korea erst Mitte der 40er Jahre eingeführt wurde, wurde sie zu einem zentralen Bestandteil des koreanischen Modernitätsdiskurses.

Lee Gil-jun

„Ich verweigere!“

Ich leiste meine Wehrpflicht als Polizist ab und erkläre hiermit meine Kriegsdienstverweigerung. Ich weigere mich, wieder zu meiner Einheit zurückzukehren.

Widerstand ist für mich eine Sache, um die Subjektivität meines Selbst zu leben. Deiner inneren Stimme zuzuhören, die Werte für richtig anzusehen, an die du glaubst, ein buntes Leben zu haben und mit anderen in Harmonie zusammenzuleben - all das sind Dinge, die jedem bedeutungsvoll sind. Und wenn dann etwas dein Leben unterdrückt, siehst du es und widerstehst. Das, so glaube ich, ist der Weg, um ein erfülltes Leben zu leben. Also lege ich mein altes Selbst ab, was mich auf den Weg der Unterdrückung geführt hatte, und gehe voran, um mich durch den Widerstand selbst zu finden.

Wenn ich meiner Gesellschaft dienen muss, will ich etwas tun, was für mich und die Gesellschaft wirklich Bedeutung hat. Nachdem ich lange darüber nachdachte, war mein Weg, mich der Polizei als Wehrpflichtiger anzuschließen. Aber es stellte sich heraus, dass es ganz anders war, als ich erwartete. Manche mögen mich kritisieren und sagen, dass ich nicht zu meiner Entscheidung stehe. Aber ich denke, dass mir das nicht das Recht verwehrt, ungerechte Befehle zu verweigern.

Als Polizist für die Aufstandsbekämpfung realisierte ich, dass wir von den Befehlshabern jederzeit in unerwünschte Situationen gebracht werden können. In den letzten Monaten sah ich als Polizist die Proteste mit Lichterketten und es ging mir nicht mehr aus dem Kopf. All das, was die Menschen mit Kerzen in ihren Händen sagten - „Stoppt die Importe von US-Fleisch“, „Keine Privatisierung von staatlichen Firmen und öffentlichem Gesundheitswesen“, „Schulausbildung ohne harte Konkurrenz“ - all das hörte sich für mich wie eine Stimme an. Sie sagten, dass die Regierung unser Leben in jedem Moment bedrohen könne - und sie wollten dagegen aufstehen.

Bei den Lichterkettenaktionen kamen verschiedene Stimmen für ein gemeinsames Ziel zusammen. Es gab viele verschiedene Ansichten, aber es war nicht eine Atmosphäre des Streitens, es war für die Menschen viel mehr wie ein Fest, für sie selbst und für das Wohl der Gesellschaft. Aber die lebensbedrohende Regierung zeigte keine Anstalten, in Dialog zu treten. Stattdessen zwangen sie junge Männer in Polizeiuniformen in Situationen, in denen sie gegen die Mitbürger kämpfen mussten. Sollen wir die Bürger unterdrücken, als ob sie unsere Feinde wäre? Alle von uns wollten einfach zwei Jahre unserer Gesellschaft und unseren Familien dienen. Niemand von uns sah es als seine Aufgabe an, normale Menschen anzugreifen, die auf den Straßen demonstrierten. Die Regierung erzählte uns zwar, dass die Protestierenden nicht unsere Feinde seien, aber das war völlig heuchlerisch. Tatsächlich wollten sie, dass

wir sie als Feinde behandeln und jederzeit zu einem gewalttätigen Durchgreifen bereit sind.

Wenn man mit einer unsichtbaren Kraft konfrontiert ist, wie mit vom System angeordneten Befehlen, wird ein Individuum völlig machtlos. Als ich mit dem Schutzschild da stand und mit den Bürgern konfrontiert war, als ich Handlungen voller Gewalt beging oder dabei half, die Gewalt fortzuführen, konnte ich überhaupt nicht daran denken, gegen die Befehle zu verstoßen. Alles, was ich tun konnte, war, das Leid wahrzunehmen. Das ging allen Aufstandspolizisten so. Wir ließen unseren Ärger an den Protestierenden aus, unseren sogenannten „Feinden“, und rechtfertigten unsere Handlungen und versteckten unsere Schmerzen, während die Mächtigen, die uns an erster Stelle hierher geführt hatten, nirgendwo zu sehen waren.

Als die Tage vorbei waren, fühlte ich, dass mein Sinn für Humanität zu Asche geworden war. Als ich in die Operationen voller Unterdrückung geschickt wurde, als ich auf unbestimmte Zeit die Straßen bewachte, selbst als ich die Beschwerden und den Spott der Leute hörte, war es schrecklich für mich, die Tatsache zu akzeptieren, dass ich den Befehlen gehorcht hatte, ohne irgendetwas zu sagen. Ich konnte die anstrengende Zeit der Arbeit und die körperlichen Qualen ertragen, aber es wurde schlimmer, wenn ich daran dachte, was ich tat, wenn ich mich fragte, was ich eigentlich versuchte zu schützen. Niemand sprach über so etwas. Aber ist es in Ordnung, 20-jährige junge Männer als Werkzeug einer gewalttätigen Unterdrückung zu benutzen zur Aufrechterhaltung der sozialen „Ordnung“ und „Sicherheit“? Wer garantiert die Rechtmäßigkeit dessen?

In dieser schwierigen Zeit versuchte ich der Realität auf verschiedene Art und Weise zu entfliehen. Aber es traf mich immer wieder. Davonlaufen war keine Antwort. So lange ich auf dieser Seite der Proteste stand, würde ich immer Teil der Unterdrückung sein und es wäre nur ein Akt, sich den Dingen zu ergeben.

Die einzige Möglichkeit, um meine Wunden als Täter und Opfer zu heilen, und mein Leben wieder auf den richtigen Weg zu führen, ist Widerstand. Wenn ich zurückschaue, sehe ich, dass ich ein Leben voller Kompromisse geführt habe, niemals Widerstand gegen Dinge leistete, die mich unterdrückten. Ich sehe dies hier als Wendepunkt meines Lebens.

Ich werde meinen Widerstand fortführen, aber ich wünsche mir, dass es mehr Menschen gibt, die beginnen, jeder Form der Unterdrückung ihres Lebens zu widerstehen. Ich hoffe, dass das gegenwärtige System der immer wiederkehrenden Gewalt zu einem Ende kommt.

Lee Gil-jun: I Resist! 27. Juli 2008. Übersetzung: transpeace (transpeace@gmail.com) und Rudi Friedrich. Auszüge.

Militarisierte Männlichkeit und KDV-Bewegung

Die Wehrpflicht wurde erstmals 1943 für koreanische Untertanen des japanischen Kaiserreichs durch die japanische Kolonialverwaltung eingeführt (Bekanntgabe am 1. März, rechtskräftig ab 1. August) und bereits kurz nach der Gründung des nachkolonialen koreanischen Staates am 15. August 1948 erneut in Kraft gesetzt. Das erste Wehrpflichtgesetz (pyōngyōkpōp), welches am 6. August 1949 verkündet wurde, hielt sich weitgehend an koloniale wie auch kontinentaleuropäische (Deutschland und Frankreich) Vorbilder und unterwarf alle männlichen Bürger unter 40 Jahren der Wehrpflicht. Wer sie noch nicht erfüllt hatte und sich im Ausland aufhielt, war verpflichtet, vor Erreichen des 26. Lebensjahres zurückzukehren. Auch durfte kein über 26-jähriger ins Ausland reisen, bevor er die Wehrpflicht erfüllt hatte. Ausnahmen gab es nur für Untaugliche und Straftäter.²⁶

Das Regime unter Syngman Rhee ging davon aus, dass der Konflikt mit dem gegnerischen Regime im Norden der Halbinsel bald offen ausbrechen würde. Zudem wollte es die militaristisch-nationalistische Plattform „konsolidieren“ und den Unmut der Bevölkerung über die verbreitete Korruption und die soziale und wirtschaftliche Not unterdrücken. Deshalb begann es sehr früh, auch die Schulen zu militarisieren: Am 26. Dezember 1948 wurden regelmäßige militärische Übungen in allen Schulen ab der Mittelschule eingeführt.²⁷ Zu Beginn des Koreakrieges, am 1. Dezember 1951, wurden alle männlichen koreanischen Studenten und Gymnasiasten zu Soldaten

der „Studentenarmee“ (haksænggun) erklärt, um von Offizieren ausgebildet zu werden. Am 1. April 1953 wurde in den „Regeln für die Umsetzung des Befehls zur Ausbildung der Studentenarmee“ (haksænggun hullyōn silsiryōng sihaeng kyuch'ik), Erlass Nr. 16 des Verteidigungsministeriums und zugleich Erlass Nr. 29 des Bildungsministeriums, ausgeführt, dass die angemessene Dauer der militärischen Ausbildung für Gymnasiasten 156 Stunden pro Jahr betrage, davon fünf Tage in einem Ausbildungslager.²⁸

Im Gegenzug für die Teilnahme an den Übungen wurde den Schülern und Studenten - die meisten von ihnen kamen aus bessergestellten Familien - Zurückstellung gewährt. Dies war bereits seit der Einführung der Wehrpflicht 1949 so gehandhabt worden.²⁹ Unter Kriegsbedingungen war das ein enormes Privileg. Es bedeutete, dass die Sprösslinge der besitzenden Klassen das Recht hatten, sich den Horror der Front zu ersparen. Zugleich wurde hier der ungerechte Charakter der angeblich „allgemeinen“ Wehrpflicht deutlich. Das System der Zurückstellung wurde 1958 aufgegeben, aber die Studenten blieben privilegiert, indem sie lediglich 18 Monate Dienst zu leisten hatten, die Hälfte der Dienstzeit aller anderen Wehrpflichtigen.³⁰

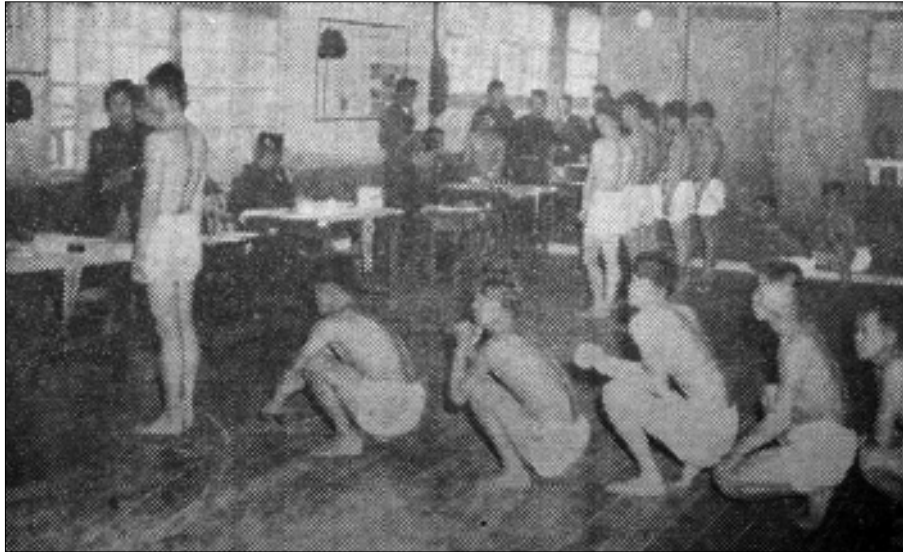
Das Privileg, das die zukünftige Bildungselite des Landes mit der Freistellung vom Kriegsdienst genoss, wurde von den dominierenden rechten Zeitungen Tonga Ilbo und Chosŏn Ilbo mit der Begründung verteidigt, dass



Aktion vor dem Verteidigungsministerium 2008. Foto: World Without War

Militarisierte Männlichkeit und KDV-Bewegung

die höhere Bildung ein entscheidendes Element der „nationalen Stärke“ sei. Aber viele derjenigen, die nicht davon profitieren konnten, reagierten mit Erbitterung.³¹ Neben den legalen gab es auch illegale Privilegien für Reiche und Personen mit guten Beziehungen, was weiteren Unmut auslöste. Im Chaos des Krieges und unter dem korrupten und ineffektiven Regime Syngman Rhees unterschied sich die tatsächliche Praxis der Wehrpflicht ganz gewaltig vom offiziell propagierten Ideal des gesetzestreuem Bürgers, der sich auf die erste Aufforderung hin



Tauglichkeitsprüfung von Wehrpflichtigen 1970

pflichtschuldigt beim Rekrutierungsbüro meldete.³² Korruption war innerhalb der Streitkräfte allgemein verbreitet, insbesondere bei der Rekrutierung.³³ Wer keine Verbindungen hatte und nicht über die Mittel verfügte, sich freizukaufen, war als Rekrut vielerlei Arten von Missbrauch ausgeliefert. Es gab sogar Fälle, in denen junge Männer gezwungen wurden, den Dienst zweimal zu leisten.³⁴

Viele junge Männer, die keinerlei Vertrauen in die Regierung und Angst vor den schlechten Bedingungen und der harten Behandlung in der Armee hatten, taten alles, um der Wehrpflicht zu entgehen. Schon nach offiziellen Statistiken stand der Zahl von 161.470 erfolgreich Einberufenen zwischen September 1955 und September 1956 eine Zahl von 33.361 Militärdienstentziehern gegenüber,³⁵ was sich im weiteren Verlauf der 50er Jahre nicht wesentlich änderte. 1959 entzogen sich etwa 16% der Wehrpflichtigen dem Dienst - ähnlich wie 1955 (16,8%).³⁶ Der Staat wurde als ein von außen auferlegtes, räuberisches Gebilde wahrgenommen, die Bürokraten galten als eigennützige Pfründenjäger, und der verbreitete Einsatz nackter Gewalt durch den Staat schmälerte in den Augen der Bürger seine Legitimität. In solch einer Situation konnte der Wehrpflichtstaat, den Syngman Rhee und seine Verbündeten wollten, keinen Erfolg haben: Die Wehrpflicht wurde berechtigterweise als „Armedienst“ angesehen, der die Armen unverhältnismäßig stark belastete und für die Söhne der Wohlhabenden und Einflussreichen relativ leicht zu umgehen war.

Das änderte sich Mitte der 60er Jahre, als die Regierung unter Pak Chŏnghŭi (Park Chung-hee), die sich an der Seite der USA im Vietnamkrieg engagierte und das Land zu militarisieren bestrebt war, um zu verhindern, dass die wachsende Arbeiterklasse „widerspenstig“ würde, die Wehrpflichtgesetze strenger umzusetzen begann und zugleich eine groß angelegte Indoktrinierungskampagne startete, um die ideologische Vorherrschaft des vom Regime angestrebten „nationalen Verteidigungsstaates“ zu sichern. Sofort nach der Machtübernahme der von Pak Chŏnghŭi geführten Militärjunta am 16. Mai 1961 wurde eine nationale Kampagne gegen die Militärdienstentziehung gestartet. In den Jahren 1961 und 1962 wurden zwei „Fristen, sich freiwillig zu stellen“ (chasu kigan), ausgerufen, während derer Militärdienstentzieher die Möglichkeit hatten, sich den Behörden zu stellen und ihren Dienst bei sehr geringer oder keiner Strafe abzuleisten.³⁷ Bereits Anfang Juni 1961 wurden 9.291 Beamte, darunter sogar Lehrer an Privatschulen (die in Korea traditionell als „Halb-Beamte“ angesehen werden), ihrer Ämter enthoben, weil sie sich nicht rechtzeitig bei der Armee gemeldet hatten.³⁸ Die

Verwaltung des Militärpersonals, bis dahin eine gemeinsame Aufgabe des Innenministeriums (Naemubu) und des Verteidigungsministeriums, wurde ab 15. November 1962 in die Hände einer besonderen Personalabteilung des Militärs (Pyŏngmuch'ŏng) gelegt, mit regionalen Büros in allen Bezirken und größeren Städten und 2010 speziell ausgebildeten Mitarbeitern.³⁹

Das heute noch bestehende, wenn auch lax gehandhabte, System der strikten Kontrolle von Auslandsreisen Wehrpflichtiger bis zum Alter von 35 Jahren wurde am 5. Oktober 1962 in Kraft gesetzt (Erlass des Verteidigungsministeriums Nr. 84).⁴⁰ Es begrenzt allgemeine Reise genehmigungen auf ein Jahr und Auslandsaufenthalte für Studenten auf vier Jahre, bei weiterführenden Studiengängen auf drei Jahre, wobei die Reisepässe derer, die den Zeitrahmen überschreiten, annulliert werden. Auslandsreisen und -studium waren in den 60ern noch weitgehend der Elite vorbehalten, und die Zahl der wehrpflichtigen Männer, die individuelle Auslandsreisegenehmigungen des Verteidigungsministeriums erhielten, betrug in den 60ern insgesamt 5.916. Von diesen kehrten 299 nicht zurück. Ihre Bürgen und Familien wurden dafür bestraft.⁴¹ Das Ziel all dieser Maßnahmen war, den Mythos der „Gleichheit“ des Militärdienstes zu stärken und die ideologischen Grundlagen des neuen Militärregimes zu festigen.

Die Stärkung der Verwaltungsmaschinerie, Furcht einflößende Kampagnen gegen Militärdienstentzieher

Jaesung Lim

Erste Schritte einer Friedensforschung

Ich erfuhr das erste Mal durch einen studentischen Aktivist von der Kriegsdienstverweigerung. Südkorea ist ein sehr militarisiertes Land, das Kriegsdienstverweigerer seit mehr als 60 Jahren bestraft. Trotzdem wird dies von unserer Gesellschaft als Problem angesehen, das nur bestimmte Religionsgruppen wie die Zeugen Jehovas betrifft. Erst kürzlich



Jaesung Lim

startete eine Bewegung, die für dieses Menschenrecht und für die Möglichkeit eines alternativen Dienstes eintritt. Ich bin seit 2002 Teil dieser Bewegung. Von einem menschenrechtlichen Standpunkt aus fordern wir einen alternativen

Dienst für Kriegsdienstverweigerer ein, statt ins Gefängnis gehen zu müssen. Durch die Treffen mit Kriegsdienstverweigerern und Friedensaktivisten begann ich mich selbst zu fragen, welche Überzeugung ich als wehrpflichtiger Mann in Korea leben will.

Trotz der Tatsache, dass ich mich immer kritisch zu Kapitalismus und Krieg gestellt habe, schien mir die Wehrpflicht keine große Sache zu sein. Ich zweifelte niemals wirklich daran. Mit meiner Beteiligung an der Kriegsdienstverweigerungsbewegung realisierte ich schließlich, was es bedeutet, ein Soldat zu sein, dass die militärische Disziplin nichts anderes ist als eine Disziplin, um zu morden, und dass jeder das Recht hat, zu verweigern. Mir wurde auch bewusst, wie viele Pazifisten in der Geschichte den Militärdienst verweigert haben. Nachdem ich all dies sah, war das Tragen einer Waffe kein Weg mehr für mich.

Die Menschen in Korea haben bislang kaum die Wehrpflicht oder das Militär in Frage gestellt. Aber innerhalb der Kriegsdienstverweigerungsbewegung begannen die Leute, grundsätzlich das Militär und die Gewalt anzuklagen - auf verschiedene Art und Weise. Deshalb sehen viele die Kriegsdienstverweigerungsbewegung als Beginn der Friedensbewegung in Korea an.

Ich erklärte meine Kriegsdienstverweigerung am 13. Dezember 2004, dem Tag meiner Einberufung, und ging ins Gefängnis. Ich erklärte mich für nicht schuldig. Da ich mein Jurastudium abgeschlossen hatte, dachte ich, dass ich gut auf das Verfahren vorbereitet sei und nahm keinen Anwalt. Stattdessen gab ich selbst Erklärungen ab und stellte Anträge. Aber trotz all meiner Bemühungen wurde ich von den Gerichten aller Instanzen, einschließlich des Obersten Gerichts, verurteilt. Insbesondere bei der Berufung erklärte mir der Richter, dass das Militär notwendig sei, da es in der Geschichte immer Kriege gegeben habe. Der Staatsanwalt warf mir

sogar vor, wer denn das Land schützen würde, wenn niemand zur Armee ginge.

Eine Überzeugung zu haben ist eine Sache, sie in eine Aktion münden zu lassen, eine andere. Das stellte ich während des Verfahrens fest. Die Erfahrung, ein „Angeklagter“ zu sein, um meine Überzeugung vor dem Gericht darzulegen, hatte mich dazu angeregt, den Frieden zu studieren. Zu dieser Zeit hatte ich einfach die Entscheidung getroffen, das Tragen von Waffen zu verweigern und ich hatte keine Ahnung, wie diese Gesellschaft verändert werden könnte. Ich wollte Antworten auf die Fragen finden, wie der Krieg beendet werden und wie eine Gesellschaft ohne Militär aussehen kann. Die Bücher der Friedensforschung, die ich während der Haft las, halfen mir zu verstehen, wie sehr wir das auch in Korea brauchen.

Mehr als zwei Millionen Soldaten stehen sich derzeit gegenüber. Korea wurde im 20. Jahrhundert zu einem vom Krieg zerrissenen Land. Zu all dem gibt es keine Friedensforschung. Es ist paradox: Das einzige, was wir haben, ist die Bewunderung für den Militarismus in einem Land, das doch vor allem Friedensforschung braucht. Deshalb entschied ich mich dazu, nach meiner Freilassung in der Friedensforschung zu arbeiten.

Ich begann Soziologie zu studieren, da es keinen anderen akademischen Ort für die Friedensforschung in Korea gibt. Ich hatte auch die Idee, ins Ausland zu gehen, an eine Fakultät, die sich in Japan oder Europa mit Frieden auseinandersetzt. Ich entschied mich aber für Korea, weil ich zugleich weiter in der Bewegung bleiben wollte. Meine Erfahrungen als Kriegsdienstverweigerer halfen mir sehr beim Studium. Als Kriegsdienstverweigerer und als Person, die vorbestraft war, konnte ich die Perspektive der sozialen Minderheiten sehen. Derzeit setze ich meine Friedensforschung als Doktorand an der gleichen Universität fort.

Kriegsdienstverweigerung ist nicht nur eine praktische Aktion, um die Welt zu verändern, sie ändert auch das Individuum, das diese Entscheidung trifft. Für mich ist die Kriegsdienstverweigerung nicht einfach eine Erinnerung an die Haft, sondern eine konkrete Erfahrung für meine Zukunft.

Der Wert der Gewaltfreiheit beginnt nun in Korea diskutiert zu werden. Es gab verschiedene Protestaktionen gegen Militär und Militärdienst und weitere sind in Vorbereitung. Dabei haben Kriegsdienstverweigerer und die Kriegsdienstverweigerungsbewegung eine aktive Rolle gespielt. Ich selbst als Kriegsdienstverweigerer will die Friedensforschung weiter betreiben, die noch in den Kinderschuhen steckt.

Jaesung Lim: A Probe for Peace Study. Veröffentlicht in: War Resisters' International und Korea Solidarity for Conscientious Objection: Conscientious Objection in South Korea, May 2010. Übersetzung: Rudi Friedrich und Franz Nadler. Auszüge

Erklärung der Kriegsdienstverweigerung

und ihre korrupten Helfer in offiziellen Positionen, die Pflicht zum Besitz von Personalausweisen mit Fingerabdruck seit 1968, die darin erfolgende Bestätigung für abgeleisteten Militärdienst⁴² und weitere Maßnahmen drückten die Zahl der Entziehungen auf unwesentliche 0,1% im Jahr 1974.⁴³ Die Auffassung, dass der Militärdienst ein unvermeidlicher Teil des „normalen“ männlichen Lebensweges sei, war von nun an allgemein verbreitet.

Alle wurden von jung auf militärischem Drill unterworfen: 1968 wurde die Militärausbildung an den Universitäten wieder eingeführt und ab Dezember 1970 verschärft.⁴⁴ Seit 1969 war die Grundausbildung (kyoryōn)

auch Bestandteil des Unterrichts für Schüler und Schülerinnen (bei letzteren mit dem Schwerpunkt Erste Hilfe) aller höheren Schulen.⁴⁵ Militärisches Training wurde als der Weg gepriesen, ein „richtiger Mann“ (chinch'a Sanai) zu werden - auf allen Ebenen der Bildung, in der Massenkultur, in den Medien. Militärdienstentzieher wurden zu nationalen Sündenböcken, sie wurden als unpatriotisch und unmännlich denunziert, da Männlichkeit nun unmittelbar mit dem Willen zur Ableistung des Militärdienstes identifiziert wurde. Diese konzentrierte militaristische Propaganda, in Verbindung mit der aufgrund des spürbaren wirtschaftlichen Erfolges wachsenden Popularität und Anerkennung des Regimes unter Pak Chōnghŭi,

Changgeun Yeom

„Die Kriegsdienstverweigerung hat mir geholfen, mich selbst zu finden“

Während meines Studiums habe ich mich an zahlreichen Studentenaktivitäten beteiligt. Diese Erfahrung hat mich sogar noch nach meinem Abschluss beeinflusst. Ich fühlte mich sehr unbehaglich mit der Vorstellung, Soldat zu werden. Ich finde es schwierig, Befehle auszuführen ohne sie zu hinterfragen. Meine größte Zweifel bestanden jedoch bezüglich des zwanghaften, hierarchischen und gewalttätigen Wesens des Militärs.

Im Frühjahr 2002 hörte ich zum ersten Mal von der Kriegsdienstverweigerung. Erst zu diesem Zeitpunkt wurde der Begriff in der Öffentlichkeit bekannt, obwohl es schon seit 60 Jahren Kriegsdienstverweigerer in Südkorea gibt. Dass es eine Alternative zum Militärdienst gibt und viele junge Männer diesen Weg gehen, beschämte mich, denn ich habe immer nur versucht, das Problem zu umgehen. Ich dachte immer, dass ich den Militärdienst einfach über mich ergehen lassen muss, auch wenn ich dagegen bin. Als ich mehr und mehr Berichte von Leuten erhielt, die den Militärdienst verweigerten, begann ich jedoch ernsthaft darüber nachzudenken, solch eine Entscheidung selbst zu treffen. Letztendlich entschloss ich mich, das Militär aus meinem Leben zu verbannen.

Im Winter 2002 hörte ich, wie die Bush-Regierung den Krieg gegen den Irak ankündigte. Ich sah Familien von Opfern des 9. November, die gegen den Krieg demonstrierten. Zusammen mit FreundInnen und KollegInnen organisierte ich eine Antikriegsaktion. Ich fuhr sogar selbst in den Irak, um dort mit ein paar Leuten eine Weile zu bleiben. Dort konnte ich erfahren, was in den Köpfen der Bevölkerung, die Tag für Tag unter dem Krieg leiden, vor sich ging. Während dessen verabschiedete die südkoreanische Regierung und Parlament die Pläne zur Entsendung der koreanischen Truppen in den Irak-Krieg.

Am 13. November 2003, es war der Tag meiner Einberufung, bin ich der Aufforderung des koreanischen Militärs nicht gefolgt. Ich habe stattdessen ein Abendessen mit meinen FreundInnen veranstaltet. Ein paar Tage später rief die Polizei an und sagte, dass Ermitt-

lungen gegen mich aufgenommen worden seien, da ich der Einberufung nicht gefolgt sei. Nach verschiedenen Verhören wurde ich vor Gericht gestellt. Der Richter entschied sich, ohne mir irgendeine Frage zu stellen, mich inhaftieren zu lassen, was dann auch geschah. Anderthalb Monate später wurde ich auf Kautionsfreigelassen. Ein Jahr später gab es jedoch einen weiteren Prozess, bei dem ich wieder inhaftiert wurde. In den nächsten sieben Monaten, in denen ich im Gefängnis war, fanden die zweite und dritte Gerichtsverhandlung statt. Die Richter befanden mich für schuldig und verurteilten mich zu 18 Monaten Haft.

In südkoreanischen Gefängnissen gibt es - im Unterschied zur Vergangenheit - keine Folter oder physische Gewalt mehr. Statt die Häftlinge zu Tode zu foltern, beschränken die modernen Gefängnisse den Raum und die Zeit, zwei Grundlagen des menschlichen Lebens. Der Mensch im Gefängnis verzweifelt an der Zeit, die ihn heimsucht, während es für ihn so ist, als ob er versucht, dem Tod zu entkommen. Für mich war die Zeit im Gefängnis eine Art Todeserfahrung, eine Frustration mit dem Leben, ein Mangel an Sympathie für andere. Meine Seele schrumpfte, wie die Zelle, in der ich saß. Das Gefängnis beschränkt nicht nur deinen Körper, sondern verdunkelt auch deinen Geist. Es kam mir immer so vor, als ob ich einen Befehl bekommen hatte, all diese Dinge über mich ergehen lassen zu müssen.

Im Gefängnis wirst du zu Dingen gezwungen, die du nicht machen möchtest. Aber jetzt, wenn ich über all das nachdenke, finde ich, dass mir die Kriegsdienstverweigerung geholfen hat, zu mir selbst zu sprechen, mein Inneres zu finden und Konflikte mit mir selbst abzuschließen. Man beginnt zu bemerken, dass der eigene Frieden dann beginnt, wenn man anfängt, auf das eigene Anderssein zu schauen. Nur dann kann es auch weiter eine Sympathie für andere geben.

Changgeun Yeom: Die Kriegsdienstverweigerung hat mir geholfen, mich selbst zu finden. Aus: Das Zerbrochene Gewehr Nr. 82, Mai 2009

scheint eine Art ideologischer Hegemonie für den Wehrpflichtstaat errungen zu haben. Ende der 70er Jahre war die in den 50er und 60er Jahren so verbreitete Empörung über die „Fron der Armen“ einer breiten Akzeptanz der Wehrpflicht gewichen. Selbst wenn sie ungerne und unwillig erfüllt wurde, so wurde sie doch als organischer Bestandteil des „normalen“ männlichen Lebenslaufes und als selbstverständliche Pflicht betrachtet, wie das Zahlen von Steuern oder der Abschluss der Grund- und Mittelschule.

Den Militärdienst als Option anzusehen statt als quasi angeborne Pflicht aller koreanischen Männer gegenüber „ihrem“ Staat und friedliche Alternativen zur Wehrpflicht einzufordern war gleichbedeutend damit, die Legitimität des Staates und die Grundfesten dessen in Frage zu stellen, was allgemein als „üblich“ und „normal“ für die Männlichkeit galt. Es überrascht nicht, dass vor diesem institutionellen und diskursiven Hintergrund Kriegsdienstverweigerer in besonderem Maße verfolgt wurden.

Man kann Südkorea als „Hardcore-Wehrpflichtstaat“ bezeichnen: Die Dauer des Militärdienstes beträgt zur Zeit (März 2009) 24 bis 28 Monate und ist damit international vergleichsweise lang. Zuletzt wurde die Dauer im Oktober 2003 verkürzt. Während Thailand, Kolumbien oder Kasachstan ebenfalls zwei Jahre Dienst von ihren männlichen Bürgern einfordern, beträgt die Länge des Dienstes in den Ländern der Europäischen Union, die noch die Wehrpflicht praktizieren, selten mehr als ein Jahr. Und taiwanische Wehrpflichtige leisten derzeit nur 16 Monate Dienst ab. Praktisch sind alle tauglichen koreanischen Männer zwischen 20 und 35 Jahren zur Ableistung des Dienstes verpflichtet. Koreas stehendes Heer besteht größtenteils aus Wehrpflichtigen niederen Ranges und umfasst annähernd 690.000 Soldaten und Soldatinnen.

Weitere 140.000 Einberufene leisten einen längeren Dienst (28-32 Monate) in zivilen Bereichen (öffentliche Verwaltung, ausgewählte Unternehmen), aber erst nach vierwöchiger Grundausbildung. Folglich ist dieser „Zusatzdienst“ (poch'ungyöck) ein Weg, das „Menschenmaterial“ jenseits des eigentlichen Militärdienstes zu nutzen, und kein wirklich alternativer Dienst für diejenigen, die aus Gewissensgründen keine Waffe in die Hand nehmen wollen. Vielmehr sind es Gründe der Untauglichkeit oder spezielle Qualifikationen, die für den Einsatz in diesem Dienst ausschlaggebend sind.

Südkoreas Wehrpflichtgesetz sieht keine legale Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung vor. Vielmehr regelt das Gesetz in Artikel 88, dass Kriegsdienstverweigerer mit bis zu drei Jahren Haft zu rechnen haben. Wer den Reservendienst verweigert, dem droht nach Artikel 90 eine Gefängnisstrafe von bis zu sechs Monaten oder eine Geldstrafe von bis zu 2 Millionen Wōn. In Wirklichkeit aber zahlen Kriegsdienstverweigerer und diejenigen, die aus persönlichen Gründen den Militärdienst zu umgehen versuchen, einen noch viel höheren Preis.

Erstens drohte und droht ihnen die Strafverfolgung. In den 70er Jahren, während der Hochphase der Yusin-Diktatur (*Wiederbelebung*), waren die Haftstrafen nicht unbedingt auf drei Jahre beschränkt. Es gab Fälle von

Kriegsdienstverweigerern, zumeist Zeugen Jehovas, die nach ihrer Haftverbüßung erneut in die Kaserne überstellt und dann ein zweites Mal verurteilt wurden, als sie wieder verweigerten. Das Verfahren war oft von grausamen, manchmal tödlichen Schlägen begleitet. Die Gesamtzahl der inhaftierten Kriegsdienstverweigerer in der koreanischen Geschichte seit 1949 (als die Wehrpflicht eingeführt wurde) beträgt mehr als 10.000 (über 99% davon Zeugen Jehovas). Und in den letzten beiden Jahrzehnten ist ein stetiges Wachstum zu verzeichnen: Von 220 im Jahr 1992 über 683 im Jahr 2000 bis zu 755 im Jahr 2004. Koreanische Forscher schätzen, dass sich damit in Korea etwa 90% aller weltweit inhaftierten Kriegsdienstverweigerer eines Jahres befinden, neben anderen Wehrpflichtstaaten ohne alternative Dienstmöglichkeiten wie der Türkei, Aserbaidschan oder Angola. Die für Kriegsdienstverweigerer übliche Haftstrafe wurde Anfang 2000 auf 18 Monate reduziert. Das ist die Mindesthaftstrafe, um nicht erneut einberufen zu werden.

Zweitens sind die Kriegsdienstverweigerer, wenn sie aus der Haft entlassen werden, institutionellen Sanktionen ausgesetzt. Mit ihrer Vorstrafe können sie nicht in den Staatsdienst eintreten, keine Arbeit bei größeren Unternehmen aufnehmen und sind politisch, sozial und wirtschaftlich an den Rand gedrängt.

Drittens werden Kriegsdienstverweigerer in der Öffentlichkeit noch immer weitgehend stigmatisiert, oft so sehr, dass sie in den Augen der Öffentlichkeit zu „Nicht-Bürgern“ (pigunghmin) werden. In diesem Klima, das sich auch nach der „Demokratisierung“ 1987 nicht wesentlich geändert hat, waren Religionsgemeinschaften wie die Zeugen Jehovas, die ihren Mitgliedern einen starken Zusammenhalt bieten, vielleicht die einzige soziale Gruppe, die dem enormen Druck widerstehen und eine Kriegsdienstverweigerungsbewegung entwickeln konnten. Obwohl Studenten, die den undongkwōn (systemkritischen sozialen Bewegungen) angehörten, in den 80er Jahren beim Militär zur Zielscheibe der Indoktrination wurden, als Spione zwangsrekrutiert oder einfach brutal misshandelt und getötet wurden, entwickelten die undongkwōn in den 80er und 90er Jahren keine wahrnehmbare Kriegsdienstverweigerungsbewegung. Die einzige Ausnahme war die 1988 von Aktivisten der „Nationalen Befreiung“ (Linksnationalisten) geführte Kampagne gegen die Versetzung an die Front. Erst mit der Jahrhundertwende begann sich die Situation zu ändern.⁴⁶

Die neue Kriegsdienstverweigerungsbewegung seit 2000: Hintergründe

Das Anwachsen der neuen Kriegsdienstverweigerungsbewegung ab dem Jahr 2000 beruhte auf mehreren Faktoren. Erstens durchliefen die koreanischen undongkwōn in den 1990er Jahren eine grundlegende Veränderung. Diese Phase begann mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten Osteuropas. Hinzu kam 1995-1998 die große humanitäre Katastrophe in Nordkorea. Der Wandel des europäischen Stalinismus hin zu einem „normalen“ Kapitalismus, zusammen mit der von Maos Nachfolgern betriebenen kapitalistischen Umstrukturie-

Militarisierte Männlichkeit und KDV-Bewegung

rung Chinas, diskreditierte weitgehend die Hauptströmungen innerhalb der PD (Volksdemokraten - orthodoxe Sozialisten, meist Anhänger verschiedener Interpretationen des Marxismus-Leninismus), die den Bolschewismus in stalinistischer Gestalt zu ihrer Doktrin gemacht hatten. Die offensichtliche Unfähigkeit des nordkoreanischen Staates, seinen Bürgern das Grundrecht physischen Überlebens zu gewährleisten, schmälerte die Anziehungskraft der an Pjöngjang orientierten Linksnationalisten erheblich.

Aber die „antihegemoniale“ Stoßrichtung ihrer Propaganda behielt in den Augen ihrer Anhänger eine gewisse Gültigkeit, auch wegen der anhaltenden Spannungen zwischen den USA und Nordkorea und der ständigen Präsenz des US-Militärs im Süden der Halbinsel. Innerhalb der undongkwön wurde unüberhörbar die Forderung nach einer Erneuerung der ideologischen Basis erhoben, die sowohl das Dogma des „Sozialismus in einem Land“ als auch die starre Bindung an den „antihegemonialen Nationalismus“ und seiner „befreiten Zone“ im Norden überwinden sollte.

Die gewaltsame Kraftprobe zwischen der Polizei und den von Nationalisten geführten Hanch'ongnyön-Studenten im August 1996, der eine Welle von Verhaftungen insbesondere linker Nationalisten folgte, konnte die NL-Strömung innerhalb der Studentenbewegung zwar nicht zerschlagen, schwächte sie aber ernsthaft.⁴⁷ Die PD-Strömung, einschließlich ihres moderaten Ablegers *Studierendenrat des 21. Jahrhunderts* (21 segi haksaeung-

hoe), kontrollierte nach wie vor einen beträchtlichen Teil der Universitäten - 27 im Jahr 1997 und 18 im Jahr 1998. Sie setzte die nationalistischen Hardliner der Hanch'ongnyön neuerlichem Druck aus.⁴⁸

Das interne Demokratiedefizit und die Notwendigkeit, die ganze Bewegung zu reformieren, waren die wichtigsten Themen auf der Konferenz des Zentralkomitees der Hanch'ongnyön am 3. März 2001 - der ersten Konferenz seit vier Jahren, da die staatliche Repression unbarmherzig weiterging.⁴⁹ Am 13. April 2003 wurden schließlich reformorientierte, moderat nationalistische Kandidaten in die Führung der Hanch'ongnyön gewählt. Sie gewannen die Wahl aufgrund ihres Programms, intern demokratische Reformen durchzusetzen und die Organisation langfristig zu legalisieren - was allerdings nicht verwirklicht werden konnte, da die Regierung an ihrem Kurs festhielt.⁵⁰

In einer Atmosphäre lebendiger Diskussion, in der jedoch auch das Gefühl der Krise deutlich zu spüren war - die nationalistische Rhetorik der Autarkie und des Kampfes um die Einheit sprach die studentische Öffentlichkeit immer weniger an und der deutliche Mangel an institutioneller Demokratie bei Hanch'ongnyön wurde zum großen Thema -, wuchs das Interesse an weniger orthodoxen Methoden des „Kampfes für den Fortschritt“. Am Ende gingen einige der vormals radikalen Studenten zur antimilitaristischen Bewegung. Sie begriffen sie als den Ort, an dem sie die Ziele verwirklichen konnten, die sich aus den alten Programmen der NL und PD heraus ent-



Dongjoo Ko

Das Leben nach meiner Haftentlassung

Am 11. Oktober 2005 rief ich das Einberufungsbüro an und sagte ihnen, dass ich nicht gehen werde. Einige Tage später, am 19. Oktober, erklärte ich auf einer



Dongjoo Ko

Pressekonferenz meine Kriegsdienstverweigerung. Meine Gründe für die Verweigerung liegen in meiner Gewissensentscheidung, meinem katholischen Glauben und meiner festen Überzeugung, dass das Militär keinen Frieden bringt.

An der Universität trat ich der *Katholischen Studentenbewegung* bei, was es mir ermöglichte, mich über meine normalen religiösen Aktivitäten hinaus, dem wöchentlichen Gang zum Gottesdienst, zu betätigen. Durch die Bewegung erfuhr ich, um wirklich Jesus zu folgen, müssen wir die Not der Unterdrückten und Marginalisierten offenbaren, und auch mit ihnen leben. Ich schwor mir selbst, dass dies der Weg für mein Leben sein soll. Ich lernte auch die Gesellschaft aus der Perspektive Jesus' zu sehen und versuche dies in die Praxis umzusetzen.

Als der Tag der Einberufung kam, wollte ich persönlich wirklich nicht hingehen. Ich sehe jung für mein Alter aus und ein bisschen schwach. Als mir einer meiner Freunde erzählte, „Leute wie Du müssen so tun, als ob sie eine Frau wären und Höherrangige werden an Dich gehen und so“, flippte ich wirklich aus. 2001 hörte ich von den Zeugen Jehovas, die den Kriegsdienst verweigern. Sie verweigern aus ihrem Glauben heraus, so entschied ich, das selbst zu tun. Ich begann, die Frage der Wehrpflicht aus meinem Glauben heraus zu betrachten. „Wenn dir einer auf die rechte Backe haut, dann halte ihm deine linke hin“, und „Liebet Eure Feinde“ - das hat Jesus gelehrt. Könnte ich mir vorstellen, dass Jesus eine Waffe trägt, um den Frieden zu verteidigen? Die Antwort war allzu klar. Ich entschied mich, den Kriegsdienst zu verweigern.

Als meine Entscheidung feststand, musste ich Untersuchungen durch Polizei und Staatsanwalt über mich ergehen lassen. Ich wurde am 24. Januar 2006 inhaftiert. Viele meiner Freunde unterzeichneten Petitionen mit der Aufforderung an die Behörden, mich nicht zu verhaften, aber da der in meinen Papieren angegebene Aufenthaltsort sich von meinem tatsächlichen Aufenthaltsort unterschied, wurde ich ins Gefängnis gesteckt. Ich denke, sie wollten mich die Staatsmacht spüren lassen, weil ich die heilige Pflicht der Ableistung des Militärdienstes verweigerte und nicht den Regeln der Gesellschaft folgte.

Als meine Haft feststand, begann vermutlich die schwerste Zeit meines Lebens. Im Gefängnis wurden

die Zeugen Jehovas zumindest als Kriegsdienstverweigerer anerkannt. Ich aber war nur einer, der den Namen von Jesus vor sich hertrug, um die Wehrpflicht zu vermeiden. Diese Anklage traf mich hart, weil ich einfach nur als wahrer Christ leben wollte.

Das Leben im Gefängnis entsprach dem der Armee, nur dass wir keine Waffe hatten. Es war eine Klassengesellschaft, wie ich sie vorher nie erlebt hatte. Vom Aufstehen morgens bis in die Nacht, alles lief auf Befehl und die meiste Arbeit innerhalb der Gefängniszelle hatte ich zu erledigen, weil ich der jüngste im Raum war. Ich dachte niemals, dass ein Monat so schnell rumgehen könnte und am 14. März wurde ich schließlich auf Kautionsentlassung entlassen. Während meines Berufungsverfahrens war ich schon draußen.

Es war keine Überraschung, dass die Regierung auf ihrer Position beharrte. Das Gericht entschied, dass ich das Gesetz verletzt habe. Ich ging bis vor das Oberste Gericht. Am 21. September wurde meine Berufung abgelehnt, so dass ich wieder ins Gefängnis musste.

Ich kam in die Küche, wo es meine Aufgabe war, Essen für 1.700 Insassen vorzubereiten. Vom ersten Tag an war ich völlig verloren und ständig auf den Füßen. Nur während des Essens konnte ich mich für weniger als zehn Minuten setzen. Mir wurde nichts beigebracht, ich wurde nur angebrüllt, wenn ich irgend etwas nicht ordentlich gemacht hatte. Es war allein meine Sache, herauszufinden, was ich wie zu machen hatte.

Nach einem Jahr und zwei Monaten wurde ich am 28. September 2007 entlassen. Ich wusste nicht, was nun als nächstes geschehen wird. Ich war einfach glücklich, dass ich nicht erneut ins Gefängnis gehen musste. Es war so unwirklich, dass ich mich nun mit anderen treffen und mich mit ihnen austauschen konnte.

Nun, nach mehr als einem Jahr seit meiner Freilassung, fühle ich, dass ein einfacheres Leben ohne Ausbeutung ein Weg ist, Gewalt zu vermeiden. Es wurde mein Traum, diesen Weg in meinem Leben zu gehen. Ich möchte Land in nachhaltiger Art und Weise bearbeiten. Im Moment arbeite ich in einer Organisation, die Menschen unterstützt, die wieder Bauern werden wollen. Früher oder später, so mein Plan, mache ich das gleiche.

Die Pläne zur Einführung eines alternativen Dienstes wurden kürzlich zurückgestellt. Kriegsdienstverweigerer werden weiter ins Gefängnis geschickt. Unter diesen Umständen schulde ich der Kriegsdienstverweigerungsbewegung viel und bedauere es, dort nicht selbst aktiv zu sein. Aber es gibt keinen Zweifel daran, dass ich mich immer damit verbunden fühle und mein Bestes tun werde, um zu helfen.

Dongjoo Ko: Life after my release from prison. Published in War Resisters' International and Korea Solidarity for Conscientious Objection: Conscientious Objection in South Korea. May 2010. Übersetzung: Rudi Friedrich und Heike Makowski. Auszüge

wickelten, innerhalb der alten 1990er-Studentenbewegung aber nicht umsetzbar waren.

Ein Beispiel dafür ist Yu Hogŭn (geboren 1976), der am 9. Juli 2002 seine Kriegsdienstverweigerung erklärte - und damit als einer der ersten koreanischen Kriegsdienstverweigerer gelten kann, der kein Zeuge Jehovas war. Er gehörte einer linksnationalistischen Strömung der *Koreanischen Demokratischen Arbeiterpartei* (KDLP) an.⁵¹ In seiner Kriegsdienstverweigerungserklärung sagte er, dass er niemals ein Gewehr auf einen anderen Koreaner richten werde, egal welche Staatsangehörigkeit ihm aufgrund der Teilung des Landes aufgezwungen worden sei; zugleich sprach er sich für eine „pluralistische Gesellschaft“ aus, die die Unterschiede anerkenne zwischen denjenigen, die bereit seien, zur Armee zu gehen, und denen, die nicht dazu bereit seien.⁵² Sein Beispiel zeigt sehr lebendig, wie sich die Sichtweise einiger gemäßigt nationalistischer Linker aufgrund der Krise und Unsicherheit im Milieu der undongkwŏn in den 90er Jahren verändert hatte.

Ein gutes Beispiel eines PD-Aktivisten, der zum Kriegsdienstverweigerer wurde, ist Na Tonghyŏk (geboren 1977).⁵³ Er erklärte seine Kriegsdienstverweigerung am 12. September 2002 und begründete seine Entscheidung unter anderem damit, dass der „auf Ausschluss basierende Verteidigungsnationalismus“ Koreas „typisch für ein Land ist, das einen Krieg durchgemacht hat. Er wird aber auch benutzt, um die Gesellschaft im Namen der nationalen Sicherheit zu kontrollieren und zu lähmen, die Fantasie der Menschen einzuschränken und es ihnen angenehm und natürlich erscheinen zu lassen, in ihrem Alltagsleben kontrolliert zu werden.“⁵⁴ In seinem Fall führte die Aversion der PD gegenüber dem Nationalismus, welche in der Auseinandersetzung mit den Hardcore-Nationalisten der NL um Einfluss an den Universitäten noch zugenommen hatte, zu dem Entschluss, gegen die Logik des „nationalen Sicherheitsstaates“ zu kämpfen, die durch den Nationalismus gestützt wird.⁵⁵

Die Tatsache, dass die Vertreter der beiden konkurrierenden systemkritischen Ideologien, PD und NL, schließlich Gefährten im antimilitaristischen Kampf wurden, mag paradox erscheinen. Sie zeigt aber, dass das Aufkommen des Antimilitarismus in der Logik der Entwicklung der koreanischen sozialen Bewegung in den 1990ern lag. Diese Logik trieb die Konfrontation mit dem Staat in tiefere Schichten der koreanischen „Lebenswelt“ voran und forderte den „nationalen Sicherheitskomplex“ heraus, auf dem die gesamte Konstruktion der herrschenden Ideologie Koreas beruht.

Der zweite Faktor, der die Zunahme der Kriegsdienstverweigerungsbewegung ab dem Jahr 2000 beeinflusste, war das allgemeine Erstarken der Linken in Korea im Gefolge einschneidender Ereignisse. Dazu zählten der erste landesweite Generalstreik seit 1946, begleitet von einer Welle von Demonstrationen und Massenversammlungen der radikalen Gewerkschaften von Dezember 1996 bis Februar 1997, die Finanzkrise in Asien, der Sanierungsplan des Internationalen Währungsfonds Ende 1997/Anfang 1998 und die Machtübernahme der Regierung durch Kim Taejung (Kim Dae-jung) im Februar 1998.

Der Generalstreik, an dem sich etwa 38.000 gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen beteiligten,⁵⁶ zeigte das Mobilisierungspotential der radikalen Systemkritiker. Die Tatsache, dass die Regierung von Kim Taejung, die anfangs von vielen, insbesondere linksnationalistischen, Aktivisten - wenn auch „kritisch“ - unterstützt worden war, ohne Zögern das Strukturanpassungsprogramm des Weltwährungsfonds umsetzte und damit die Lebensgrundlagen eines großen Teils der Arbeiterklasse zerstörte, machte die Notwendigkeit politischer Organisation durch die Arbeiter für die Arbeiter ausgesprochen deutlich und führte zur Entfremdung der Aktivisten von der „bürgerlichen“ Mainstream-Politik.

UN-Menschenrechtskomitee

Südkorea: Recht auf Kriegsdienstverweigerung sollte anerkannt werden

17. Das Komitee ist beunruhigt, dass (a) nach dem Militärgesetz von 2003 die Kriegsdienstverweigerung mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden kann und dass es keine gesetzliche Begrenzung der Anzahl der Einberufungen und der Strafverfolgungen gibt; dass (b) diejenigen, die nicht in zufriedenstellender Weise den Anforderungen des Militärdienstes nachkommen, von einer Beschäftigung bei der Regierung oder in öffentlichen Institutionen ausgeschlossen sind und dass (c) verurteilte Kriegsdienstverweigerer der Stigmatisierung der Vorbestrafung unterliegen (Art. 18).

Die Regierung sollte alle notwendigen Maßnahmen treffen, um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen. Sie wird ermutigt, die Gesetzgebung in Übereinstimmung mit Artikel 18 des (Internationalen) Paktes (für bürgerliche und politische Rechte) zu bringen. Diesbezüglich weist das Komitee die Regierung insbesondere auf Paragraph 11 des Allgemeinen Kommentars Nr. 22 (1994) zu Artikel 18 (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit) hin.

Human Rights Committee, Eighty-eighth session, Genf, 16. Oktober - 3. November 2006. Auszüge. Übersetzung: Rudi Friedrich. <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/G06/458/14/PDF/G0645814.pdf?OpenElement>

Am 30. Januar 2000 gründeten moderate PD-Aktivisten die KDLP. Ihr Programm wandte sich gegen den Neoliberalismus und trat für den Wohlfahrtsstaat und für den Frieden ein.⁵⁷ Sowohl bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern als auch bei vielen Intellektuellen und einem großen Teil der (unteren) Mittelschicht stieß die KDLP sofort auf großen Zuspruch. In einer Meinungsumfrage, die zur Zeit ihrer Gründung durchgeführt wurde, stand sie bereits an dritter Stelle, mit 20,9%.⁵⁸ Die unerwartet hohe Zustimmung drückte sich nicht sofort in Wahlerfolgen aus, aber bei den Präsidentenwahlen im Dezember 2002 erhielt der Kandidat der KDLP, Kwŏn Yŏnggil, 3,98% und damit immerhin beinahe eine Million Stimmen. Und bei den Parlamentswahlen im April 2004 bekam die Partei 13,1% und konnte 10 Parlamentarier entsenden.⁵⁹

Angesichts des Ausmaßes der antikommunistischen Indoktrination der koreanischen Gesellschaft bis Mitte der 1990er waren die Erfolge der KDLP in der Tat erstaunlich. Sie reflektierten die tiefe Enttäuschung der Nicht-Privilegierten der Gesellschaft über die großen Parteien. Allein die Tatsache, dass eine legale Arbeiterpartei existierte, die auch noch den „Frieden“ in ihr Programm schrieb, die Armeen in Nord- und Südkorea auf eine Stärke von 100.000 Mann reduzieren wollte und für die Abschaffung der Wehrpflicht in Südkorea und die Einführung einer Berufsarmee eintrat,⁶⁰ gab der eben entstandenen Kriegsdienstverweigerungsbewegung enormen psychologischen Auftrieb. Ziemlich viele der Kriegsdienstverweigerer dieses Jahrzehnts sind Mitglieder der KDLP, darunter O T'aeyang (der am 17. Dezember 2001 als erster seine Kriegsdienstverweigerung erklärte), Yu Hogŭn und Kim Yŏngjin (Philosophiestudent der Dongguk Universität, der am 1. Januar 2005 seine Verweigerung erklärte und gegenwärtig inhaftiert ist). Die organisatorische Unterstützung der KDLP für die Kriegsdienstverweigerungsbewegung war allerdings sehr gering.

Der dritte Faktor ist der riesige Unterschied zwischen dem Zivilleben und dem Leben in den Kasernen. Dass der Militärdienst in Korea oft eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben bedeutet, sieht man an der großen Zahl

Vorgesetzten. In anderen Fällen gibt es mehr als genug Gründe anzunehmen, dass die betreffenden Wehrpflichtigen durch die institutionalisierte Brutalität des Kasernenlebens in den Selbstmord getrieben wurden.⁶² Bereits Ende 2006 bestätigte der Untersuchungsausschuss, dass in zwei von ihm untersuchten Fällen - einer davon aus dem Jahre 1996 - der als „einfacher Todesfall“ (tansun samang) bzw. „Selbstmord“ deklarierte Tod in Wirklichkeit durch Schläge verursacht worden war.⁶³

Der Tod durch „Disziplinarmaßnahmen“ mag selbst nach den Maßstäben der koreanischen Armee ein wenig extrem und ungewöhnlich erscheinen, aber „normale“ Schläge waren ebenso wie andere Formen der Misshandlung (verbal, sexuell usw.) noch bis vor kurzem „normaler“ Bestandteil des Militärlebens.⁶⁴ In jüngster Zeit scheint es das Bestreben zu geben, zumindest die schlimmsten Formen der Misshandlung in den Kasernen zu beenden und den Wehrpflichtigen das Leben im Militär erträglicher zu machen.⁶⁵

Trotzdem haben angehende Wehrpflichtige weiterhin genügend Gründe, das Leben im Militär als unerträglich, unmenschliche Unterdrückung anzusehen, die junge Männer entmenschlicht und ihnen blinden Gehorsam einimpft. Eine Übersicht der Schreiben und Erklärungen koreanischer Kriegsdienstverweigerer zeigt, dass ein extremer Widerwille gegenüber der brutalen Behandlung der Wehrpflichtigen die Entwicklung ihrer Verweigerungshaltung maßgeblich prägte. So hob ein anonymes Mitglied der Kriegsdienstverweigerungsbewegung in einem Brief vom 16. Mai 2003 an die *Koreanische Sozialistische Partei* (Han'guk sahoedang) die Rolle der Kriegsdienstverweigerungsbewegung bei der Überwindung des „feudalen Herrschaftssystems“ des Militärs hervor und betonte ihr Potential, Druck auf die Militärbehörden auszuüben, um die Praxis der Körperstrafen in den Kasernen zu beenden.⁶⁶

Neben der körperlichen Gewalt gibt es einen weiteren Aspekt des Militärdienstes, der die unabhängig und fortschrittlich denkenden Wehrpflichtigen aus den Städten besonders anwidert: die „moralische Erziehung“ (chŏngsin kyoyuk). Es handelt sich um eine vierstündige Indoktrinationsschulung pro Woche (in technischen Einheiten sind es nur zwei Wochenstunden).⁶⁷ Das Tauwetter, das zu Beginn des Jahrzehnts die innerkoreanischen Beziehungen beherrschte, führte zwar zu einer spürbaren Schwächung der anti-nordkoreanischen Armeerhetorik (zum Beispiel wurde im südkoreanischen Verteidigungsweißbuch Ende 2004 Nordkorea nicht mehr als „Hauptfeind“ definiert).⁶⁸ Aber so gern man annehmen möchte, dass solche Verände-



Alltägliche Brutalität - Wehrpflichtiger der koreanischen Armee wird vom Vorgesetzten bestraft

der Fälle, die im von der Regierung eingesetzten Untersuchungsausschuss für verdächtige Todesfälle in der Armee untersucht werden (Kun ūmunsa chinsang kyumyŏng wiwŏnhoe, eingesetzt im Januar 2006). Anfang Januar 2007 war die Zahl der von diesem Ausschuss angenommenen Fälle auf 595 gestiegen.⁶¹ Sogar in der vermeintlich „demokratischen“ Dekade von 1995 bis 2005 gab es pro Jahr durchschnittlich 202 Todesfälle in der Armee, von denen offiziell 41% als Selbstmorde deklariert wurden. Es ist jedoch ganz offensichtlich, dass viele dieser „Selbstmorde“ gewaltsame Todesfälle waren, verursacht von Schlägen als „Disziplinarmaßnahmen“ der

die unabhängig und fortschrittlich denkenden Wehrpflichtigen aus den Städten besonders anwidert: die „moralische Erziehung“ (chŏngsin kyoyuk). Es handelt sich um eine vierstündige Indoktrinationsschulung pro Woche (in technischen Einheiten sind es nur zwei Wochenstunden).⁶⁷ Das Tauwetter, das zu Beginn des Jahrzehnts die innerkoreanischen Beziehungen beherrschte, führte zwar zu einer spürbaren Schwächung der anti-nordkoreanischen Armeerhetorik (zum Beispiel wurde im südkoreanischen Verteidigungsweißbuch Ende 2004 Nordkorea nicht mehr als „Hauptfeind“ definiert).⁶⁸ Aber so gern man annehmen möchte, dass solche Verände-

rungen auf Führungsebene Auswirkungen auf die Indoktrination in den unteren Reihen haben, wird dort im Grundsatz an der Weltsicht des Kalten Krieges festgehalten und die „Realität der Feindschaft“ zwischen Nord und Süd betont, die Friedensidealen oder einer möglichen Einheit entgegenstehe.⁶⁹ Da das Militär die Praktiken der „Ausbildung“, Disziplinierung und Bestrafung der

Wehrpflichtigen nur sehr zögerlich reformiert, wird die Brutalität gegen Wehrpflichtige noch lange eine Triebfeder der antimilitaristischen Bewegung bleiben.

Nicht zuletzt scheint die Intensivierung der weltweiten Kriegführung durch die USA und ihre Verbündeten zu Beginn dieses Jahrhunderts zusammen mit wachsenden Spannungen auf der koreanischen Halbinsel nach der

Nationale Menschenrechtskommission Korea*

„Recht auf Kriegsdienstverweigerung muss anerkannt werden“

Nationale Menschenrechtskommission Korea übergibt dem Verfassungsgericht offizielle Stellungnahme zur Verfassungswidrigkeit des Gesetzes über Reservestreitkräfte des Landes

Die *Nationale Menschenrechtskommission Korea* (NHRCK) wird eine offizielle Stellungnahme zur Verfassungswidrigkeit des Gesetzes über Reservestreitkräfte des Landes bezüglich der Anrufung des Verfassungsgerichtes durch das Bezirksgericht Ulsan dem Verfassungsgericht übergeben. Das Bezirksgericht sieht das Gesetz über Reservestreitkräfte des Landes vom 30. April 2007 als verfassungswidrig an. Diese Position bestärkt die Auffassung der Kommission, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung anerkannt, ein eigenständiger Dienst eingerichtet werden muss und Kriegsdienstverweigerer nicht bestraft werden dürfen.

Das Verfassungsgericht wurde angerufen, um die Bestimmung zu prüfen, nach der eine Person, die dem Reservedienst nicht nachkommt, mit bis zu einem Jahr Haft und der Zahlung von zwei Millionen koreanischer Won bestraft werden kann. Das Bezirksgericht Ulsan machte geltend, dass die Einführung eines eigenständigen Reservedienstes für Kriegsdienstverweigerer lediglich geringe Einschränkungen für die nationale Sicherheit im Vergleich zu einem Dienst für Verweigerer des Militärdienstes zur Folge habe. Das Bezirksgericht argumentierte weiter, dass das Verfassungsgericht nicht einfach davon ausgehen soll, die Gesetzeslage würde durch die Gesetzgeber verbessert werden; vielmehr solle das Verfassungsgericht mutig die Verfassungswidrigkeit der Regelung feststellen.

Die Auffassung der Kommission entspricht der Position des Bezirksgerichts Ulsan aufgrund der Überzeugung, dass der erzwungene Dienst von Kriegsdienstverweigerern in den Reserveeinheiten und die fehlende Möglichkeit eines alternativen Dienstes bedeutet, dass sozialen Minderheiten Menschenwürde und Gewissensfreiheit verweigert werden. Zudem ist die wiederholte Einberufung von Kriegsdienstverweigerern zum Reservedienst willkürlich, da sie aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen weiter verweigern werden, was erhebliche Zweifel nach sich zieht, inwieweit die gegenwärtige durch das Gesetz vorgegebene Strafverfolgung effektiv ist.

In Südkorea sind diejenigen, die die Wehrpflicht erfüllt haben, verpflichtet, acht Jahre lang Reservedienste mit insgesamt 148 Stunden zu erfüllen. Wenn ein Reservist dieser Verpflichtung nicht nachkommt oder auch die Teilnahme an der Übung verweigert, wird er vor Gericht gestellt und zu einer mehrere Hunderttausend Won hohen Geldstrafe verurteilt. Der Reservist muss dann die noch offene Zeit innerhalb des nächsten Vierteljahres ableisten, oder auch im folgenden Jahr. Die Verweigerung dessen zieht noch höhere Strafen nach sich.

Gegenwärtig gibt es über 100 Kriegsdienstverweigerer unter den Reservisten in Südkorea. Viele erlitten eine Verletzung ihrer Gewissensfreiheit wegen wiederholter und unangemessen hoher Bestrafung, da sie die Ableistung des Reservedienstes verweigerten.

Die Kommission merkt an, dass Artikel 19 der Verfassung der Republik Korea besagt: „Alle Bürger sollen sich der Gewissensfreiheit erfreuen.“ Die Gewissensfreiheit muss die Freiheit einschließen, sich erzwungenen Verpflichtungen zu enthalten, wie das bei der Kriegsdienstverweigerung der Fall ist. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ergibt sich aus dem Schutz der Gewissensfreiheit. Die Kommission wird die Position vertreten, dass die innerlichen Schmerzen und Konflikte, unter denen Kriegsdienstverweigerer leiden, nicht übersehen werden dürfen und dass ein eigenständiger Dienst eingerichtet werden solle, um einen Kompromiss zwischen der Gewissensfreiheit und Wehrpflicht zu finden.

* Die Nationale Menschenrechtskommission Korea wurde 2001 gegründet, um koreanischen und in Korea lebenden ausländischen Bürgern Möglichkeiten der Untersuchung und Rechtsmittel bei Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen anzubieten. Die Kommission erstellt Empfehlungen für Verfahren und Maßnahmen zur Abhilfe bei Menschenrechtsübertretungen. Sie arbeitet mit internationalen Menschenrechtsorganisationen zusammen und führt Programme durch, um durch Aus- und Weiterbildung die Kultur der Menschenrechte zu verbessern.

National Human Rights Commission of Korea: The National Human Rights Commission of Korea to submit an official opinion on the unconstitutionality of the Reserve Forces Act to the Constitutional Court. 17.12.2007. Übersetzung: Rudi Friedrich

Amtsübernahme durch George W. Bush im Januar 2001 den pazifistischen Strang der sozialen Bewegungen in Korea gestärkt zu haben. Die Kriegsdienstverweigerer fühlten sich ermutigt, nicht nur den Militarismus im eigenen Land, sondern auch das Phänomen des Militarismus als solches zu bekämpfen. Einzelne Kriegsdienstverweigerer und ihre Organisation *World Without War* (Welt ohne Krieg, *withoutwar.org*: Chönjaeng ömnün sesang), die am 15. Mai 2003 gegründet wurde, waren aktiv an der Kampagne gegen die koreanische Beteiligung an der US-geführten Invasion des Irak beteiligt. Einer der bekanntesten koreanischen Verweigerer, Kang Ch'ölmin, war damals aktiver Soldat im Rang eines Gefreiten. Im November 2003 erklärte er seine Verweigerung und verließ die Armee. Er protestierte gegen die Pläne der koreanischen Regierung, Truppen in den Irak zu senden. Kang Ch'ölmin erhielt eine Haftstrafe von 18 Monaten, das übliche Strafmaß für Kriegsdienstverweigerer. Er wurde im Februar 2005 auf Bewährung entlassen.⁷⁰

Eine weitere für die koreanischen Pazifisten bedeutende Auseinandersetzung war der Kampf gegen die Vertreibung von Bewohnern der Orte Taech'uri und Toduri in der Nähe von P'yöngt'aek, als die Regierung beschlossen hatte, 1.100 Hektar des dortigen Landes zu konfiszieren, um *Camp Humphreys*, eine Basis der *United States Force Korea* (USFK), zu vergrößern. Die Kampagne dauerte über ein Jahr und gipfelte am 5. Mai 2006 in der gewaltsamen Räumung widerständiger Bauern und Aktivisten durch etwa 13.000 koreanische Soldaten.⁷¹ Unter den Verteidigern der Taech'uri waren mehrere Kriegsdienstverweigerer und *World Without War* veröffentlichte einen scharfen Protest gegen die Gewalt von Militär und Polizei im Bezirk P'yöngt'aek. Die Organisation kritisierte, dass der moderne koreanische Staat das Recht auf Gewalt monopolisiert habe, sein Verhalten aber dem einer organisierten Verbrecherbande gleiche.⁷²

Die koreanische Regierung beließ ihr Kontingent von 2.300 Soldaten mehrere Jahre im Norden des Irak und beendete den Rückzug erst im Dezember 2008.⁷³ Sie beteiligte sich auch mit 360 Soldaten an der „friedenserhaltenden Mission“ im Libanon, die alles andere als friedlich zu werden verspricht.⁷⁴ Es ist klar, dass die Beteiligung Koreas an den Kriegen der USA oder an Missionen, die mit von US-Verbündeten ausgelösten Konflikten in Verbindung stehen, den antimilitaristischen Protest innerhalb der sozialen Bewegung in Korea anfachen wird.

Zusammensetzung der Kriegsdienstverweigerungsbewegung seit 2000

Das Aufbruchssignal für die Kriegsdienstverweigerungsbewegung des neuen Jahrhunderts gab O T'aeyang mit seiner öffentlichen Verweigerung am 17. Dezember 2001. O, 1975 in Kwangju geboren, war schon früh traumatisiert worden, als er 1980 die Gewalt der Soldaten beim Massaker von Kwangju erleben musste. Traumatisch war für ihn aber auch die allgegenwärtige Gewalt in den Familien und im sozialen Leben Koreas. Nach Abschluss der Pädagogischen Hochschule in Seoul wurde er tiefgläubiger Buddhist, führte zugleich ein Leben als

sozialer Aktivist und arbeitete Vollzeit für die buddhistische humanitäre Organisation *Good Friends* (Choün pöt dü).⁷⁵ Sein Entschluss zur Kriegsdienstverweigerung lag auch teilweise in Os Beteiligung an den sozialen Aktivitäten begründet, ist aber vor allem Ausdruck seines buddhistischen Glaubens - mit dem Gebot, kein Leben zu nehmen - und der Überzeugung, dass Gewalt niemals zum Frieden führen kann.⁷⁶ Trotz O T'aeyangs tiefen buddhistischen Glaubens wurde seine Kriegsdienstverweigerungserklärung nur wenig und äußerst vorsichtig durch seine Glaubensbrüder unterstützt.

Der institutionalisierte Buddhismus des Chogye-Ordens und vieler kleinerer buddhistischer Orden leistete überhaupt keine Unterstützung: Der Chogye-Orden gab



O T'aeyang

zu diesem Thema nie eine Stellungnahme heraus. Sein Vertreter in der Armee, Kim Marhwan, der buddhistische Direktor der Religionsabteilung des Militärs (Kunjongsil), erzählte Reportern im Juni 2004, dass der koreanische Buddhismus „seinem Wesen nach den Staat schützt“ und „den Militärdienst als Erfüllung des Weges von Bodhisattva ansieht, indem man sich für die anderen aufopfert“.⁷⁷ Der spirituelle Führer des kleinen buddhistischen Ordens T'aego, der Chongjōng Hyech'o, gab in einer privaten Stellungnahme eine noch originellere Interpretation der buddhistischen Haltung zum Militärdienst ab. Er sagte, der Dienst in der Armee beinhalte in Friedenszeiten kein Töten und stehe daher nicht in Widerspruch zu buddhistischen Geboten. Mehr noch, erst nach der Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber dem Staat könne man wirklich Buddha dienen.⁷⁸

Ungeachtet all dessen erhielt O T'aeyang im Februar 2002 Botschaften der Ermutigung und Unterstützung von einigen buddhistischen Laienorganisationen⁷⁹ und auch sehr aktiven Beistand durch einflussreiche Mönche, die im sozialen Bereich tätig waren.⁸⁰ Die Tatsache, dass O T'aeyangs Position in verschiedenen progressiven Medien wie z.B. Hangyōre und *www.ohmynews.com* veröffentlicht wurde - meist in einem sehr positiven Licht - und Menschenrechtsaktivisten sie in ganz Korea zum Thema machten, war zweifelsohne ausschlaggebend dafür, dass in der Welt der koreanischen Rechtsprechung ein kleines Wunder geschah: Im Februar 2002 wurde O T'aeyang für die Dauer seines Verfahrens wegen Verletzung des Wehrpflichtgesetzes freigelassen und erst im August 2004 verurteilt und inhaftiert. Im November 2005 wurde er aus der Haft entlassen.⁸¹ Die zwei Jahre unerwarteter Freiheit von 2002 bis 2004 gaben der Sache der Kriegsdienstverweigerer enormen Auftrieb, da O T'aeyangs Aktivitäten (Interviews, Veranstaltungen, Artikel) weithin Beachtung fanden, das gesamte Wehrpflichtsy-

Militarisierte Männlichkeit und KDV-Bewegung

stem kritisch beleuchteten und zur Verbreitung antimilitaristischen Gedankenguts beitragen.

O T'aeyang's bahnbrechende Erklärung und der dadurch ausgelösten Kontroverse folgten nach und nach weitere Coming-outs anderer Kriegsdienstverweigerer. Die etwa 30 Kriegsdienstverweigerer, die zwischen 2001 und 2007 ihre Verweigerung erklärten und nicht den Zeugen Jehovas angehörten, können in folgende Gruppen eingeteilt werden:

a) Sozialistische/linksnationalistische Aktivisten. Neben den oben erwähnten Verweigerern Na Tonghyök und Yu Hogün gehören zu dieser Gruppe noch weitere Personen. Besonders bekannt ist Yöm Ch'anggün, Jahrgang 1976, der seine Verweigerung am 13. November



Buddhistische Geistliche (kunsüng) in der koreanischen Armee. Sie tragen Uniformen und symbolisieren damit das Einverständnis zwischen institutionalisiertem Buddhismus und Militär

2003 erklärte. Er arbeitete als Geschäftsführer (samu kukchang) für das Friedensnetzwerk Irak, eine Bündnisorganisation, die gegen die koreanische Beteiligung an der US-Invasion des Irak kämpfte. Yöm wollte zu Beginn des Jahres 2003 als „menschlicher Schutzschild“ in den Irak reisen. Daran wurde er durch Vorschriften gehindert, die Auslandsreisen von Männern im wehrpflichtigen Alter streng reglementieren.⁸²

Bislang ist die Zahl der sozialistischen Kriegsdienstverweigerer in Korea im Vergleich zur Größe des sozialistischen Milieus sehr klein. Das liegt sowohl am Druck der Familien als auch an den drastischen Einschränkungen, die eine Vorstrafe wegen Kriegsdienstverweigerung im Berufsleben und der politischen Karriere mit sich bringen kann. Aber die Überzeugung, dass Kriegsdienstverweigerung ein Grundrecht in einem (kapitalistischen) Staat ist, scheint bei den politischen Radikalen in Korea ein allgemein akzeptierter Glaubenssatz geworden zu sein, mit Ausnahme vielleicht des harten Kerns der an Pjöngjang orientierten Linksnationalisten.

b) Religiöse Kriegsdienstverweigerer. Dazu zählen zum einen zwei Buddhisten, O T'aeyang und der 1979

geborene Kim Tohyöng, der seine Verweigerung am 30. April 2004 erklärte und zu 18 Monaten Haft verurteilt wurde. Zum anderen gibt es einen Katholiken, Ko Tongjo, Jahrgang 1980, der seine Verweigerung am 19. Oktober 2005 erklärte, und einen Protestanten, Kyöngsu, ebenfalls Jahrgang 1980, der seine Verweigerung im Juni 2006 erklärte. Fast allen gemeinsam ist ihre aktive Teilnahme an religiösen Jugendgruppen: Kim Tohyöng arbeitete in Vollzeit für die *Koreanische Buddhistische Studentenvereinigung* (Han'guk taehaksaeng pulgyo yönhaphoe). Ko Tongjo, der einer tiefgläubigen katholischen Familie aus Cheju entstammt, war zum stellvertretenden Vorsitzenden der *Seouler Diözesanvereinigung der Katholischen Studenten* (K'at'ollik taehaksaeng yönhaphoe) aufgestiegen.

Die jungen Aktivisten insbesondere der katholischen und buddhistischen Gemeinden haben zumeist progressive Vorstellungen. Sie tendieren dazu, entweder Sympathie für „ihre“ Kriegsdienstverweigerer zu empfinden oder sie zumindest zu verstehen - als aktive Glaubensbrüder, deren tiefe Religiosität in ihrem Umfeld wohlbekannt ist. Die Religionsgemeinschaften selbst, denen die Verweigerer angehören, halten sich jedoch sehr zurück.

Weiter oben wurde erwähnt, dass die großen buddhistischen Institutionen in Korea öffentlich niemals klar zum Thema der Kriegsdienstverweigerung Stellung bezogen haben. Entweder sehen sie sich außerstande, ihre langjährige Zusammenarbeit mit dem koreanischen Militär umfassend, logisch und schlüssig zu rechtfertigen, oder sie scheuen mit Blick auf die progressiven jungen Buddhisten davor zurück, ihre promilitärische Haltung zu bekennen. In privaten Interviews betonten sie jedoch den Vorrang der Pflichterfüllung der koreanischen Buddhisten (kungmin ürosöüi pulcha) gegenüber dem Staat und die Beziehung zwischen dem Opfer für den Staat und der Verwirklichung buddhistischer Ideale.

Die Katholiken schenken den weltweiten Trends des religiösen Pazifismus und den biblischen Rechtfertigungen der Kriegsdienstverweigerung in der Regel mehr Aufmerksamkeit: Kardinal Kim Suhwan sagte im März 2002 in einem Interview des Bildungsfernsehens (Kyoyuk pangsong), dass ein alternativer Dienst für Kriegsdienstverweigerer im Prinzip akzeptabel sei, solange er nicht das Verteidigungspotential des Staates bedrohe.⁸³ Seine Stellungnahme war eindeutig beeinflusst von seinem Wissen um die „Pastorale Konstitution Gaudium et Spes über die Kirche in der Welt von heute“ des 2. Vatikanischen Konzils 1965. Sie enthält folgenden Absatz zur Kriegsdienstverweigerung: „Ferner scheint es angebracht, dass Gesetze in humaner Weise Vorsorge für diejenigen treffen, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern, vorausgesetzt, dass sie zu einer anderen Form des Dienstes an der menschlichen Gemeinschaft bereit sind.“⁸⁴

Trotz der endgültigen Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung durch den Vatikan 1965 vermeidet es die katholische Führung in Korea weiterhin, die eigenen katholischen Kriegsdienstverweigerer offiziell und öffentlich zu bestärken. Sie ist sichtlich nicht bereit, die vorherrschenden militaristischen Normen der Gesellschaft anzu-

greifen und die eigene kooperative Beziehung mit dem Militär zu stören.⁸⁵ Damit bestätigt sie praktisch die konservative Sichtweise, die Konfrontation mit Nordkorea sei ein „gerechter Krieg“.⁸⁶

In diesem Zusammenhang sollte daran erinnert werden, dass Kardinal Kim Suwan, anders als viele andere katholische Führungspersonlichkeiten weltweit, im November 2003 die Entsendung koreanischer Truppen in den Irak „für Frieden und Wiederaufbau“ unterstützte - während er gleichzeitig die kritische Grundhaltung des Vatikans zum Irakkrieg selbst wiedergab.⁸⁷

Während Buddhisten und Katholiken öffentliche Debatten über die Kriegsdienstverweigerung weitgehend vermeiden, wirken die Protestanten äußerst gespalten. Auf der einen Seite drängte der progressive *Nationale Koreanische Rat der Kirchen* (KNCC: Han'guk kidokkyo kyohoe hyöbühoe) die Regierung im Mai 2004 offiziell dazu, schnell einen alternativen Dienst für Pazifisten einzuführen und ihre Inhaftierung zu beenden. Auf der anderen Seite erklärte der konservative *Christliche Rat Koreas* (CCK: Han'guk kidokkyo ch'ong yönhaphoe), dass die Einführung eines alternativen Dienstes mögli-

War Resisters' International

Erneut ruft Richter Verfassungsgericht an

Erneut hat ein südkoreanischer Richter das Verfassungsgericht angerufen, um die Verfassungsmäßigkeit des Militärgesetzes im Falle eines Kriegsdienstverweigerers überprüfen zu lassen. Das berichtete *JoongAng Daily* am 10. September 2009. Der Richter führt an, dass § 88 Absatz 1 des Militärgesetzes, wonach „Personen, die einen Einberufungsbescheid erhalten haben und die sich ohne gerechtfertigten Grund nicht innerhalb der in den nachfolgenden Absätzen genannten Zeiträume zum Dienst melden oder die die Einberufung verweigern, zu Gefängnisstrafe von bis zu drei Jahren bestraft werden sollen“, dem Artikel 19 der südkoreanischen Verfassung widerspricht. „Die Regelung des Militärgesetzes ist verfassungswidrig und verletzt die Gewissensfreiheit von Kriegsdienstverweigerern in übermäßiger Weise durch den Zwang, Militärdienst abzuleisten und sie bei Weigerung zu bestrafen“, sagte der Richter.

Er ergänzte: „Der Gesetzgeber ist verpflichtet, einen alternativen Dienst einzurichten, um diesen Konflikt zu lösen.“ Er argumentierte weiter, dass die Bestrafung von Kriegsdienstverweigerern, ohne alternative Formen des nationalen Dienstes vorzusehen, dem Rechtsprinzip widerspricht, dass Verletzungen grundlegender Rechte möglichst gering gehalten werden müssen.

Zuletzt hatte sich das Verfassungsgericht 2001 mit der Frage der Kriegsdienstverweigerung beschäftigt. Auch wenn das Gericht feststellte, dass § 88 Absatz 1 des Militärgesetzes verfassungsgemäß sei, gab es dem Gesetzgeber dennoch einige Empfehlungen: „Der Gesetzgeber hat die Pflicht, den Gewissenskonflikt abzumildern durch Maßnahmen zur Umsetzung alternativer Pläne z.B. anderen Möglichkeiten der Erfüllung der Pflicht oder von Fall zu Fall getroffenen Ausnahmen der Pflichterfüllung, insoweit, dass die nach Artikel 19 der Verfassung garantierte Freiheit des Gewissens nicht die öffentlichen Interessen oder die Gesetzesordnung außer Kraft setzt. Wenn derartige Möglichkeiten nicht angeboten werden können, sollte zumindest in Erwägung gezogen werden, die Strafen für die Pflichtverletzung abzumildern oder auszusetzen, um die Freiheit des Gewissens zu schützen. Deshalb sollte der Gesetz-

geber als Zeichen des guten Willens erwägen, ob es Pläne gibt, womit der Konflikt zwischen der Freiheit des Gewissens und dem öffentlichen Interesse der nationalen Sicherheit harmonisch gelöst werden kann; ob es alternative Pläne gibt, die das Gewissen von Kriegsdienstverweigerern schützen können, während zugleich das öffentliche Interesse der nationalen Sicherheit geschützt wird; ob unsere Gesellschaft reif genug ist, um nun Verständnis und Toleranz gegenüber den Kriegsdienstverweigerern aufzubringen. Selbst wenn der Gesetzgeber nach weiterer Prüfung entscheidet, keinen alternativen Dienst einzuführen, sollte erwägt werden, ob die Gesetzgebung dahingehend geändert wird, dass diese in Institutionen angeboten werden, die das Gesetz erfüllen und die zugleich den Gewissensentscheidungen stärker entgegenkommen.“

Seitdem hat das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen über zwei Beschwerden aus Südkorea entschieden. In der Entscheidung zu Yeo-Bum Yoon und Myung-Jin Choi gegen die Republik Korea kam das Komitee zu dem Schluss, dass das Fehlen einer Regelung zur Kriegsdienstverweigerung eine Verletzung des Rechtes auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit darstellt.

Die ehemalige südkoreanische Regierung hatte im September 2007 ursprünglich angekündigt, ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung einzuführen. Die gegenwärtige Regierung nahm dies Versprechen jedoch zurück, mit Verweis auf Meinungsumfragen.

Gegenwärtig liegen dem Menschenrechtskomitee fast 500 persönliche Beschwerden von Kriegsdienstverweigerern aus Südkorea vor. Diese, wie auch die erneute Anrufung des Verfassungsgerichtes, könnten Druck auf die südkoreanische Regierung ausüben, damit sie endlich ihrer Verpflichtung nach dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte nachkommt und das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung anerkennt.

War Resisters' International: South Korea: Judge petitions Constitutional Court on conscientious objection. 6. Oktober 2009. Übersetzung: Rudi Friedrich

UN-Menschenrechtskomitee sieht Menschenrechtsverletzung

cherweise nur „die öffentliche Harmonie zerstört und die nationale Sicherheit gefährdet“.⁸⁸ Auch progressive protestantische Geistliche hielten sich in den Debatten zu Kriegsdienstverweigerung und alternativem Dienst zurück und vermieden es, irgendetwas zu tun, was ihre Glaubwürdigkeit als eifrige Unterstützer der „nationalen

Verteidigung“ in den Augen der konservativeren Teile der Öffentlichkeit in Frage stellen könnte.

c) Umweltaktivisten und Anhänger eines alternativen Lebensstils. Eine wachsende Gruppe von Verweigerern, zu der zum Beispiel der Umweltaktivist Ch'oe Chunho und der umweltbewusste Grundschullehrer Ch'oe Chin⁸⁹ oder auch der schwule Aktivist Im T'aehun gehören.⁹⁰ Die gemeinsame Motivation dieser Gruppe von Verweigerern ist neben der Weigerung, sich zum Töten ausbilden zu lassen, ihre Abneigung gegen den autoritären Charakter des militärischen Alltags. Sie haben einen ausgeprägten Widerwillen gegen die Uniformität und den absoluten Gehorsam des Kasernenlebens. Den wohl deutlichsten Ausdruck findet dieser Abscheu in den Interviews und Artikeln eines der unkonventionellsten Vertreter des „alternativen Korea“, des Anarchisten Cho Yakkol.⁹¹ Die radikalen Anarchisten sind eine winzige Minderheit in der sozialen Bewegung Koreas und haben viel weniger Anhänger als die anderen radikalen Dissidentengruppen - also die Trotzlisten (Internationale Sozialisten), die militanten Gruppen der PD oder die extremen Linksnationalisten.

Aber die Umweltbewegung wächst und für Minderheiten mit anderer sexueller Orientierung oder anderen Lebensstilen wird es zusehends leichter, sich öffentlich zu bekennen. Es ist zu erwarten, dass aus diesem Milieu weitere Kriegsdienstverweigerer kommen werden, die nicht nur durch ihre gewaltfreien Überzeugungen motiviert sind, sondern auch durch ihre Entfremdung vom koreanischen Staat mit seinem hartnäckigen Fortschrittsglauben, seiner beharrlichen Missachtung der Umweltbelange und der ständigen „Disziplinierung“ im Bildungsbereich wie auch in den Kasernen.

Wie oben gezeigt, ist die Kriegsdienstverweigerungsbewegung dieses Jahrhunderts äußerst heterogen: Die radikalen Sozialisten (Yi Wönp'yo) haben zum Beispiel völlig andere politische und soziale Auffassungen als die Aktivisten der Minderheiten (Im T'aehun). Aber es ist interessant, die zahlreichen Querverbindungen innerhalb der Kriegsdienstverweigerungsbewegung zu beobachten: Einige religiöse Verweigerer, insbesondere Kim Tohyöng, sind im Umweltbereich aktiv. Andere, wie O T'aeyang, wurden Mitglied der KDLP und versuchten zäh, ihre religiöse Überzeugung und ihre (gemäßigt) sozialistischen Ideale in Einklang zu bringen.

Praktisch alle Kriegsdienstverweigerer, die sich in dem Bündnis *World Without War* zusammengeschlossen haben, waren sehr aktiv in den Kampagnen gegen die Entsendung koreanischer Truppen in den Irak und gegen die Vertreibung der Einwohner von Taech'uri und Toduri. Irgendwie scheint die Bewegung der AntimilitaristInnen bzw. Kriegsdienstverweigerer in der koreanischen Öffentlichkeit zu einer „Zone der Kooperation“ unterschiedlicher sozialer Aktivismen zu werden - einer Zone, in der sich die verschiedenen, oft im Konflikt stehenden Strömungen der koreanischen sozialen Bewegung gegenseitig befruchten können. Der Kampf gegen den Wehrpflichtstaat erweist sich heute, zusammen mit einigen

War Resisters' International

Südkorea: UN-Menschenrechtskomitee entscheidet über weitere elf Fälle

Am 14. April 2010 entschied das UN-Menschenrechtskomitee über weitere elf Fälle von Kriegsdienstverweigerern, die am 15. Mai 2007 vorgetragen worden waren. In Übereinstimmung mit einer früheren Entscheidung vom November 2006 kam das Menschenrechtskomitee zu folgenden Schlussfolgerungen:

„7.4 Das Komitee nimmt zur Kenntnis, dass die Weigerung der Beschwerdeführer, den Militärdienst abzuleisten direkter Ausfluss ihrer religiösen Überzeugungen ist, was unbestritten sehr ernsthaft vorgetragen wurde, und dass die daraus resultierende Verfolgung und Bestrafung eine Verletzung ihrer Gewissensfreiheit und eine Einschränkung ihrer Möglichkeiten darstellt, ihre Religion bzw. ihren Glauben auszuüben. Das Komitee sieht, da die Regierung nicht zeigen konnte, dass in diesen Fällen die in Frage stehenden Einschränkungen notwendig waren, dies entsprechend der Auslegung des Artikel 18 Absatz 1 des (Internationalen) Paktes (für bürgerliche und politische Rechte) als eine Verletzung dieses Artikels an.“

8. Das Menschenrechtskomitee, beauftragt nach Artikel 5 Absatz 4 des Zusatzprotokolls des Internationalen Paktes für bürgerliche und politische Rechte, kommt zu dem Schluss, dass die dem Komitee vorgelegten Tatsachen bei jedem einzelnen Beschwerdeführer eine Verletzung des Artikel 18 Absatz 1 des Paktes durch die Republik Korea belegen.“

Das Komitee betonte zudem, dass Südkorea dazu „verpflichtet ist, den Beschwerdeführern gegenüber Abhilfe zu schaffen, was Schadensersatz einschließt. Die Regierung steht in der Pflicht, ähnliche Verletzungen des Paktes in der Zukunft zu vermeiden.“

Die *Solidaritätsgruppe für Kriegsdienstverweigerer in Südkorea* (KSCO) informierte *War Resisters' International* darüber, dass weitere 488 Fälle aus Südkorea anhängig sind. Sie ergänzte, dass die Kriegsdienstverweigerer beabsichtigen, eine Entschädigung von der südkoreanischen Regierung einzuklagen.

Das Menschenrechtskomitee „möchte von der Regierung innerhalb von 180 Tagen Informationen erhalten über die getroffenen Maßnahmen, um der Sicht des Komitees nachzukommen“.

War Resisters' International: South Korea: UN Human Rights Committee rules on eleven more cases. 8. Mai 2010. Übersetzung: Rudi Friedrich. Quellen: Human Rights Committee: Communications Nos. 1593 to 1603/2007, CCPR/C/98/D/1593-1603/2007, 14 April 2010; eMail von Jungmin Choi, 3.5.2010

anderen Themen der Außen- und Innenpolitik (Rückzug aus dem Irak, Boykott von Chosŏn Ilbo usw.), als gemeinsamer Nenner der ansonsten heterogenen sozialen Bewegung. Aber während in den progressiven Kreisen Koreas das Recht auf Wahlfreiheit bezüglich des Militärdienstes eine von allen getragene Forderung zu sein scheint, spielt es im Bewusstsein der allgemeinen Öffentlichkeit noch kaum eine Rolle.

Die KDV-Bewegung - ein langer Weg zur offiziellen und öffentlichen Anerkennung?

Als konkretes, kurzfristiges Ziel der Kriegsdienstverweigerungsbewegung ist die Einführung eines alternativen Dienstes für Wehrpflichtige mit pazifistischen Überzeugungen definiert, als langfristiges Ziel die Hinterfragung der „militarisierten Bürgerschaft“ und des ideologischen Rahmens des „nationalen Sicherheitsstaates“. Hinzu kommt die Legitimierung von Gewaltfreiheit als neuer, alternativer Norm gesellschaftlichen und individuellen Verhaltens.⁹² Aber obwohl der Pazifismus innerhalb der sozialen Bewegungen an Bedeutung gewonnen hat, konnte die Kriegsdienstverweigerungsbewegung bislang nur einen sehr geringen Wirkungsgrad entfalten. Der Weg zur Anerkennung pazifistischer Überzeugungen, sowohl auf der rechtlichen Ebene wie auch im öffentlichen Bewusstsein, scheint noch sehr lang zu sein.

An 29. Januar 2002 wandte sich ein Richter am Bezirksgericht Seoul-Süd, Pak Sihwan, mit einem Appell an das Verfassungsgericht Koreas (Hŏnpŏp chaep'anso). Er hatte über einen Zeugen Jehovas zu urteilen, der das Tragen von Waffen verweigerte. In seinem Appell argumentierte er, das koreanische Wehrpflichtgesetz (Pyŏ ngyŏkpŏp) verstoße gegen die Verfassung, da es keine Möglichkeit biete, pazifistische Überzeugungen zu leben.⁹³ Während der Fall beim Obersten Gericht (Taebŏwŏn) sowie beim Verfassungsgericht anhängig war, wurden einige Verweigerer, welche nicht den Zeugen Jehovas angehörten, vorläufig aus der Haft entlassen.

Dies verschaffte dem Thema große öffentliche Aufmerksamkeit und gab den Verweigerern die Möglichkeit, ihr Anliegen in die Medien zu bringen, während sie auf die Entscheidungen der Gerichte warteten. Aber diese Aussetzung der Strafverfolgung von Kriegsdienstverweigerern - die vielleicht auch durch die Stimmung der Entspannung auf der Halbinsel beeinflusst war, welche auf das Gipfeltreffen der Staatschefs Nord- und Südkoreas im Juni 2000 folgte - währte nicht lange. Obwohl im Mai 2004 ein anderer Richter des gleichen Gerichts, Yi Chŏngnyŏl, zum

ersten Mal in der modernen koreanischen Geschichte (!) drei Zeugen Jehovas, die den Dienst in der Armee verweigerten, freisprach,⁹⁴ wurde dieses historische Urteil bald durch zwei aufeinanderfolgende Urteile des Obersten Gerichtshofs und des Verfassungsgerichts aufgehoben. Sie hielten im Juli und August 2004 fest, dass Kriegsdienstverweigerer wegen Verstoßes gegen das Wehrpflichtgesetz schuldig seien und das bestehende Wehrpflichtgesetz verfassungsgemäß sei. Das Urteil des Verfassungsgerichts (es erging mit 7 zu 2 Stimmen) stellte bezeichnenderweise fest, dass die zukünftige Einführung eines alternativen Dienstes von einem „nationalen Konsens“ (kungminjŏk konggamdae) abhängig sei. Dieser wurde von den Richtern offensichtlich als derzeit nicht gegeben angesehen. Der Staat habe Wege zu finden, um den Forderungen der Kriegsdienstverweigerer entgegenzukommen - zugleich aber schütze die Verfassung die Verweigerer derzeit nicht vor einer Verurteilung.⁹⁵

Das Urteil erging kurz vor dem 22. September 2004, als Korea im Begriff war, 2.800 Soldaten in den Irak zu entsenden - trotz entschlossener Opposition der meisten großen nichtstaatlichen Organisationen und mitten in einer Phase der Entfremdung fortschrittlicher Organisationen von der Regierung unter Präsident No Muhyŏn. Das Urteil signalisierte, dass die Repressionen gegen Kriegsdienstverweigerer wie gehabt weitergehen würden. Es



Pressekonferenz zur Kriegsdienstverweigerung, 15. Mai 2010. Foto: World Without War

wurde wieder üblich, Kriegsdienstverweigerer bereits vor dem Verfahren zu inhaftieren; an der seit 2000-2001 gängigen Praxis, Kriegsdienstverweigerer „maßgeschneidert“ zu 18 Monaten Haft zu verurteilen - das ist die Mindeststrafe, um künftig von der Wehrpflicht ausgeschlossen zu sein -, änderte sich allerdings nichts, und die meisten Verweigerer werden nach Verbüßung einer Haftstrafe von einem Jahr auf Bewährung entlassen.

Militarisierte Männlichkeit und KDV-Bewegung

Dem konservativen Angriff auf die Rechte der Kriegsdienstverweigerer setzte das Nationale Menschenrechtskomitee (Kukka in'kwŏn wiwŏnhoe) am 26. Dezember 2005 die Empfehlung entgegen, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung offiziell anzuerkennen und einen al-



Der antimilitaristische Aktivist Kang Ŭisŏk (Jurastudent an der Staatlichen Universität Seoul) protestiert 2008 völlig nackt gegen eine Militärparade in Seoul.

ternativen Dienst einzuführen.⁹⁷ Unter dem Einfluss dieser Empfehlung versprach der Verteidigungsminister am 9. Februar 2006, dass voraussichtlich ein Jahr später nach gründlicher Beratung ein alternativer Dienst eingeführt werden solle.⁹⁸

Es zeigte sich jedoch, dass weder die „Empfehlungen“ des Nationalen Menschenrechtskomitees noch die „Versprechungen“ des Verteidigungsministers bindend waren. Zwar versprach das Verteidigungsministerium im September 2007, also in den letzten Tagen der Regierung unter Präsident No Muhyŏn, einen Gesetzentwurf im Parlament einzubringen, der einen Ersatzdienst für

religiöse Verweigerer zulassen werde; aber die nachfolgenden politischen Veränderungen lassen Zweifel an der Absicht des Ministeriums begründet erscheinen.

Nachdem die neue konservative Regierung unter Präsident Yi Myŏngbak Anfang 2008 die Macht übernommen hatte, erklärte der Verteidigungsminister, dass er „weiter die öffentliche Meinung beobachten“ und seine zuvor geäußerte Absicht, einen alternativen Dienst einzurichten, „gründlich überdenken“ werde. Es war ein Hinweis, dass er sein Versprechen nicht halten würde. Schließlich erklärte er am 24. Dezember 2008, dass der „fehlende nationale Konsens“ es der Regierung gegenwärtig unmöglich mache, einen alternativen Dienst einzuführen, auch wenn er die Möglichkeit für die Zukunft offen ließ.¹⁰⁰

Der Druck von außen - die Tatsache, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung von der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen als bürgerliches und politisches Grundrecht anerkannt ist,¹⁰¹ die Empfehlung der UN-Menschenrechtskommission vom Dezember 2006, die südkoreanische Regierung möge inhaftierte Kriegsdienstverweigerer entschädigen und die Inhaftierung von Kriegsdienstverweigerern beenden,¹⁰² und die Tatsache, dass das Anliegen der koreanischen Kriegsdienstverweigerer bei vielen Menschenrechtsgruppen in aller Welt zunehmend Aufmerksamkeit erfuhr - schienen den Kurs der südkoreanischen Regierung nicht wirklich zu beeinflussen. Viel entscheidender ist die Fähigkeit des Militärs und seiner Verbündeten in den Medien und im Bildungssystem, ständig die Ideen der „Heiligkeit“ und „Unentbehrlichkeit“ der Wehrpflicht in die Köpfe der Öffentlichkeit zu hämmern und Kriegsdienstverweigerer als „abnormal“, „religiöse Fanatiker“ (im Falle der Zeugen Jehovas), „unmoralisch“, „ideologisch schmutzig“ usw. zu charakterisieren. Bislang scheint die ideologische Herrschaft des „nationalen Sicherheitsstaats“ festen Bestand zu haben, trotz aller Herausforderungen durch die Verweigerungsbewegung und die sie unterstützenden nichtstaatlichen Organisationen in den letzten Jahren.

In den letzten sechs bis sieben Jahren haben Rechtsexperten, Geschlechterforscher und Aktivisten mehrere hervorragende Bücher zu den Themen Militarismus, Wehrpflicht und KDV-Recht veröffentlicht¹⁰³ und mehrere populäre Medien, darunter die Tageszeitung Daily Hangyŏre21 und die Wochenzeitung Weekly Hangyŏre21, haben prinzipiell und konsequent die Einführung eines alternativen Dienstes befürwortet.

Dennoch weigert sich die Mehrheit der konservativen Medien, den Menschenrechten Vorrang gegenüber der „heiligen“ Sache der „nationalen Sicherheit“ einzuräumen. Mehrere polemische Leitartikel warnten vor der „großen Gefahr einer um sich greifenden Verweigerungshaltung gegenüber dem Militär“¹⁰⁴, während andere ihre Zweifel am Existenzrecht des *Nationalen Menschenrechtskomitees* äußerten, nachdem dieses „so weit gegangen war, sich an die Seite der Militärverweigerer“ zu stellen.¹⁰⁵ Am stärksten wirkte sich aus, dass das Fernsehen, mit seinem hohen Durchdringungsgrad und seiner Fähigkeit, das „Einverständnis der Bevölkerung“ herzustellen, nur selten über Kriegsdienstverweigerungsthe-

men berichtete; und wenn doch, lag der Schwerpunkt bei den möglichen „negativen Einflüssen“ der Verweigerung auf die „nationale Verteidigung“.¹⁰⁶ Die Schulen lehren in Gemeinschaftskunde weiterhin, dass der Militärdienst eine „heilige Pflicht“ für alle koreanischen Männer ist, unentbehrlich für Männlichkeit und koreanische Identität. Lehrer, die dies verweigern, werden immer noch bestraft.¹⁰⁷ Es überrascht wenig, dass in einer Situation, in der das fortschrittliche politische Programm der KDLP immer noch völlig marginalisiert ist, die sorgfältig abgestimmte Strategie der Indoktrination durch Medien und Schule zu folgendem Ergebnis führte: Laut einer 2005 im Auftrag des Verteidigungsministeriums durchgeführten Umfrage befürworten nur 23,3% der Befragten die Einführung eines alternativen Dienstes. Beachtlich ist allerdings, dass die Idee von 36,6% der Jugendlichen im wehrpflichtigen Alter befürwortet wird.¹⁰⁸

Selbst wenn das koreanische Verteidigungsministerium in ferner Zukunft doch noch einen alternativen Dienst einführen sollte, wird diese Möglichkeit wahrscheinlich nur religiösen Kriegsdienstverweigerern offen stehen. Damit bliebe die kleine Minderheit der nicht-religiösen, sozialistischen oder ökologisch motivierten Verweigerer weiterhin bestraft und aus der Gesellschaft ausgeschlossen - als Vorbestrafte, die weder im Staatsdienst noch bei den großen Unternehmen der Privatwirtschaft arbeiten können. Wenn man von der öffentlichen Meinung ausgeht, wie sie heutzutage von Zeitungen und Fernsehen geformt wird, ist es zudem sehr wahrscheinlich, dass der alternative Dienst einen Strafcharakter haben, also zum Beispiel länger sein wird als der „normale“ Militärdienst. Angesichts der gegenwärtigen Spannungen in Nordostasien sowie der ideologischen Herrschaft der Vertreter der „nationalen Sicherheit“ wird ein solcher Ansatz sicher nicht auf massiven öffentlichen Widerstand stoßen.

Das heißt jedoch nicht, dass die Kriegsdienstverweigerungsbewegung seit 2000 nichts erreicht hat. Auch wenn die ideologische Hegemonie der alternativlosen Wehrpflicht weitgehend Bestand hat: Das ideologische Monopol ist für immer dahin. Das Thema der antimilitaristischen Bewegung, einst tabu, ist nun fester Bestandteil der öffentlichen Debatte. Es wird weiterhin die orthodoxen Ansichten zu Staatsbürgerschaft und normativer Männlichkeit herausfordern. Mit ihrem Erscheinen in den fortschrittlichen Medien präsentieren die Kriegsdienstverweigerer, die freiwillig Gefängnisstrafen und, nach ihrer Freilassung, die Gefahr des Ausschlusses aus der Mitte der Gesellschaft in Kauf nehmen, ein Bild aufopfernder Überzeugung, ganz im Einklang mit traditionellen konfuzianischen Werten der Treue zu den eigenen Grundsätzen und des Durchhaltens unter widrigen Umständen. Zugleich verweigern sie standhaft dem Staat die Erlaubnis, ihre Körper und Köpfe in den Kasernen zu disziplinieren, und zeigen mit ihrem Beispiel, dass der Beitritt zur Armee nicht der einzige Weg ist, ein „richtiger Mann“ zu werden. Allein die Tatsache, dass die Regierung zum Thema Kriegsdienstverweigerung und Einführung eines alternativen Dienstes „Beratungsbedarf“ sieht, könnte schon dazu beitragen, den Mythos der „Heiligkeit“ der

militärischen Pflicht zu zerstören: Wenn sie wirklich heilig wäre, würden sich die Ersten im Staate doch kaum erlauben, „Blasphemie“ zu begehen, indem sie Alternativen erwähnen.

Die Kriegsdienstverweigerungsbewegung greift das staatlich sanktionierte Vorbild des männlichen Bürgers, der sich freiwillig der Armeedisziplin unterwirft, an und geht damit über die Debatte um Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung hinaus. Wenn der Militärdienst eine Frage der Wahl - mit dem individuellen Gewissen als Entscheidungskriterium - ist, könnte das gleiche auch für das gesamte Spektrum der Beziehungen zwischen Individuen und den mächtigen institutionellen Akteuren des sozialen Lebens gelten. Wenn einmal der staatlich geförderte Militarismus durch einen Akt des individuellen Gewissens abgelehnt werden kann, kann das Gleiche auch dem Fortschrittsglauben widerfahren, der Konzerne wie *Samsung Electronics* zu unantastbaren „Eckpfeilern der nationalen Wirtschaft“ erklärt und jede konsequente, tiefgehende Kritik an ihrem Management oder ihrem Umgang mit Umwelt und Mitarbeitern unterbindet, insbesondere im Ausland, wo *Samsung* „Devisen für das Mutterland verdient“. Ebenso wird die repressive Politik gegenüber ArbeitsmigrantInnen herausgefordert, die im Namen der „nationalen Interessen“ betrieben wird und die legale langfristige Einwanderung zumeist asiatischer und afrikanischer Handarbeiter nach Korea praktisch unmöglich macht - die Immigranten haben keine Hoffnung auf ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht.

Kurz, der Angriff auf die „Heiligkeit“ der Wehrpflicht ist in seiner Konsequenz ein umfassender Angriff auf alle Bereiche der offiziell gestützten Überzeugungen und Werte, die in ihrer Gesamtheit die Herrschaftsideologie Koreas bilden. Wenn dieser Angriff mit der heutigen Intensität weitergeführt wird, ist zu erwarten, dass er die von den herrschenden Gruppen oktroyierten Überzeugungen weiter untergräbt und schließlich vielleicht zu einer Neudefinition der herrschenden Ideologie beiträgt.

Fußnoten

- 1 Samuel Finer, „State and Nation-Building in Europe: The Role of the Military“, - Charles Tilly (Hg.), *The Formation of National States in Western Europe*, Princeton: Princeton University Press, 1975, S. 84-163.
- 2 Zum Zusammenhang von Militarismus und Männlichkeit in der modernen US-amerikanischen Kultur siehe zum Beispiel: Cynthia Enloe, *The morning after: Sexual Politics at the End of the Cold War*, Berkeley: University of California Press, 1993.
- 3 Alfred Vagts, *A History of Militarism*, New York: Meridian Books, 1959, S. 104-152.
- 4 Uri Ben-Eliezer, „A Nation-In-Arms: State, Nation, and Militarism in Israel's First Years“, - *Comparative Studies in Society and History*, Vol. 37, No. 2, April 1995, S. 264-285.
- 5 Der Druck war schon in Friedenszeiten enorm, und in Kriegszeiten, z.B. während des I. Weltkrieges, war er nahezu unerträglich. Im Klima eines alles durchdringenden militarisierten Nationalismus war beispielsweise die Mehrheit der deutschen Adventisten gezwungen, hinsichtlich ihres Glaubens Kompromisse zu machen und Waffen zu tragen, um die Zerstörung ihrer Religionsgemeinschaft zu verhindern. Siehe: Mock, Melanie Springer *Writing Peace: The Unheard Voices of Great War Mennonite Objectors*, Casca-

Militarisierte Männlichkeit und KDV-Bewegung

- dia Publishing House, 2003; Ronald Lawson, „Church and State at Home and Abroad: The Evolution of Seventh-day Adventist Relations with Governments“, - Journal of the American Academy of Religion, LXIV/2, 1996, S. 279-311.
- 6 Vor der Wehrdienstentziehung scheuten selbst die großen pazifistischen Organisationen wie *L'association de la paix par le droit* zurück. Diese betonte immer, in Kriegszeiten patriotisch zum „Dienst an der Nation“ bereit zu sein, drängte aber auf „Frieden durch Diplomatie“ - insbesondere auf die Einführung bindender internationaler Schiedsgerichtsverfahren. Siehe: Sandi E. Cooper, „Pacifism in France, 1889-1914: International Peace as a Human Right“, - French Historical Studies, Vol. 17, No. 2, Autumn, 1991, S. 359-386.
 - 7 Yu Kiljun (von Hō Kyōngjin in modernes Koreanisch übersetzt), Sōyu Kyōnmun (Persönliche Erfahrungen im Westen - Ein Bericht), Seoul: Sō'hae munjip, 2004, S. 262-267.
 - 8 Kojong Sunjong Sillok (Wahre Berichte [aus der Regierungszeit der Könige] Kojong und Sunjong), übersetzt in modernes Koreanisch, Seoul: T'amgudang, 1986, Vol. 2, S. 605 (33rd year of Kojong, 10th month, 21st day).
 - 9 Die opponierenden Bürokraten, so berichtete es die Tageszeitung Hwangsōng Sinmun am 26. August 1901, lehnten die Idee ab, dass „jedermann ab dem 18. Lebensjahr, unabhängig von Reichtum oder Status, gezwungen werden sollte, sich bei den Militärbehörden registrieren zu lassen und drei Jahre ausgebildet zu werden“. Siehe: Hwangsōng Sinmun (reprint), Seoul: Kyō'ngin munhwasa, 1984, Vol. 5, S. 358.
 - 10 Einer der Chefberater des Königshauses, der auf die Einführung der Wehrpflicht drängte, war Vizejustizminister (hyōpp'an) Yi Kidong, ein Mann nichtadliger Herkunft, der über militärische Erfahrung verfügte. Er sah die Stärkung des Militärs als wichtigste Aufgabe des Staates an. Siehe: Sō Yōnghūi, Taehan Cheguk chōngch'isa yōn'gu (Politische Geschichte des Großen Han-Reiches), Seoul: Sōuk Taehakkyo, 2003, S. 87; Hyōn Kwangho, Taehan Cheguk ūi taeoe chōngch'aek (Außenpolitik des Großen Han-Reiches), Seoul: Sinsōwōn, 2002, S. 268-269.
 - 11 Text des Erlasses siehe: Kojong Sunjong Sillok (Wahre Berichte [aus der Regierungszeit der Könige] Kojong und Sunjong), übersetzt in modernes Koreanisch, Seoul: T'amgudang, 1986, Vol. 3, S. 281 (40th year of Kojong, 3rd month, 15th day).
 - 12 Hyōn Kwangho, Taehan Cheguk ūi taeoe chōngch'aek (Außenpolitik des Großen Han-Reiches), S. 270-275.
 - 13 Sō Inhan, Taehan Cheguk ūi kunsu chedo (Militärsystem des Großen Han-Reiches), Seoul: Hyeon, 2000, S. 223-281.
 - 14 Chu Yohan (Hg.), An Tosan chōnsō (Gesammelte Werke von An [Ch'angho, Hofname] Tosan), Seoul: Samjungdang, 1963, S. 82-83.
 - 15 Hūngsadan 50nyōnsa (50 Jahre Jungkoreanische Akademie - Geschichte), Seoul: Taesōng Munhwasa, 1964, S. 14. ebenda, S. 43-45.
 - 17 Chu Yohan (Hg.), An Tosan chōnsō (Gesammelte Werke von An [Ch'angho, Hofname] Tosan), S. 558.
 - 18 Mu Tao, Sun Zhike, P'i ōrin 27nōn: Taehan Min'guk imsi chōngbu (Die blutigen 27 Jahre: Provisorische Regierung der Republik Korea), Seoul: Kōn'guk taehakkyo ch'ulp'anbu, 1994, S. 36-37.
 - 19 ebenda, S. 174-199.
 - 20 Die Schule, die von der koreanischen Community vor Ort finanziert wurde, hatte im Sommer 1910 nur 30 Schüler und musste um 1913/14 schließen, da sie nicht genügend Schüler gewinnen konnte und zudem unter chronischem Finanzmangel litt. Anfangs hatte Pak Yongman sie als Keimzelle einer allgemeinen militärischen Ausbildung der in Amerika lebenden koreanischen Jugend für eine bevorstehende kriegerische Auseinandersetzung mit Japan konzi-
- piert. Aber seine Hoffnungen waren nur von kurzer Dauer. Siehe: Pang Sōnju, Chaemi Hanin ūi Tongnip undong (Unabhängigkeitsbewegung der Koreaner in Amerika), Ch'unch'ōn: Hallim Taehakkyo Asea munhwa yōn'guso, 1989, S. 22-53.
 - 21 Den Weg, die Koreaner zu „einer Nation patriotischer Krieger“ zu machen, stellte sich Pak Yongman so vor, dass bereits sehr kleine Vorschulkinder mit Kriegsspielzeug und Kriegsspielen vertraut gemacht werden sollten. Durch Gymnastik, Schießausbildung, Kriegsspiele und Unterricht in Militärgeschichte und -taktik an den Schulen der koreanischen Community sollten die Schulkinder „mit dem militärischen Geist der Unterordnung unter Befehle“ erfüllt und die koreanischen Emigranten allgemein „militarisiert“ (kunsu chojikhwa) werden. „Zeitungen, Theater, Romane, Kunst, Lieder und Musik“ sollten dazu beitragen, die frühere Größe Koreas und seine patriotischen, soldatischen Tugenden zu glorifizieren. Siehe: Kim Tohun, „1910 nyōndae Pak Yongman ūi kunin yangsōngnon“ (Pak Yongmans Ideen zur Ausbildung von Soldaten 1910), - Kunsu, Vol. 42, April 2001, S. 125-155.
 - 22 Pang Sōnju, Chaemi Hanin ūi Tongnip undong (Unabhängigkeitsbewegung der Koreaner in Amerika), S. 53-105.
 - 23 Yi Kwangsu chōnjip (Yi Kwangsus Gesammelte Werke), Seoul: Samjungdang, 1962, Vol. 17, S. 197, 213.
 - 24 Sin Chubaek, „Ch'eyuk kyoyuk ūi kunsahwa wa kangjetoen kōn'gang“ (Militarisierung des Sports und erzwungene Gesundheit), - Kong Cheuk & Chō'ng Kō'nsik (Hg.), Singminji ūi Ilsang: Chibae wa kyunyōl (Alltag der Kolonie: Herrschaft und Risse), Seoul: Munhwa kwahaksa, 2006, S. 230-256.
 - 25 Hierzu ein Beispiel: Ein bekannter Führer der Religionsgruppe Ch'ōndogyo (Himmelsweg), Ch'oe Rin (1878-1958), rühmte Ende 1936 Krieg als „den besten Weg zur Disziplinierung und Vereinigung der unorganisierten Massen“ und forderte die allgemeine Wehrpflicht für die Koreaner, um sie zu zwingen, „wirkliche Untertanen Japans zu werden, indem sie dem Staat ihr eigenes Leben ganz und gar hingeben“ und so dazu beitragen, die Diskriminierung der Koreaner zu beenden. Siehe: „Chosōnin chingbyōng tūng ūl ōha nūn sijunghoe suryōng Ch'oe Rin ssi“ („Herr Ch'oe Rin, Anführer von Sijunghoe, spricht über die Wehrpflicht für Koreaner und andere Untertanen“, - Monatszeitung Samch'ōlli, December 1936, S. 48-51.
 - 26 Pyōngmuch'ōng (Personalabteilung des Militärs) Hg., Pyōngmu Haengjōngsa (Die Geschichte der Personalabteilung des Militärs), Seoul, 1985, S. 36-45.
 - 27 Wenig später, zu Beginn des Jahres 1949, wurden die ersten Militärausbilder (156 Männer und 40 Frauen) in die Schulen entsandt, um die Übungen zu leiten. Ebenda, S. 256.
 - 28 Dieses System wurde am 2. Juli 1954 durch einen zehnwöchigen Militärkurs für Hochschulabsolventen ersetzt, dieser fand jedoch in der Praxis nicht statt. Es lebte erst in der Blütezeit der „Politik des Kasernenstaates“ 1968-1969 (siehe unten) wieder auf und wurde dann sehr streng gehandhabt. Ebenda, S. 178-181.
 - 29 „Taet'ongnyōngnyōng che 283ho chaehakcha chingjip yō n'gi chamjōngnyōng“ (Präsidentenerlass Nr. 283, Vorläufige Zurückstellung von Schülern), - Kwanbo (Amtsblatt), 28. Februar 1949.
 - 30 „Taet'ongnyōngnyōng che 1183ho chaehakcha chingjip yōn'gi chamjōngnyōng p'yeji ūi kōn“ (Präsidentenerlass Nr. 1183, Abschaffung der vorläufigen Zurückstellung von Schülern), - Kwanbo (Amtsblatt), 7. November 1956.
 - 31 O Cheyōn, „1950nyōndae taehaksaeng chiptan ūi chōngch'ijōk sōngjang“ (Das politische Wachstum der Studenten als soziale Gruppe in den 1950ern), - Yōksa Munje Yō n'gu (Untersuchung Historischer Probleme), Vol. 19, 2008, S. 180-181.

- 32 Die Korruption bei der Einberufung junger Männer in die Armee war sogar Gegenstand heißer Debatten im Parlament. Siehe: „Chingjip chingbyöng pujöng tũrö ðje kukhoe esö taejöngbu chilmunjön chöng'gae“ (Parlament bombardiert Regierung mit Fragen zur Korruption im Rahmen der Einberufungen), - Tonga Ilbo, 26. Oktober 1952.
- 33 Siehe zum Beispiel die Memoiren des Erfinders des Taekwondo, General Ch'oe Honghüi: T'aekwöndo wa Na (Ich und Taekwondo), Seoul: Taum, 1997, Vol. 1, S. 233.
- 34 Prof. Kim Yongjun (geb. 1927), Südkoreas berühmter Chemiker und christlicher Essayist, erinnert sich daran, Ende der 50er Jahre erneut für fast ein Jahr in die Armee einberufen zu sein, nachdem er bereits als Übersetzer seinen Kriegsdienst abgeleistet hatte. Auch seine Position als Lehrer schützte ihn nicht vor der Wiedereinberufung. Siehe: Kim Yongjun, Nae ga pon Ham Sökhön (Ham Sökhön, wie ich ihn sah), Seoul: Ak'anet, 2006, S. 39-41.
- 35 Pyöngmuch'öng (Personalabteilung des Militärs) Hg., Pyöngmu Haengjöngsa (Die Geschichte der Personalabteilung des Militärs), Seoul, 1985, S. 409.
- 36 ebenda, S. 507.
- 37 Es wurde berichtet, dass sich insgesamt 452.565 Personen freiwillig gestellt hätten, 3.031 wurden verhaftet und wegen Militärdienstentziehung angeklagt. Ebenda, S. 520-522.
- 38 ebenda, S. 522-524.
- 39 ebenda, S. 204-206.
- 40 ebenda, S. 143-144.
- 41 ebenda, S. 740-742, 761.
- 42 Chöng Kyöngt'aek, „Chumin tünngnokpöp sihaengnyöng kaejöng naeyong kwa kü ömmu ch'öri“ (Die überarbeiteten Umsetzungsbestimmungen zum Staatsbürgermeldegesetz und zum Verfahren damit befasster Behörden), - Haengjöng, Vol. 18, No. 189, 1969, S. 141-144.
- 43 Pyöngmuch'öng (Personalabteilung des Militärs) Hg., Pyöngmu Haengjöngsa (Die Geschichte der Personalabteilung des Militärs), Seoul, 1985, S. 750.
- 44 Von Hochschulstudenten wurde bis zum Ende des Studiums die Ableistung von 711 Stunden militärischer Ausbildung verlangt, einschließlich des Schießens mit scharfer Munition. Siehe: Ch'ae Sö'ngju, „Yusin ch'eje ha üi kodüng kyoyuk kaehyök e kwanhan yön'gu“ (Studie zur Hochschulreform im Yusin-System), - Kyoyuk haengjönghak yön'gu, Vol. 21, No. 3, 2003, S. 317-336.
- 45 Erst 1997 wurde die Grundausbildung zum Wahlfach herabgestuft. „'Kyoryön' yöksa sok üro. 38 nyön man e kaemyöng“ („Militärische Grundausbildung“ wird Geschichte - umbenannt nach 38 Jahren), - Yönhap nyusü, 28. Januar 2007.
- 46 Yi Suhyök, Uri yöp' üi yakcha (Die Schwächeren in unserer Nähe), Pusan: Sanjini, 2006, S. 104-116; Moon Seungsook, Militarized Modernity and Gendered Citizenship in South Korea, Duke University Press, 2005.
- 47 Bei den Wahlen zum Studentenparlament Dezember 1996 bis Januar 1997 gelang es den radikalen Nationalisten des „Selbstbewussten Studentenrates“ (Chajujök haksaeinghoe), 62 Vertreter in 128 Universitäten zu entsenden. Ernsthafte Konkurrenz bekamen sie jedoch von einem Bündnis moderaterer Nationalisten mit dem Namen „Studierendenrat für Menschenliebe“ (Saram sarang haksaeinghoe), das sich auf nationaler Ebene zusammengeschlossen hatte. Dieses übernahm die Macht in den Studentenparlamenten an 14 Universitäten, darunter der Pädagogischen Hochschule in Seoul. In seiner Wahlplattform hatte das Bündnis den Umgang der Radikalen mit den Vorfällen im August 1996 scharf kritisiert. Siehe: Kim Tonghun, „Hanch'ongnyön kaehyök e han moksori“ (Alle fordern eine Reform der Hanch'ongnyön), Monatszeitung Sindonga, Januar 1997.
- 48 Sie nominierten im März 1997 zum Beispiel einen Kandidaten für den Vorsitz der Hanch'ongnyön (die Wahl wurde schließlich verschoben), kritisierten scharf den Pjöngjangfreundlichen Kurs der radikalen Nationalisten und drängten die Studentenbewegung dazu, den hochtrabenden Diskurs des „von der Vereinigung besessenen Nationalismus“ beiseite zu lassen und auf Graswurzelebene zu konkreten Themen zu arbeiten. Siehe: Kim Ch'angsök, „Hanch'ongnyön, tasi pyöngnyök üi kippal üllinda“ (Hanch'ongnyön - wieder unter dem Banner der Reformen“, Wochenzeitung Hangyore21, Issue 152, April 10, 1997.
- 49 Kang Sinuk, „97 nyön ihu 4nyön man e söngsatoen Hanch'ongnyön chungang wiwönhoe“ (Konferenz des Zentralkomitees der Hanch'ongnyön - das erste Mal seit 4 Jahren, seit 1997), Minjung üi sori, 6. März 2001.
- 50 An Honguk, „Kangnyöng minjujök chönhwan' hubo üijang tangsön. Hanch'ongnyön happöphwa t'allyök padül dü't“ (Der Kandidat, der gelobt, die Plattform der Hanch'ongnyön zu demokratisieren, gewinnt. Legalisierung der Hanch'ongnyön erhält Auftrieb), - Kyöngnyang sinmun, 14. April 2003.
- 51 Er war zunächst Vollzeitaktivist der KDLP gewesen (im Bezirk Tongjak Ward in Seoul). Später arbeitete er für die kleine nichtstaatliche Organisation *Teilen, Solidarität, Frieden, Gemeinschaft - Ein Dorf der Hoffnung* (Nanüm, Yöndae, P'yöngghwa: Hüimang Tongne), die unter anderem Reis an die ärmsten Familien verteilte. Siehe: Sin-Yuk Tonguk, „Tayangan yangsim, kamokhaeng sijaktoeda“ (Verschiedene Verweigerer gehen ins Gefängnis), Wochenzeitung Hangyoreh21, Issue 519, 21. Juli 2004.
- 52 Hong Sehwa, „Yangsimgök pyöngnyök köbu wa taech'e pongmu“ (Kriegsdienstverweigerung und alternativer Dienst), Daily Hangyoreh, 22. Juni 2004.
- 53 Er war Mathematikstudent der renommierten Staatlichen Universität Seoul. 1999 kandidierte er als Vertreter der radikalen PD-Gruppe *Kommunarden* für den Vorsitz des Studentenparlaments (er wurde fünfter). Siehe: Chöng Hosön, „Söuldae ch'onghaksaeing hoejang söng'gö piundongkwön sasang ch'öüm ch'oeada tükp'o“ (Das erste Mal in der Geschichte erhielt ein Nicht-undongkwön Kandidat die Mehrheit der Stimmen bei der Wahl zum Vorsitzenden des Studentenrates der nationalen Universität in Seoul), - Daily Mail Kyöngje, 24. November 1999
- 54 Hong Sehwa, aaO.
- 55 Na selbst beschrieb seine Verweigerung als Fortsetzung seines früheren Kampfes gegen den Kapitalismus und den kapitalistischen Staat und hob den Zusammenhang zwischen Kriegführung und Profitwirtschaft im modernen kapitalistischen Weltsystem hervor. Siehe: Aussaidö üi mal (Worte der Außenseiter), Seoul: Aussaidö, 2004.
- 56 Kim Yö'nggon, Han'guk nodongsa wa mirae (Koreanische Geschichte und Zukunft der Arbeit), Seoul: Sönin, 2005, Vol. 3, S. 91.
- 57 Anfangs fand sich im Parteiprogramm noch nicht einmal das Wort „Nation“ (minjok). Linke Nationalisten gingen 2002-2003 in Massen in die KDLP und es gelang ihnen, einige führende Positionen bei den Wahlen in der Partei im Juni 2004 zu übernehmen.
- 58 Im Hyöngjin, „Han'guk üi sahoe undong kwa chinbo chöngdang könsöl e kwanhan yön'gu“ (Studie über soziale Bewegungen und fortschrittliche Parteien in Korea), - Han'guk sahoe kwahak, Vol. 23, No. 1, 2001, S. 1-49.
- 59 http://intro.kdplp.org/index.php?main_act=content&content=www_history
- 60 http://intro.kdplp.org/index.php?main_act=content&content=www_gang
- 61 44% der vermuteten Opfer sind einfache Soldaten und Gefreite. Sie stehen am Ende der Hierarchie. Siehe: Öm Kiyöng, „Kun üimunsa chinjöng 600 kön nömö“ (Die Zahl der Petitionen wegen verdächtiger Todesfälle in der Armee steigt auf über 600 an), Tageszeitung Kungmin Ilbo, 4. Januar 2007.

Militarisierte Männlichkeit und KDV-Bewegung

- 62 Die Zahlen sind der offiziellen Einführungsbrochure des Untersuchungsausschusses zu verdächtigen Todesfällen in der Armee entnommen.
- 63 http://news.naver.com/tv/read.php?mode=LSS2D§ion_id=115§ion_id2=293&office_id=057&article_id=000047067&menu_id=115
- 64 In einer im November 2005 durch das *Nationale Menschenrechtskomitee* (Kukka inkwŏn Wiwŏnhoe) durchgeführten Umfrage gaben 41,1% der befragten, bei der Polizei dienenden Wehrpflichtigen an, dass sie auf verschiedene Art und Weise misshandelt wurden: Etwa 10% nannten sexuellen Missbrauch und 12,4% Schläge. Sehr schockierend ist, dass 21,9% der von ihren Vorgesetzten Geschlagenen angaben, dass sie täglich Schläge erhielten. Siehe: Im Myŏngsŏp, „Chŏn, ügyŏng 41% kahok haengwi kyŏng-hŏm, irŏlsu ga?“ (41% der Wehrpflichtigen in der militarisierten Polizei und in mit Wehrpflichtigen bestückten Polizeieinheiten erleben brutale Behandlung - ist das möglich?), Bŭreik'ŭ nyusŭ, 14. November 2005.
- 65 „Tragedy and reform in the military“, - Korea Herald, 29. Dezember 2005.
- 66 Sin Chungŏp, „Chujŏk kaenyŏm', pyŏn'gyŏnghaeya hana?“ (Müssen wir das Konzept des „Hauptfeindes“ ändern?), - Munhwa Ilbo, 23. November 2004.
- 69 Es gibt Hinweise, dass das mechanische Auswendiglernen, mit dessen Hilfe den wehrpflichtigen „Schülern“ die Sichtweise ihrer Vorgesetzten eingeimpft wird, noch immer die vorherrschende Lernform ist. Siehe: P'yo Myŏngnyŏl, „Nu ga kamhi? Nohŭi ga sagwan hakkyo rŭl ara?“ (Wer wagt es? Kennen Sie die Militärakademie?), www.ohmynews.com, 14.2.2007.
- 70 Kang Ch'ŏlmin, der ein Stück weit vom linksnationalistischen „anti-hegemonialen“ Diskurs beeinflusst ist, sagte, er lehne es ab, dass Koreaner als „Kanonenfutter“ entsandt werden, um in „den ungerechtfertigten Kriegen Amerikas“ zu kämpfen. Er verpflichtete sich, den Kampf für „Gleichberechtigung zwischen Korea und USA“ fortzusetzen. Siehe: Kim Hayŏng, „P'abyŏng pandae yangsim sŏnŏn' Kang Ch'ŏlmin ibyŏng kasŏkpangtwae“ (Gefreiter Kang Ch'ŏlmin, der mit seiner Erklärung zur Kriegsdienstverweigerung gegen die Entsendung (koreanischer) Einheiten (in den Irak) protestierte, wurde auf Bewährung aus dem Gefängnis entlassen), - P'ŭresian, 28. Februar 2005.
- 71 Das war das erste Mal seit dem Massaker von Kwangju 1980, dass die Armee gegen unbewaffnete Zivilisten eingesetzt wurde. Die Aktion war unbestreitbar weniger gewalttätig - „nur“ 200 Menschen wurden verletzt und etwa 500 verhaftet. Siehe: Natasha Persaud, „U.S. base expansion in Korea sparks protests“.
- 72 Chŏng Inmi, „Zaitun pudae p'abyŏng yŏnjang tongŭian kukpangwi t'ongkwa“ (Der Antrag zur Verlängerung des Einsatzes der Zaitun Einheit [im Irak] wurde vom Verteidigungskomitee (des Parlamentes) angenommen), - Minjung ũi sori, 12. Dezember 2006.
- 74 „Assembly panel OKs Lebanon troop dispatch“, - Korea Herald, 16. Dezember 2006.
- 75 Er unterstützte ehrenamtlich ältere Menschen, die keine Unterstützung durch eine Familie hatten (muŭit'ak noin), und unterrichtete auch „problematische“ Kinder aus armen Familien an einer von einer nichtstaatlichen Organisation betriebenen Abendschule, statt der „normalen“ Karriere als Lehrer zu folgen. Siehe: „Kukka podan kaein ũi inkwŏn I tŏ sojung“ (Individuelle Menschenrechte sind wichtiger als der Staat), - Daily Hangyŏre, 28. Juni 2002.
- 76 O T'aeyang's http://www.haeinsa.or.kr/maroo/board/?hlq=view_po&num=95&pg=2&tbid=newsbud
- 78 Pongsŏk, „Chonggyogye 'yangsimjŏk pyŏngyŏk kŏbu' ŏttŏ k'e pona“ (Wie sehen religiöse Kreise die Kriegsdienstverweigerung?), - Yŏnhap nyusŭ, 1. Februar 2006.
- 79 Unter seinen Unterstützern befand sich auch die *Koreanische Buddhistische Jugendorganisation* (Taehan Pulgyo Ch'ŏngnyŏnhoe) und die *Buddhistische Bürgerallianz für Wirtschaftliche Gerechtigkeit* (Kyŏngje Chŏngŭi Silch'ŏn Pulgyo Simin Yŏnhap). Siehe http://www.haeinsa.or.kr/maroo/board/?%20hlq=view_po&num=95&pg=2&tbid=newsbud.
- 81 Er ging danach als Mitglied der Ausbildungsgruppe der *Good Friends* nach Indien. Pak Sŏngjin, Kim Yujin, „Yangs-im pyŏngyŏk kŏbuja: sugam chung igŏna ch'urok hu sahoe pongsa“ (Kriegsdienstverweigerer - entweder inhaftiert oder nach der Entlassung engagiert), - Daily Kyŏngnyang sinmun, 31. Dezember 2006.
- 82 Ein Beispiel für einen radikaleren Sozialisten und Kriegsdienstverweigerer war Yi Wŏnp'yo, Leiter der Planungsgruppe der lokalen *Koreanischen Sozialistischen Partei* in Taejŏn. Er hatte seine Kriegsdienstverweigerung im August 2004 erklärt, da er lieber ins Gefängnis gehe, als Soldat für einen Staat zu werden, der durch die Beteiligung am Angriffskrieg gegen den Irak Kriegsverbrechen begehe. Kang Sŏhŭi, & „Pyŏngyŏk kŏbuja Yŏm Ch'anggŭn, Yi Wŏnp'yo ch'ulso“ (Kriegsdienstverweigerer Yŏm Ch'anggŭn und Yi Wŏnp'yo aus dem Gefängnis entlassen), 31. Januar 2006.
- 83 Sin-Yuk Tonguk, „Han'guk k'at'ollik ch'oech'o ũi pyŏngyŏk kŏbu!“ (Der erste Kriegsdienstverweigerer der koreanischen Katholiken!), - Weekly Hangyŏre 21, Issue 583, 1. November 2005.
- 84 „Pastorale Konstitution Gaudium et Spes über die Kirche in der Welt von heute“
- 85 Bezeichnenderweise erklärte der Vertreter des Komitees für Gerechtigkeit und Frieden (Chŏngŭi P'yŏnghwa Wiwŏnhoe) des *Koreanischen Katholischen Bischofsrates* (Han'guk Ch'ŏnjugyo chugyo hoeŭi) im Dezember 2005, dass „es unter den Bedingungen der Nord-Süd Konfrontation zu früh scheint, einen alternativen Dienst einzuführen“. Er fügte jedoch gleich hinzu, dass „der alternative Dienst auf lange Sicht eingeführt werden sollte.“ Yi Pongsŏk, „Chonggyogye 'yangsimjŏk pyŏngyŏk kŏbu' ŏttŏk'e pona“
- 86 Die Theorie des „gerechten Krieges“ ist immer noch Teil der offiziellen Kirchenlehre, obwohl es seit 1965 zunehmend Antikriegserklärungen aus den höchsten Rängen der kirchlichen Hierarchie gibt. Siehe: Rev. Richard Benson, „The 'Just War' Theory: a Traditional Catholic Moral View“, - The Tidings, 10. Januar 2007.
- 87 Yu Inhwa, „Kim Suhwan ch'ugigŏng 'Irak'ŭ p'yŏnghwa wihan p'abyŏng ũl“ (Kardinal Kim Suhwan: 'Entsendet die Truppen für den Frieden im Irak'), - Daily Kyŏngnyang sinmun, 23. November 2003.
- 88 Yi Pongsŏk, „Chonggyogye 'yangsimjŏk pyŏngyŏk kŏbu' ŏttŏk'e pona“
- 89 Ch'oe Chunho (geboren 1981, Kriegsdienstverweigerungserklärung 2003) weigerte sich, jedwedes Training zu absolvieren, das auf Kosten irgendeiner Art von Leben gehen könnte. Ch'oe Chin (geboren 1977, Verweigerungserklärung Mai 2004) fand wegen der Bilder von durch die südkoreanische Armee während des Koreakrieges 1950-53 begangenen Verbrechen ganz in der Nähe seiner Arbeitsstelle im Bezirk Mun'gyŏng (Provinz Nord-Kyŏngsang) keine Ruhe mehr. Er erklärte, dass er nicht bereit sei, irgendeinem Lebewesen Schaden zuzufügen. Siehe: Sin-Yuk Tonguk, „Ch'oe Chin: 'Ai dŭl kwa p'yŏnghwa rŭl yaksokhan gŏryo“ (Ch'oe Chin: 'Aber ich versprach meinen Schülern, dem Frieden zu dienen'), - Weekly Hangyŏre21, 19. Mai 2004.
- 90 Im (geboren 1975, Kriegsdienstverweigerungserklärung am 22. Juli 2003) war Vorsitzender der Gruppe „Sexuelle Minderheiten“ bei *Amnesty International Korea*. Er war verärgert und frustriert über die institutionalisierte Diskriminierung von Schwulen in der Armee und den sexuellen Missbrauch von als schwul bekannten Soldaten durch ihre Vorgesetzten in den Kasernen. Siehe: Yi Ch'ungjae, „Kundae poda anjŏnhan kamok ũl t'aekhaetta“ (Ich wähle das Ge-

- fängnis, es ist sicherer als die Armee), - Teillian, 9. März 2006.
- 91 Cho (auch bekannt als Dopehead-Cho), ein berühmter Sänger und Liedermacher und aktiv in einer feministischen nichtstaatlichen Organisation, unterstützte die Kriegsdienstverweigerungsbewegung von Anfang an aktiv und baute verschiedene antimilitaristische Webseiten auf. Er erklärte, die Tolerierung der „totalen Uniformität“ des militärischen Lebens käme einer Zusammenarbeit mit dem Militarismus gleich, der mit seinen Techniken zur Disziplinierung die Basis des gesamten koreanischen Staatssystems sei. Siehe: „Modün p'ongnyök kwa moryök e pandaehanda!“ (Ich bin gegen Gewalt und militärischen Zwang in all ihren Formen!), - Weekly Hangyöre21, Issue 352, 27. März 2001.
- 92 <http://www.withoutwar.org/intro1.htm>
- 93 Kim Chaejung, „Yangsijök pyöngyök köby ch'öböl pöbwö nesö wihön simp'an chech'öng“ (Gericht beantragt, die mögliche Verfassungswidrigkeit der Bestrafung von Kriegsdienstverweigerern zu überprüfen), - Daily Kungmin Ilbo, 30. Januar 2002.
- 94 Cho P'ungyön et al, „Chonggyo iyu pyöngyök köbu ch'öt muhoe“ (Der erste Freispruch eines religiösen Kriegsdienstverweigerers), - Daily Segye Ilbo, 21. Mai 2004.
- 95 „Hönjajae, 'kukpoböp, pyöngyökpöp haphön kyölichöng“ (Verfassungsgericht sieht Gesetz zur Nationalen Sicherheit und Wehrpflichtgesetz als verfassungskonform an), - KBS TV, 26. August 2004.
- 96 Korea Focus, Vol. 12, No.5, 2004, S. 150.
- 97 „Yangsijök pyöngyök köbu wa taech'e pongmu“ (Kriegsdienstverweigerung und alternativer Dienst), - Daily Hangyö're, 8. Januar 2006.
- 98 „Yun kukpang 'Taech'e pongmu 1nyön kömt'o hu kyölichöng“ (Verteidigungsminister Yun: 'Wir werden nach einem Jahr Beratung über einen alternativen Dienst entscheiden'), - MBN, 9. Februar 2006.
- 99 Ch'oe Chöngmin, „Sahoe Pongmuje, kukhoe e nö'mgyö'jin kong“ (Alternativer Dienst: Der Ball wurde dem Parlament zugespielt), - Pressian, 21. November 2007.
- 100 Yu Sangho, „Pyö'ngyö'k kö'buja taech'e pongmu chaegö 'mt'o“ (Alternativer Dienst für Kriegsdienstverweigerer nochmals überdacht), - Daily Tonga Ilbo, 5. Juli 2008; „Taech'e pongmu paekchihwatoena? „Werden die Pläne für einen alternativen Dienst aufgegeben?, - Daily Chosö'n Ilbo, 24. Dezember 2008.
- 101 <http://www.hri.ca/forthecord2002/vol1/objectionchr.htm>
- 102 Yu Sinmo, „Yuen in'kwön wi 'yangsimjök pyöngyök köbu sugamja e posang“ (UN-Menschenrechtskommission verlangt Entschädigung für inhaftierte Kriegsdienstverweigerer), - Daily Kyöngnyang sinmun, 8. Dezember 2006.
- 103 Zum Beispiel die wegweisende Arbeit von Prof. Kim Tusik (Jura) zur Weltgeschichte der Kriegsdienstverweigerung, Schwerter zu Pflugscharen (K'al ül ch'yösö posüb ül, Seoul: Nyusü aen choi, 2002), der Beitrag von Yi Namsök (Politologie) zu den Prinzipien der Kriegsdienstverweigerung und den immanenten Trugschlüssen der Theorie des „gerechten Krieges“, Kriegsdienstverweigerung und Ziviler Ungehorsam (Yangsijim e ttarün pyöngyök köbu wa simin pulpokchong, Seoul: Kürinbi, 2004), oder Prof. Kwön In-suks (Geschlechterforschung) allgemeinverständliche Analyse der ideologischen Strukturen des koreanischen Militarismus, Die Republik Korea ist eine Armee (Taehan Min'guk ün kundae da, Seoul: Ch'öngnyönsa, 2005).
- 104 'Sasöl: Pyöngyök üimu nün pundanguk üi yangbohal su ö mnün kach'i da“ (Editorial: Die Wehrpflicht ist ein Wert, den eine geteilte Nation nicht aufgeben kann), - Daily Segye Ilbo, 10. Dezember 2006.
- 105 „Sasöl: Chajungchiran in'kwönwi, issöya hana“ (Editorial: Intern zerstrittenes Menschenrechtskomitee - darf es existieren?) , - Daily Herald?“ Kyöngje, 27. September 2006.
- 106 Zum Beispiel zeichnete der wichtigste öffentliche Fernsehsender, KBS (Han'guk pangsong kongsa), in einem Kommentar zur Empfehlung des nationalen Menschenrechtskomitees, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen, das erschreckende Bild einer Situation, in der „alle zu dieser Religionsgemeinschaft konvertieren, die ihre Anhänger dazu verpflichtet, den Dienst zu verweigern (die Zeugen Jehovas, W.T.)“. Er spielte auf die weitverbreitete Unzufriedenheit über die De-facto-„Wehrpflicht für Arme“ in Korea an und äußerte die Befürchtung, der alternative Dienst könne „zu einem neuen Privileg werden“. Siehe: Im Ch'anggön, „Nyusü haesöl: „yangsimjök pyöngyök köbu wa anbo üi chöpchöm“ (Kommentar: Wo „Kriegsdienstverweigerung“ und „nationale Verteidigung“ zusammentreffen), - KBS, 29. Dezember 2005.
- 107 Zum Beispiel wurde im August 2006 Yi Yongsök, Lehrer und Gewerkschaftsangehöriger, der an einer Schule in Puch'ön in der Nähe von Seoul unterrichtete, für drei Monate vom Dienst suspendiert, weil er „seinen Schülern ein Wertesystem vermittelte, das die Grenzen des gemeinsamen Verständnisses unserer Gesellschaft überschritt“, indem er lehrte, dass die Pflicht zum Gruß der Nationalflagge als ein totalitäres Ritual angesehen werden könne und man als Rekrut die Logik staatlich sanktionierter Gewalt nicht leichtfertig verinnerlichen solle, da die Armee die Institution sei, die alleine die Gewalt in Händen halte. Siehe: „Haksang kwa hakpumo pohoharyö haetta“ (Wir sind da, um Schüler und ihre Eltern zu schützen), - Weekly Hangyö're21, 17. August 2006.
- 108 Na Kich'ön, „Kungmin 72% 'Taech'e pongmu antoenda, kundae kaya“, - Daily Segye Ilbo, 29. Oktober 2005.

Connection e.V.



Periodika

Rundbrief „KDV im Krieg“ mit Interviews, Dokumenten zur antimilitaristischen Arbeit, zu Rekrutierung, Verweigerung, Flucht, Asyl. Der Rundbrief erscheint 6mal im Jahr. Jahresabo 16 € incl. Versandkosten.

Hintergrundinformationen

Broschüre: **Machtproben im Kaukasus**, Februar 2009, 24 S., 4,00 €.

Broschüre: **US-Deserteur André Shepherd braucht Asyl!**, Januar 2009, 20 S., 4 €

Broschüre: **Gegen Krieg und Diktatur in Äthiopien**. Januar 2008, 68 S., 6 €.

Unsere Preise verstehen sich zzgl. 3,- € Versandkosten.
Ab 25 € versandkostenfrei. Ab 50 € 10% Rabatt.

Spendenkonto: 70 85 700 bei Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 20 500. Spenden sind steuerlich abzugsfähig.